

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UND DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU

DE



JAHRESBERICHT 2021



Europäisches Parlament

DIE PARLAMENTE IN DER EUROPÄISCHEN UNION



Die Arbeitsweise der Europäischen Union beruht auf der repräsentativen Demokratie.



705 Sitze*



Die Mitgliedstaaten werden im Europäischen Rat von ihrem jeweiligen Staats- oder Regierungschef und im Rat von ihrer jeweiligen Regierung vertreten, die ihrerseits in demokratischer Weise gegenüber ihrem nationalen Parlament oder gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen müssen.

Die Bürgerinnen und Bürger sind auf Unionsebene unmittelbar im Europäischen Parlament vertreten.



Council of the European Union

Die nationalen Parlamente tragen aktiv zur guten Arbeitsweise der Europäischen Union bei, indem sie...



...von den EU-Organen unterrichtet und ihnen Entwürfe von EU-Rechtsvorschriften übermittelt werden.



...für die Achtung des Subsidiaritätsprinzips sorgen.



...sich an den Bewertungsmechanismen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts beteiligen und in die politische Kontrolle von Europol und die Bewertung von Eurojust einbezogen werden.



...sich an den Verfahren zur Änderung der EU-Verträge beteiligen.



...über Anträge auf Beitritt zur Europäischen Union unterrichtet werden.



...sich an der interparlamentarischen Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und mit dem Europäischen Parlament beteiligen.



Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente legen gemeinsam fest, wie eine effiziente und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten innerhalb der Europäischen Union gestaltet und gefördert werden kann.



Die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) kann jeden ihrer zweckmäßig erscheinenden Beitrag dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission zur Kenntnis bringen. Diese Konferenz fördert ferner den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament.

* Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU am 31. Januar 2020 hat das Europäische Parlament seit dem 1. Februar 2020 705 Sitze.

Quellen: Artikel 12 des Vertrags über die Europäische Union und Artikel 9 und 10 des den Verträgen beigefügten Protokolls (Nr. 1) über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union.

**DIREKTION BEZIEHUNGEN
ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN**

JAHRESBERICHT 2021

**Beziehungen zwischen dem Europäischen
Parlament und den nationalen
Parlamenten der EU**

Dieser jährliche Tätigkeitsbericht der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten gibt einen Überblick über alle Tätigkeiten und Entwicklungen im Bereich der interparlamentarischen Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten im Jahr 2021. An dieser Zusammenarbeit waren 39 nationale Parlamente und Kammern in den 27 Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament beteiligt.

Dieser Bericht ist eine Veröffentlichung der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments, die Teil der Generaldirektion Präsidentschaft des Europäischen Parlaments ist.

Katrin RUHRMANN

Direktorin

katrin.ruhrmann@europarl.europa.eu

Jesús GÓMEZ

Referatsleiter, Referat Legislativer Dialog

jesus.gomez@europarl.europa.eu

Anne Louise MCLAUHLAN

Referatsleiterin, Referat Institutionelle Zusammenarbeit

anne.mclauchlan@europarl.europa.eu

Manuskript erstellt von:

József BLASZAUER

Verwaltungsrat, Referat Legislativer Dialog

jozsef.blaszauer@europarl.europa.eu

Redaktionsschluss: 5. April 2022.

relnatparl@europarl.europa.eu

<https://www.europarl.europa.eu/relnatparl>

Alle Fotos und Abbildungen © Europäische Union, sofern nicht anders angegeben.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten der EU zuständigen Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments	4
WICHTIGE ENTWICKLUNGEN UND THEMEN AUF DER INTERPARLAMENTARISCHEN AGENDA IM JAHR 2021	6
1. INSTITUTIONELLE INTERPARLAMENTARISCHE GREMIEN	12
1.1 Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten (COSAC)	12
1.2 Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK)	15
2. INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZEN (IPK)	18
2.1 Europäische Parlamentarische Woche (EPW), Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU (IPK SWKS) und Konferenz zum Europäischen Semester	18
2.2 Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP)	20
3. INTERPARLAMENTARISCHE KONTROLLE IM RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS	23
3.1 Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss für Europol	23
3.2 Interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust	25
4. INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNGEN UND SONSTIGE INTERPARLAMENTARISCHE ZUSAMMENARBEIT	26
4.1 Interparlamentarische Ausschusssitzungen (ICM)	26
4.2 Hochrangige Konferenz zu Migration und Asyl	30
4.3 Interparlamentarische Zusammenarbeit im Bereich des auswärtigen Handelns der EU und multilaterale parlamentarische Versammlungen	32
4.4 Bilaterale Besuche und sonstiger bilateraler Austausch	34
5. LEGISLATIVE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU	35
5.1 Frühwarnsystem und Protokoll Nr. 2 zu den Verträgen	35
5.2 Informeller politischer Dialog und Protokoll Nr. 1 zu den Verträgen	39
6. NETZWERKE UND AUSTAUSCH VON INFORMATIONEN	42
6.1 Interparlamentarischer EU-Informationstausch (IPEX)	42
6.2 Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)	44
6.3 Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes	48
6.4 Netzwerk der Vertreter der nationalen Parlamente der EU in Brüssel	49
6.5 Seminare für Mitarbeiter	50
7. INSTRUMENTE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN	51
7.1 Organisation von Treffen und Sitzungen per Videokonferenz	51
7.2 CONNECT – die Datenbank des Europäischen Parlaments der Dokumente nationaler Parlamente	53
7.3 Verzeichnis der korrespondierenden Ausschüsse (CorCom)	54
7.4 Veröffentlichungen der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten	54
8. DIREKTION BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN	56
ANHANG	57
ANHANG I – Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten 2021	58
ANHANG II – Vom Europäischen Parlament in Brüssel organisierte interparlamentarische Ausschussschusssitzungen und Konferenzen im Jahr 2021	59
ANHANG III – Besuche der nationalen Parlamente der EU im Europäischen Parlament im Jahr 2021 (einschließlich der von der Direktion organisierten Videokonferenzen)	60
ANHANG IV – Daten über das Frühwarnsystem	61
ANHANG V – Gemäß Protokoll Nr. 1 eingereichte Dokumente – informeller politischer Dialog	62
ANHANG VI – Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)	63
Glossar und Akronyme	67

Vorwort der für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten der EU zuständigen Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts steht Europa aufgrund des unprovokierten und widerrechtlichen Einmarsches der Russischen Föderation in die Ukraine vor noch nie dagewesenen Herausforderungen. Der furchtbare Krieg, den der Kreml gegen die ukrainische Bevölkerung führt, hat die nach 1991 entstandene europäische Sicherheitsordnung umgestürzt. Die Europäische Union ist in ihrem Ziel, Frieden, Sicherheit, Demokratie und Freiheit in Europa zu gewährleisten, geeint und hat strategische und entschlossene Maßnahmen ergriffen, die deutlich machen, dass die EU auf dem Weg ist, sich zu einem echten Verteidigungs- und Sicherheitsakteur zu entwickeln.

Das zweite Jahr der COVID-19-Pandemie war für das Europäische Parlament und die interparlamentarische Zusammenarbeit ein weiteres mit Herausforderungen verbundenes Jahr. Ähnlich wie im Jahr 2020 waren wir Mitglieder des Parlaments aufgrund der Pandemie gezwungen, größtenteils virtuell mithilfe von Videokonferenztechnologie zusammenzukommen.

Wie bereits im Jahr 2020 stand auch im vergangenen Jahr die Konferenz über die Zukunft Europas im Mittelpunkt der interparlamentarischen Debatten. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das Europäische Parlament haben bei dieser Konferenz eng zusammengearbeitet und eine Schlüsselrolle in der Debatte über die Gestaltung der Zukunft Europas übernommen. Gemeinsam haben sie sich für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die an der Gestaltung der Politik und der Organe der EU mitwirken wollen, sowie für die Rolle der Parlamente als gewählte Vertreter ihrer Bürgerinnen und Bürger, eingesetzt.

Auch andere Themen wie die Entwicklung der Pandemie und die Frage, wie die EU die darauffolgende soziale und wirtschaftliche Krise mit Hilfe von Aufbauplänen für die Zeit nach der Pandemie bewältigen sollte, wurden bei unseren Sitzungen ausführlich erörtert.

Alle interparlamentarischen Aktivitäten mussten entweder ausschließlich als Sitzungen mit Fernteilnahme oder in einem Hybridformat¹ abgehalten werden, obwohl sowohl der portugiesische als auch der slowenische Ratsvorsitz ursprünglich beabsichtigt hatten, Präsenzveranstaltungen zu organisieren. Die epidemiologische Situation machte es unmöglich, Sitzungen auf diese Weise zu organisieren.

Trotz all dieser Einschränkungen wurden die interparlamentarische Zusammenarbeit und der legislative Dialog mit den nationalen Parlamenten der EU weiter verstärkt, und die Teilnahme an den interparlamentarischen Veranstaltungen war im Allgemeinen sowohl seitens der Mitglieder des Europäischen Parlaments als auch der nationalen Parlamente außergewöhnlich groß.

Selbstverständlich brachte die COVID-19-Pandemie weiterhin organisatorische Herausforderungen für den reibungslosen Ablauf interparlamentarischer Konferenzen mit sich. Den Organisatoren – dem Europäischen Parlament und den Parlamenten des portugiesischen und des slowenischen Ratsvorsitzes – gelang es jedoch, die praktischen Herausforderungen von Sitzungen mit Fernteilnahme oder Hybridsitzungen zu bewältigen und aufbauend auf bisherigen Erfahrungen mit diesem neuartigen Format wurden gut besuchte und lebhaftere Sitzungen organisiert. Die Häufigkeit und Intensität der interparlamentarischen Aktivitäten trotz eines Wiederaufflammens der COVID 19-Pandemie verdeutlicht die Bedeutung der interparlamentarischen Zusammenarbeit, denn der Meinungs austausch zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente ist einer der Dreh- und Angelpunkte des modernen Parlamentarismus. Ferner sind wir fest davon überzeugt, dass eine Stärkung der Rolle unserer Parlamente als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger und die weitere Verbesserung der interparlamentarischen Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Demokratie in Europa sind.

¹ Sitzungen, bei denen einige Mitglieder des organisierenden Parlaments, d. h. des Europäischen Parlaments oder des Parlaments des Ratsvorsitzes, am Sitzungsort präsent sind, während andere Parlamentarier aus der Ferne teilnehmen.

Modernste IT-Lösungen haben es uns ermöglicht, unseren Austausch fortzusetzen und sogar zu intensivieren. Darüber hinaus kann die Videokonferenztechnologie auch einen Beitrag dazu leisten die Kohlenstoffbilanz von Parlamentssitzungen zu verringern und so die europäischen Nachhaltigkeits- und Klimaziele zu erreichen. Wir sind jedoch alle davon überzeugt, dass es keine technologische Lösung gibt, die Sitzungen mit physischer Präsenz ersetzen kann. Wir hoffen aufrichtig, dass im Jahr 2022 die Pandemie ein Ende haben wird und die interparlamentarischen Sitzungen, Besuche und sonstigen Aktivitäten wieder als Präsenzveranstaltungen aufgenommen werden können.

Wir möchten der ehemaligen Ersten Vizepräsidentin Roberta Metsola für ihr Engagement und ihren Einsatz für die Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den nationalen Parlamenten danken und gratulieren ihr zu ihrer Wahl zur Präsidentin des Europäischen Parlaments im Januar 2022.

Als Vizepräsidenten für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten fördern wir den interparlamentarischen Dialog und sind davon überzeugt, dass das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der EU weiterhin wichtige Partner bei der Gestaltung der Zukunft Europas bleiben. Wir sind entschlossen, unsere Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der nationalen Parlamente fortzusetzen, um sicherzustellen, dass die EU ein friedlicher und vom Wohlstand geprägter Ort für ihre Bürgerinnen und Bürger bleibt.



Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, und Dita Charanzová, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Straßburg

© European Union 2021- EP/Andrea ADRIANI

Othmar Karas
EP First Vice-President

Dita Charanzová
Vice-President

WICHTIGE ENTWICKLUNGEN UND THEMEN AUF DER INTERPARLAMENTARISCHEN AGENDA IM JAHR 2021

Die Arbeit der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten stand 2021 unter der politischen Führung von David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, Erste Vizepräsidentin, und Dita Charanzová, Vizepräsidentin mit Zuständigkeit für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, sowie Antonio Tajani, Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) und der Konferenz der Ausschussvorsitze.

Von Anfang an wurde erwartet, dass das zweite Jahr der COVID-19-Pandemie eine politische Herausforderung darstellen würde. Die Pandemie war das beherrschende Thema, vor allem im Hinblick auf die Bewältigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die Erreichung einer grünen, digitalen und nachhaltigen Erholung und die Sicherstellung der diesbezüglichen parlamentarischen Kontrolle. Zu den weiteren hochaktuellen Themen, die in zahlreichen Sitzungen erörtert wurden, zählten die Migrationspolitik der EU, der Zustand der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten und die Sicherheits- und Außenpolitik der EU in einem immer unbeständigeren internationalen Umfeld, um nur einige zu nennen.

Im Laufe des Jahres tauschten die Parlamente Ansichten und Erfahrungen über Maßnahmen zur Bekämpfung weiterer Pandemiewellen aus, darunter die EU-Impfstrategie, bei der sie ihre Unterstützung für eine einheitliche Vorgehensweise der EU in Bezug auf COVID-19-Impfstoffe, das digitale COVID-Zertifikat der EU und den neuen zukunftssicheren EU-Rahmen für die Gesundheitssicherheit – die europäische Gesundheitsunion – bekräftigten, mit dem die Reaktion auf grenzüberschreitende Gesundheitskrisen, die Krankheitsprävention und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessert werden sollen.

Der Sachstand der Konferenz über die Zukunft Europas und die Erwartungen der Parlamente in Bezug auf ihre Ergebnisse standen auf den Tagesordnungen der interparlamentarischen Treffen, ebenso wie die besorgniserregenden Entwicklungen der steigenden Energiepreise in der zweiten Jahreshälfte und die schwerwiegenden Folgen für Unternehmen und Verbraucher.

Wie schon im Jahr 2020 wurde aufgrund des Ausbruchs der Pandemie die Annahme politischer Texte, die normalerweise Gegenstand intensiver Verhandlungen während der Sitzungen sind, durch andere Verfahren ersetzt. Anlässlich der Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente (COSAC) fassten sowohl der portugiesische als auch der slowenische Ratsvorsitz die parlamentarischen Initiativen während ihres jeweiligen Ratsvorsitzes in Schreiben zusammen, die sie an die EU Institutionen richteten. Da die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU ebenfalls als Konferenz mit Fernteilnahme abgehalten wurde, ersetzten die „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ die herkömmlichen Schlussfolgerungen. Dennoch wurden zwei Berichte von der Konferenz angenommen:

- ein Bericht über die verstärkte interparlamentarische Zusammenarbeit durch moderne Technologie;
- ein Bericht der Arbeitsgruppe zur Aktualisierung der Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit (IPC).

Auch bei der interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wurde eine Abschlusserklärung der Ko-Vorsitzenden Schlussfolgerungen vorgezogen, deren Annahme in einer Sitzung mit Fernteilnahme als zu kompliziert erachtet wurde.

Entgegen der ursprünglichen Absichten des portugiesischen und des slowenischen Ratsvorsitzes

mussten alle interparlamentarischen Sitzungen (COSAC-Sitzungen, interparlamentarische Konferenzen und vom Europäischen Parlament organisierte Veranstaltungen, einschließlich der interparlamentarischen Ausschusssitzungen, der Europäischen Parlamentarischen Woche und des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses für Europol), als Sitzungen mit Fernteilnahme oder in einem Hybridformat organisiert werden, da es die epidemiologische Lage nicht erlaubte, große Sitzungen als Präsenzveranstaltungen in den Hauptstädten des Ratsvorsitzes oder in Brüssel abzuhalten.

Unter Fortsetzung des Trends aus dem Jahr 2020 ist die Zahl der interparlamentarischen Sitzungen im Jahr 2021 weiter angestiegen. Das gilt auch für die Zahl der Teilnehmer aus dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten.

Dieser Anstieg der Teilnahme scheint vor allem durch die Möglichkeit erleichtert worden zu sein, an Videokonferenzen ohne Reiseaufwand teilnehmen zu können. Im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie hat sich die Nutzung digitaler Instrumente noch weiter beschleunigt, was möglicherweise einen Trend für die künftige Organisation interparlamentarischer Treffen darstellt, wenn auch nach der Pandemie mittel- oder sogar langfristig Sitzungen hybrid organisiert werden könnten. Wie in mehreren interparlamentarischen Foren zum Ausdruck gebracht wurde, besteht jedoch Einigkeit darüber, dass es keine technologische Lösung gibt, die persönliche Treffen ersetzen kann, und dass Sitzungen mit physischer Präsenz wieder aufgenommen werden sollten, sobald die epidemiologische Lage dies zulässt.

Aufgrund der COVID-19-Situation und der im Europäischen Parlament geltenden Vorschriften fanden 2021 keine Delegations- oder sonstigen Besuche statt. Allerdings fand eine Reihe von Sitzungen zum Austausch zwischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente als Sitzungen mit Fernteilnahme statt. Ferner gab es auch keine bilateralen Besuche von nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments.

Das Europäische Parlament intensivierte seine Beziehungen zu den nationalen Parlamenten durch einen formellen und informellen Austausch zwischen der für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur COSAC zuständigen Vizepräsidentin und mehreren COSAC-Vorsitzenden und ihren jeweiligen Ausschüssen für EU-Angelegenheiten.

Aufgrund der Einschränkungen im Zusammenhang mit der Pandemie erwiesen sich Videokonferenzen als besonders erfolgreiches und effizientes Format für informelle Briefings, Ad-hoc-Sitzungen und den gezielten Austausch mit hochrangigen Rednern, auch wenn die Mitglieder sowohl der nationalen Parlamente als auch des Europäischen Parlaments zum Ausdruck brachten, dass sie einen interaktiveren Austausch von Angesicht zu Angesicht und persönliche Kontakte vermissen. Dennoch ist davon auszugehen, dass Videokonferenzen auch in Zukunft eine wichtige Kommunikationsmethode für den gezielten und direkten bilateralen Austausch bleiben werden.

Die Gesundheitskrise hat auch zu einem verstärkten Online- und elektronischen (schriftlichen) Informationsaustausch zwischen den Parlamenten geführt, insbesondere im Rahmen des Europäischen Zentrums für parlamentarische Forschung und Dokumentation (ECPRD) und des Interparlamentarischen EU-Informationsaustauschs (IPEX). Der Anstieg der Zahl der im Rahmen des Protokolls Nr. 2 zu den Verträgen eingegangenen Anträge um mehr als 80 % im Zeitraum zwischen 2020 und 2021 lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass sich die EU-Organe und die nationalen Parlamente im Jahr 2021 auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie eingestellt hatten und ihre volle legislative Kapazität erreichten.

Die nationalen Parlamente leisteten im Rahmen des Protokolls Nr. 2 eine Vielzahl von Beiträgen, insbesondere als Reaktion auf eine Reihe von Legislativvorschlägen in den Bereichen Umwelt, Justiz und Inneres. Die Statistiken belegen, dass die nationalen Parlamente der EU das Protokoll häufiger als Mittel genutzt haben, um ihre Standpunkte zum Inhalt der Vorschläge zum Ausdruck zu bringen als zur Subsidiarität. Dies könnte ihren Wunsch widerspiegeln, stärker in den inhaltlichen

Gesetzgebungsprozess einbezogen zu werden.

Die Zahl der im Rahmen des informellen politischen Dialogs eingereichten Beiträge stieg ebenfalls deutlich an – von 179 im Jahr 2020 auf 222 im Jahr 2021 (+24 %) – was höchstwahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, dass die Kommission im Jahr 2021 als Reaktion auf die Pandemie eine große Zahl neuer Rechtsvorschriften vorschlug.

Das Jahr 2021 war auch das Jahr der Einführung und Umsetzung einer neuen Version von IPEX (IPEX v3). Eine der wichtigsten Neuerungen der Plattform besteht darin, dass sie den Parlamenten die Möglichkeit bietet, nun auch Dokumente hochzuladen, die nicht mit dem Subsidiaritätsparameter zusammenhängen (begründete Stellungnahmen oder Beiträge im Rahmen des informellen politischen Dialogs). Diese so genannten Initiativdokumente zielen darauf ab, die interparlamentarische Zusammenarbeit in einer Reihe von Bereichen zu fördern, wie z. B. im Bereich: i) des mehrjährigen Finanzrahmens, ii) internationaler Abkommen der EU, iii) dem Arbeitsprogramm der Kommission, iv) Beiträge des Parlaments zu den Arbeiten der Konferenz über die Zukunft Europas und v) Initiativen im Bereich des Netzes zur Förderung der Demokratie.

Traditionell liegt der Schwerpunkt der interparlamentarischen Zusammenarbeit auf politischen und institutionellen Fragen und Diskussionen. Das Frühwarnsystem, durch das die nationalen Parlamente im Wege der Subsidiaritätsprüfung in das Rechtsetzungsverfahren der EU eingebunden sind, hat einen umfassenden legislativen Dialog ausgelöst, der weit über die Subsidiarität hinausgeht. In den letzten Jahren wurde auch der parlamentarischen Kontrolle und Überwachung der europäischen Exekutivagenturen und -maßnahmen, insbesondere im Bereich Justiz und Inneres, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die parlamentarische Zusammenarbeit entwickelt sich auch im Bereich der Außenpolitik der EU weiter, hauptsächlich im Rahmen der GASP/GSVP, aber auch in Bezug auf die parlamentarische Diplomatie, die Unterstützung der Demokratie und die Zusammenarbeit in multilateralen und sogar globalen Foren, um die europäischen Werte und Interessen zu fördern.

Die folgenden wiederkehrenden Themen wurden 2021 in mehreren interparlamentarischen Foren und bilateralen Gesprächen behandelt:

i. Die Reaktion der EU auf die Pandemie und die Wiederaufbaupläne

Während des gesamten Jahres debattierten die EU-Parlamentarier über die Entwicklung der COVID-19-Pandemie und insbesondere über die Reaktion der EU auf das weltweite Wiederaufflammen der Pandemie und neu auftretende Varianten. Sie stellten auch Überlegungen dazu an, wie die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie durch Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und Qualifikationen bewältigt werden können und wie ein nachhaltiger und grüner Wiederaufbau erreicht werden kann. Dieses Thema beherrschte die Diskussionen während der Europäischen Parlamentarischen Woche und war eines der Hauptthemen der Sitzung der Vorsitzenden der COSAC unter portugiesischem Vorsitz. Insbesondere die Rolle der nationalen Parlamente bei der Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne war einer der Höhepunkte der COSAC-Plenartagung.

Irene Tinagli, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments (ECON), und Luís Capoulas Santos, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten der Portugiesischen Assembleia da República, bei der Sitzung des Interparlamentarischen Ausschusses ECON zum Thema „Resilienz und Erholung von der COVID-19-Krise“, 22. Februar 2021

© European Union 2021 - Philippe BUISSIN



ii. Die Konferenz zur Zukunft Europas

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente setzten ihre Überlegungen im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas fort. Die Entwicklungen der Konferenz und die Bedeutung der parlamentarischen Dimension in ihren Prozessen und Diskussionen wurden bei einer Reihe von interparlamentarischen Treffen hervorgehoben, insbesondere bei der COSAC-Plenartagung am 29. und 30. November 2021.



Charles Goerens, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO), Gašper Dovžan, Staatssekretär im Außenministerium der Republik Slowenien, und Guy Verhofstadt, Ko-Vorsitzender des Exekutivausschusses der Konferenz über die Zukunft Europas, bei der Sitzung des interparlamentarischen AFCO-Ausschusses „Die Erwartungen der nationalen Parlamente an die Konferenz über die Zukunft Europas“, 9. November 2021

© European Union 2021 - Alexis HAULOT

iii. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte

Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit ist zu einer Querschnittspriorität in allen EU-Politiken geworden und dies spiegelte sich auch in verschiedenen interparlamentarischen Debatten wider, wobei die entscheidende Rolle der nationalen Parlamente beim Schutz und bei der Durchsetzung der Werte und Gesetze der EU berücksichtigt wurde, sowie bei den Prioritäten des portugiesischen Ratsvorsitzes.

In diesem Zusammenhang wurden auch die Auswirkungen der von vielen Regierungen ergriffenen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung auf die Demokratie und die Grundrechte erörtert, insbesondere im Hinblick auf die Gewährleistung der Kontrolle der Exekutive durch die Parlamente. Vor diesem Hintergrund veranstaltete der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments am 9. Dezember eine interparlamentarische Ausschusssitzung zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU. Die Sitzung war in zwei Podiumsdiskussionen unterteilt, von denen die eine einem Meinungsaustausch über den Jahresbericht der Kommission zur Rechtsstaatlichkeit für 2021 gewidmet war und die andere dem Thema „Das weitere Vorgehen im Rahmen des Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte“. Auch die Frage der Anwendung des Konditionalitätsmechanismus, der die Auszahlung von EU-Mitteln an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit knüpft, wurde ausführlich erörtert. Darüber hinaus wurde auf der Sitzung der Vorsitzenden der COSAC am 19. Juli 2021 auch über die europäischen Werte und die Rechtsstaatlichkeit in der Union diskutiert.



Juan Fernando López Aguilar, Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), und Didier Reynders, Kommissar für Justiz, bei der interparlamentarischen Ausschusssitzung von LIBE zur Situation der Rechtsstaatlichkeit in der EU, 9. Dezember 2021

© European Union 2021 - Alexis HAULOT

iv. Der ökologische und der digitale Wandel

Der ökologische und der digitale Wandel sind die Hauptprioritäten der von der Leyen-Kommission und waren eines der wichtigsten Themen in den Debatten, nicht zuletzt während der Europäischen Parlamentarischen Woche 2021. Ferner wurden die Notwendigkeit gemeinsamer EU-Vorschriften für zugängliche und auf den Menschen ausgerichtete Technologien, die die EU-Werte wahren, sowie die Pläne der EU, digitale Technologien wie künstliche Intelligenz, Supercomputing und Datenplattformen in größerem Umfang einzusetzen, erörtert.

Auch die Europäische Parlamentarische Woche 2021 stand im Zeichen der Umwelt, wobei der Schwerpunkt auf dem Klimawandel und seiner immer wichtigeren Rolle in der Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik der EU lag.

Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Glasgow sprachen sich die Parlamentarier für eine Beschleunigung der weltweiten Klimaschutzmaßnahmen aus und forderten die EU auf, bei der Bekämpfung des Klimawandels weiterhin eine führende Rolle in der Welt zu übernehmen. Sie betonten auch die Notwendigkeit eines fairen Übergangs zu einer grünen Wirtschaft.

v. Migration

Das Thema Migration stand auch im vergangenen Jahr ganz oben auf der Tagesordnung. Seit dem deutschen Ratsvorsitz hat das Europäische Parlament in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Ratsvorsitz und den Parlamenten des Dreivorsitzes hochrangige Konferenzen zu Migration und Asyl organisiert. Das französische Parlament wird eine solche Veranstaltung unter französischem Ratsvorsitz organisieren.

vi. Die Rolle der EU in der Welt

Die schwerwiegenden wirtschaftlichen, sozialen, politischen und geopolitischen Folgen der Pandemie und ihre Auswirkung auf wesentliche Aspekte der GASP und GSVP und die damit verbundene Verschlechterung auch des Sicherheitsumfeldes der EU im Jahr 2021 waren heftig diskutierte Themen in den interparlamentarischen Foren zu außenpolitischen Fragen.

Im Rahmen der IPC für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) konzentrierte sich die Debatte auf den weltweiten Ausbruch der COVID-19-Pandemie, der die Spielregeln im internationalen Umfeld ändert und ein Katalysator für den Wandel in der Weltordnung ist. Die Mitglieder betonten, welche grundlegende Bedeutung der internen Widerstandsfähigkeit der EU, der Entwicklung neuer Partnerschaften und

der Stärkung der multilateralen Vision der EU weltweit zukommt und begrüßten die Team-Europe-Initiative und die Initiative Globale Reaktion auf das Coronavirus, die den Partnerländern helfen, die Auswirkungen der Pandemie zu bewältigen.

Sie forderten die Mitgliedstaaten auf, starken politischen Willen zu zeigen, um die außenpolitischen Ziele der EU voranzutreiben und den Versuchen von Drittländern, die EU zu spalten, entgegenzuwirken. Sie stellten fest, dass es noch ein beträchtliches ungenutztes Potenzial für die Kombination und Integration aller Bereiche des außenpolitischen Handelns der EU – einschließlich der „hard power“ und der „soft power“ – gibt, um die Ziele der GASP und der GSVP zu erreichen.

Brexit und das erste Jahr des neuen Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich waren ein weiteres übergreifendes und wiederkehrendes Thema.

1. INSTITUTIONELLE INTERPARLAMENTARISCHE GREMIEN

1.1 Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten (COSAC)



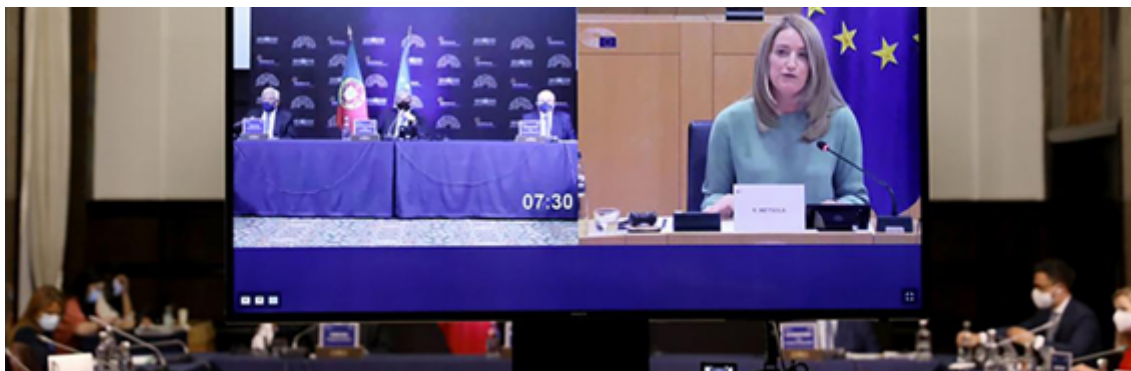
COSAC, die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union, wurde im November 1989 in Paris gegründet. Sie ist insofern einzigartig, als sie als einziges interparlamentarisches Forum in den Verträgen (Protokoll Nr. 1 über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union) verankert ist. Das nationale Parlament des Mitgliedstaats, das den rotierenden Ratsvorsitz innehat, spielt bei der Festlegung der Ausrichtung und der Arbeit der COSAC eine führende Rolle. Unterstützt wird sie von einer Vorsitz-Troika, deren ständiges Mitglied das Europäische Parlament ist. Der Vorsitz wird organisatorisch von einem kleinen Sekretariat unterstützt, das im Europäischen Parlament untergebracht ist und von einem von einem nationalen Parlament abgeordneten Beamten geleitet wird („Ständiges Mitglied“). Siehe www.ipex.eu

Die portugiesische Assembleia da República eröffnete die parlamentarische Dimension des portugiesischen Ratsvorsitzes mit der Sitzung der Vorsitzenden am 11. Januar 2021. Sowohl diese Sitzung als auch die LXV. Plenartagung der COSAC wurden mit Fernteilnahme abgehalten, obwohl der Vorsitz ursprünglich geplant hatte, die Veranstaltungen in Präsenz abzuhalten, was jedoch aufgrund der epidemiologischen Lage nicht möglich war.

Die Sitzung der Vorsitzenden im Januar konzentrierte sich auf den Umgang mit der Pandemie, einschließlich der Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion, der Bewältigung der Auswirkungen der Gesundheitskrise und der Förderung der Erholung in der EU. Die Auf- und Resilienzpläne waren ein Schwerpunkt des portugiesischen Ratsvorsitzes und Gegenstand ausführlicher Debatten. Die Parlamentarier erörterten auch die anderen portugiesischen Prioritäten, wie die Stärkung des europäischen Sozialmodells und der Grundwerte der EU sowie die Frage, wie die Autonomie Europas gefördert und gleichzeitig die Öffnung gegenüber der Welt gewährleistet werden kann.

Auf der COSAC-Plenartagung vom 31. Mai bis 1. Juni 2021, an der auch Ministerpräsident António Costa teilnahm, zogen die Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente eine Bilanz des portugiesischen Ratsvorsitzes und erörterten das Thema des sozialen Europas und die Ergebnisse des Gipfels von Porto. Sie tauschten sich auch über die Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne und die Bedeutung der parlamentarischen Kontrolle in diesem Zusammenhang aus. Eine weitere Sitzung war der Konferenz über die Zukunft Europas gewidmet, in der die Ko-Vorsitzenden des Exekutivausschusses der Konferenz, das MdEP Guy Verhofstadt,

und Kommissarin Dubravka Šuica, die Organisation der Konferenz und die bisher unternommenen Schritte darlegten. Die Sitzung wurde von Antonio Tajani, dem Vorsitzenden des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) des Europäischen Parlaments, ko-moderiert, der im Vorfeld der Konferenz wichtige Impulse aus der Perspektive des AFCO gab.



Roberta Metsola, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments bei der LXV. Plenartagung der COSAC, 31. Mai – 1. Juni 2021

© EU-EP

Im Juli 2021 ging der Vorsitz der COSAC an das slowenische Parlament über, das aufgrund der anhaltenden Einschränkungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie ebenfalls COSAC-Veranstaltungen als Sitzungen mit Fernteilnahme einberufen musste.

Die Sitzung der Vorsitzenden fand am 19. Juli 2021 statt. Der slowenische Ratsvorsitz setzte die Arbeit in Bezug auf die Notwendigkeit fort, dass sich die EU auf ihre Resilienz, den Aufbau und die strategische Autonomie zur Bewältigung der Pandemie konzentriert, sowie in Bezug auf die Überlegungen zur Zukunft Europas im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas. All diese Themen wurden von den Parlamentariern während der Sitzung der Vorsitzenden erörtert, ebenso wie die europäischen Werte und die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU, die Sicherheit in der EU und die Stabilität in ihrer Nachbarschaft. Das für den Binnenmarkt zuständige Kommissionsmitglied Thierry Breton war eingeladen, die neue EU-Cybersicherheitsstrategie der Kommission vorzustellen, die darauf abzielt, die kollektive Widerstandsfähigkeit Europas gegen Cyber-Bedrohungen zu stärken und es den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen der EU zu ermöglichen, vertrauenswürdige und zuverlässige Dienste zu nutzen.



Sitzung der Vorsitzenden der COSAC, 16. Juli 2021

© European Union 2021 – Directorate for Relations with National Parliaments Webpage

Die LXVI. COSAC-Sitzung wurde Ende November mit Fernteilnahme abgehalten. Der slowenische Ratsvorsitz wurde in Anwesenheit des slowenischen Staatssekretärs des Außenministeriums erörtert. Eine Debatte über die europäische Perspektive des Westbalkans stieß auf großes Interesse. Die meisten Redner sprachen sich für die Unterstützung dieses Prozesses aus, wiesen aber gleichzeitig auf die Notwendigkeit der vollständigen Erfüllung der Kriterien und der erforderlichen Reformen, insbesondere im Bereich der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, hin. Die Parlamentarier tauschten sich auch über die künftige Rolle junger Menschen in den Entscheidungsfindungsprozessen der EU aus und diskutierten erneut über die jüngsten Entwicklungen der Konferenz über die Zukunft Europas und die Bedeutung der parlamentarischen Dimension in ihren Prozessen und Diskussionen. Der slowenische Ratsvorsitz schloss auch die Ernennung eines neuen ständigen Mitglieds des COSAC-Sekretariats für die Jahre 2022–2023 erfolgreich ab.

Weder auf der LXV. noch auf der LXVI. Plenartagung der COSAC wurde ein Beitrag in Form einer politischen Erklärung angenommen. Nach dem Vorbild des kroatischen und des deutschen Ratsvorsitzes während des COVID-19-Zeitraums im Jahr 2020 legten sowohl der portugiesische als auch der slowenische Ratsvorsitz ein Schreiben an die EU-Organe vor, in dem sie die parlamentarischen Initiativen während ihres jeweiligen Ratsvorsitzes zusammenfassten.

Die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich mussten im Jahr 2021 erneut verhandelt werden, diesmal im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens. Die Vorsitz-Troika der COSAC lud im Interesse der Aufrechterhaltung fruchtbarer interparlamentarischer Beziehungen erneut das britische Parlament auf Ersuchen des britischen Ober- und Unterhauses ein.

Auch in diesem Jahr konnten dank der Möglichkeit, Sitzungen mit Fernteilnahme zu organisieren, zusätzliche Sitzungen zur Ergänzung der Sitzungen der COSAC-Vorsitzenden und der Plenartagungen abgehalten werden. Dem Beispiel Kroatiens und Deutschlands folgend, organisierten beide Vorsitze auch in diesem Jahr einen informellen Meinungsaustausch für die COSAC-Vorsitzenden mit hochrangigen Rednern, insbesondere EU-Kommissaren. Auch die Sitzungen der Vorsitz-Troika wurden lange vor den Hauptsitzungen der COSAC organisiert und nicht erst am Vorabend.

Die Veranstaltungen und Sitzungen der COSAC sind in Anhang I aufgeführt.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Der Austausch der COSAC wurde 2021 durch einen weiteren informellen Meinungsaustausch mit hochrangigen Vertretern der Europäischen Kommission verstärkt;
- Aufgrund der epidemiologischen Lage, die eine physische Teilnahme an großen Sitzungen in den Hauptstädten der Vorsitze nicht zuließ, mussten alle COSAC-Sitzungen im Jahr 2021 mit Fernteilnahme abgehalten werden;
- Das Europäische Parlament intensivierte seine Arbeitsbeziehungen und seine Zusammenarbeit im Rahmen der COSAC und nahm regelmäßig und in großem Umfang an den Sitzungen der COSAC teil.

1.2 Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK)

Die Leitlinien von Stockholm für die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK) wurden 2010 angenommen. Darin ist ein jährliches Treffen der Präsidenten vorgesehen, das von dem Mitgliedstaat zu organisieren ist, der in der zweiten Hälfte des jeweiligen Jahres den Ratsvorsitz innehat, und das während des Frühjahrsratsvorsitzes des Folgejahrs stattfinden soll. Auf dieser Konferenz werden unverbindliche Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes verabschiedet. Ihr obliegt außerdem die Beaufsichtigung der Koordinierung von interparlamentarischen EU-Aktivitäten.

Die Tagesordnung der EU-PPK wird von der Sitzung der Generalsekretäre der nationalen Parlamente der EU vorbereitet. Siehe www.ipex.eu

Nach der Absage der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU 2020 aufgrund der COVID-19-Pandemie ergriff der deutsche Ratsvorsitz die Initiative, die Konferenz 2021 im Mai 2021 von Berlin aus mit Fernteilnahme zu organisieren.

Die auf einen halben Tag verkürzte Konferenz begann mit Begrüßungsansprachen von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und Bundesratspräsident Reiner Haseloff. Das Europäische Parlament wurde durch die Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola vertreten.

Es wurde das Thema „Digitalisierung und der Wandel der Öffentlichkeit - Risiken und Chancen für die repräsentative Demokratie“ erörtert. Während der Debatte betonte die Erste Vizepräsidentin Metsola die Notwendigkeit, die Integrität der Wahlen zum Europäischen Parlament zu schützen und die Transparenz der EU weiter zu verbessern. Sie beschrieb die Konferenz über die Zukunft Europas mit ihrer starken parlamentarischen Dimension als eine Gelegenheit, eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit an der EU zu fördern.

Da die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU mit Fernteilnahme stattfand, wurden keine Schlussfolgerungen angenommen; diese wurden durch „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ ersetzt, die mit den anderen Mitgliedern der Troika (Finnland, Slowenien und dem Europäischen Parlament) abgestimmt wurden.

Dennoch bot die Konferenz die Gelegenheit, zwei Berichte anzunehmen, die von der Konferenz 2020, die wegen der Pandemie abgesagt worden war, verschoben werden mussten. Beide Berichte wurden auf der Sitzung der Generalsekretäre im März 2021 einstimmig angenommen:

- der Bericht über die verstärkte interparlamentarische Zusammenarbeit durch moderne Technologie;
- der Bericht der Arbeitsgruppe zur Aktualisierung der Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit (IPC).

Auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU im April 2019 in Wien war der finnische Ratsvorsitz gebeten worden, eine Arbeitsgruppe einzurichten, mit der Aufgabe, einen Vorschlag zur Aktualisierung der Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit in der Europäischen Union von 2008 vorzulegen. Die Arbeitsgruppe wurde auch beauftragt, darüber zu berichten, wie die modernen Kommunikationsmethoden besser genutzt werden können, um die interparlamentarische Zusammenarbeit zu erleichtern.

Die Arbeitsgruppe stellte ihre Ergebnisse auf der Sitzung der Generalsekretäre der EU-Parlamente in Helsinki (26. und 27. Januar 2020) vor. Aufgrund der Absage der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU im Mai 2020 konnten die Berichte jedoch nicht angenommen werden, weshalb das finnische Parlament den deutschen Vorsitz der Konferenz bat, das Dokument auf der Sitzung im Mai 2021 vorzulegen.

Bericht über die interparlamentarische Zusammenarbeit durch moderne Technologie

Der Bericht über die interparlamentarische Zusammenarbeit durch moderne Technologie wurde von der Arbeitsgruppe ursprünglich für Anfang 2020 erstellt, also vor den raschen Veränderungen, die die Coronavirus-Pandemie bei der Nutzung der IT-Technologie mit sich brachte. Der deutsche Ratsvorsitz erkannte im Einvernehmen mit dem finnischen Vorsitzenden der Arbeitsgruppe die Notwendigkeit an, den Bericht zu ändern, um den aus der Pandemie gezogenen Lehren Rechnung zu tragen. Daher wurde bei der Sitzung der Generalsekretäre am 29. März 2021 ein überarbeiteter Text vorgelegt. Dieser Text wurde weiter geändert, bevor er am 14. April 2021 von der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU angenommen wurde.

Der Abschlussbericht, der von der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU einstimmig angenommen wurde, enthält die folgenden Empfehlungen:

- Es wird festgestellt, dass die interparlamentarischen Konferenzen, die in Artikel 2 der Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit in der Europäischen Union als ständiger Rahmen festgelegt sind, nicht durch Videokonferenzen ersetzt werden können, es sei denn, es ist nicht möglich, eine Sitzung mit physischer Präsenz zu organisieren; in diesem Fall kann die Technologie eine zuverlässige und sinnvolle Alternative bieten;
- Es wird festgestellt, dass Videokonferenzen, wenn sie angemessen organisiert werden, die Möglichkeit bieten, die Kohlenstoffbilanz von Sitzungen zu verbessern und so dazu beitragen, die europäischen Nachhaltigkeits- und Klimaziele zu erreichen;
- Es wird festgestellt, dass die Technologie es ermöglicht, einige Sitzungen, die nicht zum Kerngeschäft gehören, z. B. für Vorbereitungs- oder Verwaltungszwecke oder für Bedienstete, durch Telekonferenzen, kollaborative Arbeitsräume oder andere technische Mittel zu ersetzen;
- Die Parlamente werden ermutigt, interparlamentarische Videokonferenzen durch gegenseitige Unterstützung und enge technische Zusammenarbeit im Bereich der IT zu erleichtern, um Videokonferenzen effizienter und zu einem vorhersehbaren Instrument für die Zukunft zu machen und gleichzeitig die digitale Souveränität und Resilienz Europas zu stärken und die EU-Datenschutzvorschriften einzuhalten;
- Es wird darauf hingewiesen, dass in den Fällen, in denen die Technologie als Ersatz oder zur Verbesserung von Sitzungen eingesetzt wird, dieselben Werte der Zusammenarbeit, Einbeziehung, Beteiligung und Offenheit gelten sollten, die traditionell für interparlamentarische Konferenzen kennzeichnend sind, einschließlich der Sprachenregelung;
- Die Parlamente werden dazu ermutigt, bei der Planung von IKT-Beschaffungen die Anforderungen der interparlamentarischen Kommunikation und das Ziel der Stärkung der digitalen Souveränität und Resilienz Europas als Faktor bei der Festlegung von Spezifikationen zu berücksichtigen.

Bericht zur Aktualisierung der Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit (IPC)

Die vom finnischen Ratsvorsitz auf Ersuchen der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU in Wien im April 2019 eingesetzte Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, die in Lissabon beschlossenen Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit in der Europäischen Union an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Die Leitlinien von Lissabon, die einen allgemeinen Rahmen für die interparlamentarische Zusammenarbeit bieten, wurden 2008 vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon angenommen. Diese waren veraltet und trugen nicht mehr den Entwicklungen in der interparlamentarischen Zusammenarbeit Rechnung.

Die Arbeitsgruppe wurde gebeten, für die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU in Helsinki im Jahr 2020 einen Bericht zu den folgenden Themen zu erstellen:

- eine technische Anpassung der Leitlinien an die bestehenden Bedingungen, einschließlich einer konsequenteren Verwendung der Verweise auf die Verträge und einer sprachlichen Überarbeitung der Leitlinien insgesamt;
- Aufnahme bestehender Konferenzformate in die Leitlinien, darunter die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union, die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der Gemeinsame parlamentarische Kontrollausschuss für Europol;
- bessere Nutzung moderner Kommunikationsmethoden, um die interparlamentarische Zusammenarbeit zu erleichtern.

Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU ersuchte den finnischen Ratsvorsitz außerdem, einen Konsens vorzubereiten über die in der Eurojust-Verordnung vorgesehene Bewertung von Eurojust im Rahmen einer interparlamentarischen Ausschusssitzung

Entsprechend dem in Wien erteilten Auftrag wurde ein Entwurf für die technische und sprachliche Aktualisierung der Leitlinien ausgearbeitet. Die Entwicklungen nach Lissabon, insbesondere neue interparlamentarische Konferenzen sowie die gemeinsame Prüfung und Bewertung im Bereich Justiz und Inneres, werden in kohärenter Weise in den Leitlinien berücksichtigt. Es wurden auch Verweise auf Rechtsgrundlagen und Geschäftsordnungen der einzelnen interparlamentarischen Gremien hinzugefügt.

Die aktualisierten Leitlinien wurden von der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU einstimmig angenommen.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU wurde nach ihrer Absage im Jahr 2020 mit Fernteilnahme abgehalten;
- Es wurden „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ anstelle der herkömmlichen Schlussfolgerungen angenommen.
- Der Bericht über die interparlamentarische Zusammenarbeit durch moderne Technologie wurde angenommen;
- Auch der Bericht zur Aktualisierung der Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit wurde angenommen.

2. INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZEN (IPK)

2.1 Europäische Parlamentarische Woche (EPW), Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU (IPK SWKS) und Konferenz zum Europäischen Semester

*Die **Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU** (die gemäß Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion [Fiskalpakt] eingerichtet wurde) bietet einen Rahmen für Diskussionen und den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren bei der Umsetzung der einschlägigen Bestimmungen sowie für die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten der EU und dem Europäischen Parlament.*

Die Konferenz zum Europäischen Semester bietet Gelegenheit zum Austausch von Informationen über bewährte Verfahren bei der Umsetzung der Zyklen des Europäischen Semesters. Darüber hinaus eröffnen sich dort Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit im Hinblick auf eine gründliche Prüfung der Maßnahmen der Exekutive auf nationaler und europäischer Ebene.

Gemeinsam bilden diese beiden Konferenzen die Europäische Parlamentarische Woche (EPW), bei der Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten der EU zusammenkommen, um wirtschaftliche, haushaltsbezogene und soziale Fragen zu erörtern. Die beiden Konferenzen haben einen festen Platz im Kalender der interparlamentarischen Aktivitäten und sind konsolidierte Foren für interparlamentarische Debatten in diesen wichtigen Politikbereichen.

Die vom Europäischen Parlament und dem kroatischen Parlament gemeinsam organisierte Europäische Parlamentarische Woche 2021 fand am 22. Februar 2021 in Brüssel statt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde die Veranstaltung mithilfe von Videokonferenztechnik abgehalten. Es war die 10. Ausgabe der Konferenz, an der rund 140 Parlamentarier aus den 27 EU-Mitgliedstaaten und vier Kandidaten- und Beobachterländern teilnahmen, um über wirtschaftliche, haushaltspolitische, ökologische und soziale Fragen zu diskutieren. Das Europäische Parlament war mit mehr als 60 Mitgliedern vertreten. Die große Teilnehmerzahl ist ein Beweis für den Erfolg, die Relevanz und die Notwendigkeit des parlamentarischen Austauschs über die vorgeschlagenen Themen in den heutigen schwierigen Zeiten.

Die Debatten wurden von den Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Volkswirtschaften der EU und deren Erholung beherrscht. Die Konferenz wurde mit einer Eröffnungsplenarsitzung eröffnet, an der hochrangige internationale und europäische Persönlichkeiten teilnahmen: David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments, Eduardo Ferro Rodrigues, Präsident der portugiesischen Assembleia da República, Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kristalina Georgieva, Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds, und Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.

Während der Podiumsdiskussion befassten sich die Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente mit der Ausarbeitung nationaler Aufbau- und Resilienzpläne. Parlamentarier aus dem Dreivorsitz (Deutschland, Portugal und Slowenien) und drei Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum Konjunktur- und Resilienzfonds diskutierten intensiv den Einsatz dieses neuen Finanzinstruments.

Im Anschluss an die Plenardebatten fanden vier zeitgleiche interparlamentarische Ausschusssitzungen

statt, die vom Haushaltsausschuss (BUDG), dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) und dem Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments organisiert wurden. In der Sitzung des interparlamentarischen Ausschusses ECON konzentrierte sich die Debatte auf die Notwendigkeit, eine expansive Finanzpolitik beizubehalten und gleichzeitig die bestehenden Wirtschaftsmodelle zu überdenken. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Pandemie eine Gelegenheit sein könnte, die Volkswirtschaften der EU nachhaltiger und wachstumsfördernder zu gestalten. Die wichtigste Botschaft an die nationalen Parlamente während der Debatte im Rahmen der Sitzung des interparlamentarischen Ausschusses BUDG war die Notwendigkeit, den Eigenmittelbeschluss rasch zu ratifizieren, um den Aufbauplan umsetzen zu können. Die Diskussionen auf der EMPL-Sitzung konzentrierten sich auf die Frage, wie die 20 Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte umgesetzt werden können, um die derzeitige Krise rasch zu beenden. Die Mitglieder betonten, dass die soziale Dimension im Mittelpunkt der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne stehen sollte, während diese gleichzeitig den digitalen und den grünen Wandel unterstützen.

Die Europäische Parlamentarische Woche 2021 stand im Zeichen der Umwelt, wobei der Schwerpunkt auf dem Klimawandel und seiner immer wichtigeren Rolle in der Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik der EU lag. Dieser Wandel spiegelte sich in der ersten Ausgabe der vierten vom ENVI-Ausschuss organisierten interparlamentarischen Sitzung wider, bei dem die Teilnehmer Ideen über mögliche Synergien zwischen dem europäischen Grünen Deal und dem Aufbau einer resilienteren europäischen Gesundheitsunion austauschten. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Mitglieder der nationalen Parlamente konzentrierten sich auf die Förderung eines nachhaltigen Wachstums als Leitprinzip für die Aufbau- und Resilienzpläne, um die derzeitige Pandemiekrise als Katalysator für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaften auf umweltfreundlichere Weise zu nutzen.

Am 28. September 2021 fand die 16. Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU wie üblich in der Hauptstadt des Ratsvorsitzes (Ljubljana, Slowenien) statt. Die Sitzung wurde als Videokonferenz aus der slowenischen Nationalversammlung abgehalten. Während der Konferenz erörterten die Vertreter der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments gemeinsam mit Vertretern der Europäischen Kommission und der Eurogruppe aktuelle Finanz- und Wirtschaftsfragen vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie.

Die erste Podiumsdiskussion umfasste einen Meinungs austausch über die Finanzierung der Pandemie-Ausstiegsstrategie, wobei der Schwerpunkt auf den neuen Eigenmitteln und der Steuer auf digitale Dienstleistungen lag. Die Teilnehmer sprachen sich für die Schaffung neuer Eigenmittel im EU-Haushalt aus, um eine stabile Finanzierung und Umsetzung der Politiken und Ziele der EU zu gewährleisten.



Poster der Europäischen Parlamentarischen Woche, 2021
© EU_EP

Die Hauptreferenten der zweiten Podiumsdiskussion gingen auf die Herausforderungen und Chancen des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Erneuerung Europas, insbesondere die wirksame Kanalisierung der Mittel für die Umsetzung des NextGenerationEU-Aufbauinstruments ein. Während der Debatte erläuterten einige Vertreter der Mitgliedstaaten ihre nationalen Pläne für NextGenerationEU und bezeichneten das Instrument als eine Möglichkeit, EU-Ziele und -Politiken zu erreichen, die auf künftige Generationen ausgerichtet sind, mit besonderem Schwerpunkt auf der digitalen und der grünen Wende und der europäischen Säule sozialer Rechte

Diese Diskussionen wurden auf der nächsten Europäischen Parlamentswoche am 15. und 16. März 2022 in Brüssel fortgesetzt.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde das Programm der Europäischen Parlamentarischen Woche mit Fernteilnahme auf nur einen Tag verkürzt und umfasste auch die Konferenz zum Europäischen Semester und die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftliche Koordinierung und Steuerung in der EU. Die diesjährige Ausgabe hatte auch einen umweltpolitischen Schwerpunkt, da der ENVI-Ausschuss eine vierte interparlamentarische Ausschusssitzung hinzufügte, die sich mit dem Klimawandel und seiner zunehmenden Bedeutung in der Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik der EU befasst;
- Der Austausch während beider Sitzungen konzentrierte sich auf die Auswirkungen von COVID-19 auf die EU-Volkswirtschaften und die Ausstiegsstrategie aus der Krise;
- Die Fernteilnahme und die Relevanz der Themen ermöglichten die Teilnahme hochrangiger Redner und einer größeren Zahl von Parlamentariern, die die Gelegenheit nutzten, um mit den Vertretern der Institutionen und anderen Beteiligten zu diskutieren.

2.2 Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP)

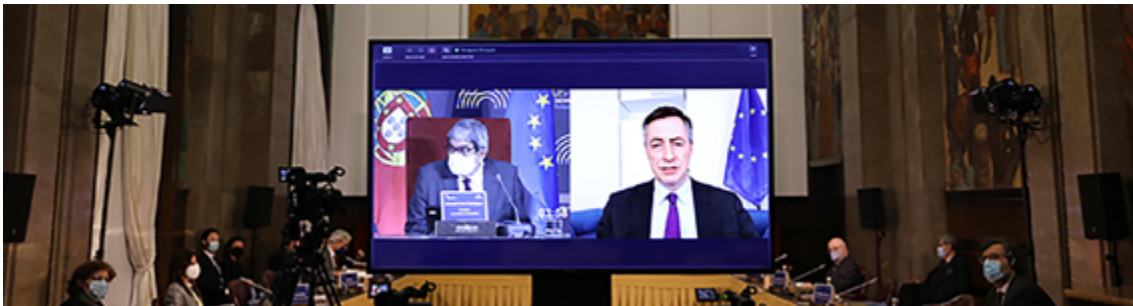
Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP), die 2012 mit einem Beschluss der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU geschaffen wurde, ist die interparlamentarische Plattform für Debatten über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die Konferenz wird in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zweimal im Jahr von dem Parlament desjenigen EU-Mitgliedstaats ausgerichtet, der den rotierenden Ratsvorsitz innehat, und wird regelmäßig von Abgeordneten aus der gesamten EU besucht. Darüber hinaus lädt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET) des Europäischen Parlaments häufig nationale Parlamente zu seinen Sitzungen in Brüssel ein, wodurch der interparlamentarische Dialog in diesem entscheidenden Politikbereich ergänzt wird.

Im Jahr 2021 fand die 18. Sitzung der IPK GASP/GSVP in Lissabon (3./4. März) mit physischer Präsenz statt, während die 19. Sitzung in Ljubljana (9. September) mit Fernteilnahme organisiert wurde. Die Delegationen des Europäischen Parlaments zu beiden Konferenzen bestanden aus Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung und wurden von David McAllister, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, geleitet.

124 Parlamentarier aus den nationalen EU-Parlamenten nahmen per Videokonferenz an der IPK GASP/GSVP in Lissabon teil, zusammen mit einer Delegation des Europäischen Parlaments, die

aus 14 Mitgliedern bestand. An der Konferenz nahmen hochrangige Redner teil und es fand ein fruchtbarer Austausch über verschiedene außen- und sicherheitspolitische Themen statt. Die Ko-Vorsitzenden kamen überein, keine Schlussfolgerungen anzunehmen, sondern stattdessen eine Abschlusserklärung abzugeben. Die interparlamentarische Konferenz begann mit einer Grundsatzrede von Jens Stoltenberg, Generalsekretär der NATO, gefolgt von einer Debatte. Die Konferenz war in drei Sitzungen aufgliedert: Die erste trug den Titel „Europa verteidigen: Die Kooperation zwischen der EU und der NATO und der Strategische Kompass“; die zweite Konferenz sah eine Aussprache mit Josep Borrell, Vizepräsident der Kommission/Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vor; in der dritten Konferenz ging es um eine umfassende EU-Strategie für Afrika.

In ihrer Abschlusserklärung betonten die Ko-Vorsitzenden, dass die COVID-19-Pandemie weiterhin wirtschaftliche, soziale, politische und geopolitische Folgen hat, die sich auf zentrale Aspekte der GASP und GSPV der EU auswirken. Sie gingen davon aus, dass der weltweite Ausbruch der COVID-19-Pandemie die Spielregeln im internationalen Umfeld ändert und ein Katalysator für den Wandel in der Weltordnung ist. In der Erklärung wurde die grundlegende Bedeutung der internen Widerstandsfähigkeit der EU, der Entwicklung neuer Partnerschaften und der Stärkung der multilateralen Vision der EU auf globaler Ebene betont.



David McAllister, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, und Eduardo Ferro Rodrigues, Präsident der portugiesischen Assembleia da República, bei der Interparlamentarischen Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, 3./4. März 2021, Lissabon

© Parlamento Portugal

Die Ko-Vorsitzenden unterstrichen die Notwendigkeit, die Reaktion der EU auf diese neue geopolitische Realität rasch anzupassen, und erinnerten daran, dass die EU für Drittländer der „Partner der Wahl“ ist, der sich von der Förderung der Demokratie und dem Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten leiten lässt. Sie forderten die Mitgliedstaaten auf, echten politischen Willen zu zeigen, um die außenpolitischen Ziele der EU voranzutreiben und den Versuchen von Drittländern, die EU zu spalten, entgegenzuwirken.

In der zweiten Jahreshälfte 2021 nahmen 88 Parlamentarier aus den Parlamenten der 27 EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments, aus Beobachter- und Kandidatenländern sowie 78 Mitarbeiter an der **19. interparlamentarischen Konferenz GASP/GSPV** in Ljubljana teil, die als Videokonferenz stattfand. Die Delegation des Europäischen Parlaments bestand aus neun Mitgliedern. Aufgrund der Pandemie wurde die Konferenz in einem Hybridformat abgehalten, bei dem die Teilnehmer sowohl online als auch vor Ort anwesend waren. Sie dauerte einen Arbeitstag statt der üblichen zwei Tage, die für Sitzungen mit physischer Präsenz vorgesehen sind.

Die Konferenz begann mit einer Rede des slowenischen Staatspräsidenten Borut Pahor, gefolgt von vier Sitzungen zum Thema „Prioritäten der GASP/GSPV: ein Gespräch mit VP/HV Josep Borrell“; „Neue Herausforderungen, alte Muster: Ein Umdenken bei den Konzepten der EU-Außenpolitik in einer multipolaren Welt“; „Verbesserung der regionalen Partnerschaft mit den Ländern des Westlichen Balkans durch die GSPV“; und „Entwicklung von Fähigkeiten für den Katastrophenschutz der EU und die Solidaritätsklausel: Die Integration des Militärs“



Interparlamentarische Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/GSVP), 9. September 2021, Ljubljana © Državni Zbor - Rok TORKAR

© Državni Zbor - Rok TORKAR

Die Teilnehmer stellten fest, dass die Pandemie die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern im Bereich der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Versorgung deutlich gemacht hat. Sie betonten daher, dass ein Ausbau der Widerstandsfähigkeit notwendig sei, indem man einen Notfall-Mechanismus bereitstellt und auf Krisenmanagement-Szenarien vorbereitet ist, um nicht durch eine weitere Krise geschwächt zu werden. Sie hoben auch hervor, dass eine frühzeitige Erkennung von Cyberbedrohungen notwendig sei. Es wurde betont, dass die EU den Multilateralismus und die Multipolarität stärken sollte. Gleichzeitig sollte die EU versuchen, sich selbst zu schützen und gleichzeitig als verlässlicher Partner zum Weltfrieden beizutragen, denn die internationalen Bedrohungen zeigen, dass Solidarität sehr wohl notwendig ist.

Die Reform der interparlamentarischen Konferenz wird eine Aufgabe für künftige Vorsitze bleiben mit dem Ziel, die Plenardebatten interaktiver zu gestalten, zum Beispiel durch das „catch the eye“-Verfahren, durch die Möglichkeit, Platz auf der Tagesordnung für Debatten über ein aktuelles Thema freizuhalten, und durch Erstellung eines Handbuches bewährter Praktiken. Hier können auch neue Elemente aufgenommen werden und die während der Pandemie gewonnenen Erfahrungen von Sitzungen mit Fernteilnahme berücksichtigt werden. Da die Videokonferenz- und Hybridformate für Workshops und informelle Treffen am Rande der Sitzung ungeeignet sind, konnten die Mitglieder der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments keine informellen politischen Gespräche führen oder persönliche und politische pflegen. Auf der anderen Seite wurde während der Pandemie die Abschlusserklärung der Ko-Vorsitzenden, die in normalen Zeiten weniger Diskussionen auslösen würde, zum wichtigsten Ergebnis und zum Beweis dafür, dass die Arbeit in der IPK fortgesetzt wurde.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Die COVID-19-Pandemie brachte weiterhin organisatorische Herausforderungen für den reibungslosen Ablauf interparlamentarischer Konferenzen mit sich. Die technischen Möglichkeiten erlaubten jedoch die erfolgreiche Umsetzung eines hybriden Formats der interparlamentarischen Konferenz, bei der sich Parlamentarier und Beamte aus den nationalen Parlamenten in Echtzeit mit dem Vorsitzenden und den Mitgliedern, die physisch im Sitzungssaal anwesend waren, austauschen konnten;
- Darüber hinaus wurde für den Fall, dass sich die beiden Ko-Vorsitzenden an zwei verschiedenen Orten aufhielten, ein Ko-Vorsitz mit Simultanverdolmetschung eingerichtet;
- Die IPK wurde erfolgreich als eine der interparlamentarischen Veranstaltungen des rotierenden Ratsvorsitzes beibehalten.

3. INTERPARLAMENTARISCHE KONTROLLE IM RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS

3.1 Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss für Europol

JPSG on EUROPOL

Artikel 88 AEUV erlaubt es den nationalen Parlamenten erstmals, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament eine EU-Agentur zu kontrollieren, die im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts tätig ist. Auf der Grundlage der Europol-Verordnung² wurde 2017 der Gemeinsame parlamentarische Kontrollausschuss (GPKA) für Europol eingerichtet, um sicherzustellen, dass Europol uneingeschränkt rechenschaftspflichtig und transparent ist. Die Hauptaufgaben des GPKA sind in Artikel 51 der Europol-Verordnung (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:32016R0794>) festgelegt, in dem seine Rolle bei der politischen Überwachung der Tätigkeiten von Europol unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen dieser Tätigkeiten auf die Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen definiert ist.

Der GPKA ist ein innovativer institutioneller Rahmen für die parlamentarische Kontrolle. Er hält zwei Sitzungen pro Jahr ab: in der ersten Jahreshälfte beim Parlament des Landes, das den rotierenden Vorsitz im Rat der EU innehat, und in der zweiten Jahreshälfte beim Europäischen Parlament.

Im zweiten Jahr in Folge wurden die Sitzungen der GPKA aufgrund der COVID-19-Pandemie per Videokonferenz abgehalten. Den Organisatoren ist es gelungen, die damit verbundenen praktischen Herausforderungen erfolgreich zu meistern und auf ihren jüngsten Erfahrungen mit diesem neuartigen Format aufzubauen, was zu gut besuchten und lebhaften Sitzungen führte. Dank dieser Anstrengungen wurde eine Fortsetzung der guten Funktionsweise des GPKA ermöglicht und allen GPKA-Mitgliedern die Möglichkeit geboten, sich in vollem Umfang an den Arbeiten zu beteiligen. Trotz des kompakteren Formats konnten die traditionelle Struktur der Sitzung mit Zeit für den Austausch und die Teilnahme hochrangiger Redner gewährleistet werden.

Die **achte Sitzung** des GPKA wurde vom portugiesischen Parlament am 1. und 2. Februar 2021 per Videokonferenz mitorganisiert. Diese Sitzung mit Fernteilnahme wurde gemeinsam vom Europäischen Parlament in Brüssel und vom portugiesischen Parlament in Lissabon geleitet.

Die Exekutivdirektorin von Europol, Catherine De Bolle, informierte die Delegierten über die Tätigkeit von Europol zwischen September 2020 und Februar 2021. Der Europäische Datenschutzbeauftragte, Wojciech Wiewiórowski, berichtete über die neuesten Entwicklungen und Erkenntnisse in Bezug auf die Datenschutzpflichten von Europol. In der ersten thematischen Debatte ging es um Kriminalität und digitale Resilienz, eine der obersten Prioritäten der Kommission in einem digitalen und vernetzten Europa und ein wichtiges Thema für Parlamente und Gesellschaften gleichermaßen.

² Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol).

Im Mittelpunkt des zweiten Teils des Treffens standen die Überarbeitung der Europol-Verordnung und die Stärkung des Europol-Mandats, wobei hochrangige Redner wie Ylva Johansson, EU-Kommissarin für Inneres, und Eduardo Cabrita, portugiesischer Minister für Inneres und amtierender Vorsitzender des Rates für Inneres der Europäischen Union, das Wort ergriffen. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion fand eine thematische Debatte zum Thema der Auswirkungen von COVID-19 auf die innere Sicherheit der EU und die Rolle der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden statt.

Die bemerkenswerteste verfahrenstechnische Entwicklung war die Ausweitung des Mandats der GPKA-Arbeitsgruppe zu anhängigen Fragen, vorbehaltlich einer weiteren Überarbeitung der Geschäftsordnung des GPKA. In Anbetracht des Online-Formats und der damit verbundenen zeitlichen Beschränkungen verfassten die Vorsitzenden des Europol-Verwaltungsrats und der Vorsitzende des Europol-Kooperationsrats schriftliche Beiträge anstelle ihrer regulären Redebeiträge.

Die **neunte Sitzung** des GPKA wurde vom Europäischen Parlament am 25. und 26. Oktober 2021 in Brüssel organisiert und fand aufgrund der Pandemie als Sitzung mit Fernteilnahme statt. Das slowenische Parlament führte den Ko-Vorsitz als Teil der parlamentarischen Dimension des slowenischen Ratsvorsitzes.

Wie gewöhnlich standen auch Präsentationen des Exekutivdirektors von Europol und des Europäischen Datenschutzbeauftragten auf der Tagesordnung. Die Hauptreferenten waren der EU-Kommissar für Inneres und Aleš Hojs, Innenminister von Slowenien.

In thematischen Debatten, an denen die Europäische Staatsanwaltschaft und hochrangige Experten der nationalen Behörden teilnahmen, wurden Themen wie Finanzkriminalität, Korruption und der Schutz der finanziellen Interessen der EU behandelt. Das zweite wichtige Diskussionsthema war die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Online-Kindesmissbrauchs, einschließlich der Zusammenarbeit mit Drittländern, Privatpersonen und NRO.

Neben seiner Kontrolltätigkeit erörterte der GPKA auch verfahrenstechnische Fragen zu offenen Fragen. Die letzten Änderungen seiner Geschäftsordnung wurden einvernehmlich angenommen und traten am 26. Oktober 2021 in Kraft. Diese letzten Änderungen betrafen den Beobachter des GPKA bei den Sitzungen des Europol-Verwaltungsrats und die Revisionsklausel.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Gewährleistung der Fortführung der Arbeit des GPKA für Europol: Der GPKA behauptete sich im Jahr 2021 als anspruchsvoller und engagierter Partner, der den Auftrag der Agentur unterstützt, eine solide Strafverfolgung zu gewährleisten und die Bürgerinnen und Bürger und die Gesellschaft zu schützen, insbesondere in Zeiten der organisierten Kriminalität, der Korruption und des Extremismus, Phänomene, die durch die Pandemie noch verstärkt wurden. Die Delegierten sprachen sich dafür aus, das Mandat von Europol zu stärken und die behördenübergreifende Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit zu verbessern;
- Anpassung der Tagesordnung an die jüngsten Entwicklungen (Pandemie, Überarbeitung der Europol-Verordnung); Entwicklung geeigneter Formate für Aussprachen und Fernsitzungen und Sicherstellung ordnungsgemäßer Follow-ups;
- Der GPKA nahm seine überarbeitete Geschäftsordnung an.



Juan Fernando López Aguilar, Ko-Vorsitzender des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses und Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments und Robert Tekavec, Leiter des Einheit Jugendkriminalität, Abteilung für allgemeine Kriminalität, Kriminalpolizeidirektion, Slowenien, während der neunten Sitzung des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses für Eurojust

© European Union 2021 – Eric VIDAL

3.2 Interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust

Seit der Einrichtung von Eurojust im Jahr 2002 wurde die Agentur zu einem wichtigen Akteur bei der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Gemäß Artikel 85 AEUV müssen durch die EU-Verordnungen zur Regelung von Eurojust „die Einzelheiten für die Beteiligung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente an der Bewertung der Tätigkeit von Eurojust festgelegt“ werden. 2018 haben das Europäische Parlament und der Rat eine neue [Verordnung über Eurojust](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32018R1727) (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32018R1727>)³ angenommen, um einen einheitlichen und erneuerten Rechtsrahmen für eine neue vollwertige Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) zu schaffen.

Um die Transparenz und die demokratische Kontrolle von Eurojust zu verbessern, sieht die Verordnung einen Mechanismus für die gemeinsame Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der EU vor⁴. Die Bewertung sollte in einer interparlamentarischen Ausschusssitzung erfolgen, die vom Europäischen Parlament in seinen Räumlichkeiten in Brüssel veranstaltet wird und an der die Mitglieder der zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente der EU teilnehmen.

Die erste interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung der Tätigkeit von Eurojust wurde am 1. Dezember 2020 beim LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlament in Brüssel in Zusammenarbeit mit dem deutschen Bundestag abgehalten.

Aus logistischen Gründen musste die zweite jährliche interparlamentarische Ausschusssitzung, die Ende 2021 stattfinden sollte, um einige Wochen verschoben werden, fand aber schließlich am 1. Februar 2022 statt. Sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente verfolgen mit großem Interesse diese jährliche Sitzung, die in Zukunft, möglicherweise in einem separaten Format, auf die Kontrolle über die neu geschaffene Europäische Staatsanwaltschaft ausgeweitet werden könnte.

³ Verordnung (EU) 2018/1727 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 betreffend die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und zur Ersetzung und Aufhebung des Beschlusses 2002/187/JI des Rates (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 138).

⁴ Diese Vorkehrungen werden in Erwägungsgrund 62 und in Artikel 67 der Verordnung (EU) 2018/1727 zur Sprache gebracht

4. INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNGEN UND SONSTIGE INTERPARLAMENTARISCHE ZUSAMMENARBEIT

4.1 Interparlamentarische Ausschusssitzungen (ICM)

Interparlamentarische Ausschusssitzungen sind die vom Europäischen Parlament normalerweise genutzte Art von Sitzungen für einen gezielten Austausch zwischen Fachausschüssen zu wichtigen rechtlichen und politischen Fragen gemäß Artikel 9 und 10 des den Verträgen beigefügten Protokolls Nr. 1. Der Präsident des Europäischen Parlaments übermittelt den Präsidenten aller nationalen Parlamente jedes Semester den Kalender der interparlamentarischen Ausschusssitzungen.

Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments organisieren jährlich bis zu 20 interparlamentarische Ausschusssitzungen, zu denen sie die entsprechenden Ausschüsse der nationalen Parlamente der EU einladen, um gezielte Aussprachen zu führen. Interparlamentarische Ausschusssitzungen haben sich als geschätztes Mittel für die Mitglieder des Europäischen Parlaments erwiesen, um einen Meinungsaustausch mit ihren nationalen Kollegen zu führen. Interparlamentarische Ausschusssitzungen sind nicht nur ein Forum für den Austausch über legislative Fragen und tragen damit zu einer besseren Rechtsetzung bei; sie sind vielmehr auch eine Plattform für die Erörterung politischer Fragen von gemeinsamem Interesse und für Treffen mit Kommissionsmitgliedern und dem HR/VP. Interparlamentarische Ausschusssitzungen werden auf Initiative eines oder mehrerer Ausschüsse des Europäischen Parlaments mit Unterstützung der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten gemeinsam organisiert.

Im Jahr 2021 wurden von zwölf verschiedenen parlamentarischen Ausschüssen^{5,6} insgesamt fünfzehn interparlamentarische Ausschusssitzungen gemeinsam organisiert, bei denen 841 Abgeordnete nationaler Parlamente und 307 Mitglieder des Europäischen Parlaments zur Debatte zusammentrafen. Alle interparlamentarischen Ausschusssitzungen im Jahr 2021 fanden in einem Hybridformat statt und wurden in Übereinstimmung mit den Hygieneauflagen abgehalten, die das Europäische Parlament als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie eingeführt hatte. Einige der Mitglieder des Europäischen Parlaments und Redner nahmen von den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel aus teil, während die Abgeordneten der nationalen Parlamente und die meisten Gastredner online teilnahmen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), der Haushaltsausschuss (BUDG), der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) und der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) organisierten im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche (EPW) vier interparlamentarische Ausschusssitzungen am **22. Februar**⁷.

Die interparlamentarische Ausschusssitzung des FEMM stand unter dem Titel: „Wir sind stark: Frauen führen den Kampf gegen COVID-19 an“, während der auch der **Internationale Frauentag** begangen wurde, der am **4. März** im Europäischen Parlament in Brüssel online abgehalten wurde.

⁵ Kalender der interparlamentarischen Aktivitäten mit nationalen Parlamenten im Jahr 2021: [Erstes Halbjahr](https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/235467/Calendar%201st%20semester%202021_rev07.pdf) (https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/235467/Calendar%201st%20semester%202021_rev07.pdf)

⁶ Kalender der interparlamentarischen Aktivitäten mit nationalen Parlamenten im Jahr 2021: [Zweites Halbjahr](https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/242828/Revised%20Calendar%202nd%20semester%202021_25.11%20.pdf) (https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/242828/Revised%20Calendar%202nd%20semester%202021_25.11%20.pdf)

⁷ Mehr Informationen zur EPW finden sich in Kapitel [2.1](#)

Es wurde darüber diskutiert, dass die COVID-19-Krise verdeutlicht hat, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen erforderlich sind, um widerstandsfähige Gesellschaften aufzubauen, die Standards in den Bereichen Beschäftigung, soziale Sicherheit und Renten für alle Frauen, insbesondere in von Frauen dominierten Branchen, zu verbessern und generell wie die Modelle für die Erbringung von Betreuungs- und Pflegeleistungen und mit Blick auf den Wert der Arbeit, einschließlich unbezahlter Betreuungs- oder Pflegeleistungen reformiert werden können. Gleichzeitig erörterten die Teilnehmer die Frage, wie der Entscheidungsfindungsprozess für die Verabschiedung und Aufhebung der Krisenmaßnahmen und alle Phasen der Ausarbeitung, Annahme und Umsetzung der Wiederaufbaupläne die Notwendigkeit einer gleichberechtigten Vertretung von Frauen und Männern in Führungspositionen verdeutlichen.

Die interparlamentarische Ausschusssitzung des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (**AFCO**) über die Reform des europäischen Wahlrechts und über das Untersuchungsrecht des Parlaments fand am **22. Juni** als Sitzung mit Fernteilnahme im Europäischen Parlament in Brüssel statt. Gastrednerin Věra Jourová, Vizepräsidentin der Kommission für Werte und Transparenz, unterstrich, dass die Kommission die Entwicklungen in diesem Bereich aufmerksam verfolge.

Der Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung (**BECA**) lud die Mitglieder der nationalen Parlamente ein, per Videokonferenz an einer interparlamentarischen Ausschusssitzung mit „Bekämpfung von Krebs: Der europäische Plan zur Krebsbekämpfung aus der Sicht der nationalen Parlamente“ am **27. September** teilzunehmen. Die Sitzung bot ein gutes Forum für die Diskussion über den Berichtsentwurf des Ausschusses und den europäischen Plan zur Krebsbekämpfung.

Am **8. November** organisierte der Sonderausschuss über künstliche Intelligenz im digitalen Zeitalter (**AIDA**) eine interparlamentarische Ausschusssitzung mit Fernteilnahme vom Europäischen Parlament in Brüssel aus. Die Sitzung mit dem Titel „Künstliche Intelligenz und das digitale Jahrzehnt“ wurde von Dita Charanzová, Vizepräsidentin des EP, eröffnet.



Dita Charanzová, Vizepräsidentin des EP, bei der Sitzung des Interparlamentarischen Ausschusses AIDA zum Thema „Künstliche Intelligenz und das digitale Jahrzehnt“, 8. November 2021

© European Union 2021 - Alain ROLLAND

Am 9. November fand eine weitere interparlamentarische Ausschusssitzung des AFCO statt, um über die Erwartungen der nationalen Parlamente an die Konferenz über die Zukunft Europas zu diskutieren. Während der Sitzung erörterten Mitglieder des Europäischen Parlaments, Abgeordnete der nationalen Parlamente und die drei Ko-Vorsitzenden des Exekutivausschusses der Konferenz über die Zukunft Europas mögliche zukünftige Wege für die Konferenz.

Der Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation (**INGE**) lud Abgeordnete der nationalen Parlamente ein, am 9. November an einer per Videokonferenz im Europäischen Parlament in Brüssel abgehaltenen Sitzung des Ausschusses teilzunehmen. Die erste Podiumsdiskussion mit dem Titel „Einflussnahme aus dem Ausland auf demokratische Prozesse in der EU“ wurde von Stefano Sannino, Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes, eröffnet.



Raphaël Glucksmann, Vorsitzender des Sonderausschusses zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation (INGE), und Stefano Sannino, Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes, bei der Sitzung des Interparlamentarischen Ausschusses INGE „Einflussnahme aus dem Ausland auf demokratischen Prozesse in der EU“, 9. November 2021

© European Union 2021 - Philippe BUISSIN

Am **18. November** veranstaltete der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (**AGRI**) eine interparlamentarische Ausschusssitzung über die Entwicklung der strategischen Pläne der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in den einzelnen Mitgliedstaaten. Auch diese Sitzung wurde aufgrund der zum damaligen Zeitpunkt geltenden COVID-19-Beschränkungen im Europäischen Parlament in Brüssel und per Videokonferenz abgehalten.



Interparlamentarische Ausschusssitzung zur Entwicklung der GAP-Strategiepläne in jedem Mitgliedstaat, 18. November 2021

© European Union 2021 - Alexix HAULOT

Eine weitere interparlamentarische Ausschusssitzung wurde vom Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (**FEMM**) am **30. November** anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen (25. November) organisiert und umfasste die folgenden Podiumsdiskussionen: Sexuelle Gewalt als Kriegswaffe (gemeinsam mit dem Unterausschuss Menschenrechte [DROI]); Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderungen; Cyber-Gewalt (gemeinsam mit dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, [LIBE]); und das Übereinkommen von Istanbul (gemeinsam mit LIBE). Fachleute aus verschiedenen Bereichen hielten Vorträge über ihre jeweiligen Fachgebiete. Die Beiträge der Mitglieder der nationalen Parlamente und der Mitglieder des Europäischen Parlaments trugen zu einem lebhaften Meinungsaustausch bei. Die interparlamentarische Ausschusssitzung wurde mit einer Ansprache von Roberta Metsola, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, abgeschlossen.



Evelyn Regner, Vorsitzende des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments, Juan Fernando López Aguilar, Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments und Roberta Metsola, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments bei der interparlamentarischen Ausschusssitzung FEMM „Beseitigung der Gewalt gegen Frauen“, 30. November 2021

© European Union 2021 - Philippe BUISSIN

Am **9. Dezember** organisierte der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (**LIBE**) des Europäischen Parlaments eine interparlamentarische Ausschusssitzung zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU. Die Sitzung wurde in zwei Podiumsdiskussionen unterteilt: Die eine betraf einen Meinungsaustausch über den Jahresbericht der Kommission zur Rechtsstaatlichkeit für 2021 und die andere das Thema „Das weitere Vorgehen im Rahmen des Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte“.

Bei der Beteiligung von Abgeordneten der nationalen Parlamente an den interparlamentarischen Ausschusssitzungen wurde ein starker Anstieg von rund 170 % verzeichnet – von 302 Parlamentariern im Jahr 2020 auf 816 im Jahr 2021. Auch bei der Teilnahme der Mitglieder des Europäischen Parlaments war ein deutlicher Anstieg (+ 64 %) zu verzeichnen – von 207 im Jahr 2020 auf 340 im Jahr 2021.

Im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie beschleunigte sich der Einsatz digitaler Hilfsmittel weiter. Der deutliche Anstieg der Beteiligung von Mitgliedern der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments scheint vor allem durch die Möglichkeit erleichtert worden zu sein, an Sitzungen aus der Ferne teilzunehmen, ohne dafür anreisen zu müssen. Sitzungen mit Fernteilnahme, einschließlich interparlamentarische Ausschusssitzungen, haben eine Reihe von Vorteilen: Da keine Anreise erforderlich ist, stehen mehr Redner und Teilnehmer zur Verfügung, einschließlich hochrangiger Teilnehmer, was einen geringeren ökologischen Fußabdruck bedeutet, und es ist oft für alle Beteiligten eine kostengünstigere und zeitsparendere Art, Sitzungen abzuhalten.

Andererseits gibt es deutlich weniger Interaktion zwischen den Mitgliedern, die Debatten und der Austausch sind weniger lebendig und schwieriger, und es fehlt an informellen Gesprächen, bilateralen Treffen vor Ort und Vernetzungsmöglichkeiten. Die interparlamentarischen Ausschusssitzungen sind unter diesen Umständen außerdem kürzer, da die Sitzungsräume aus hygienischen Gründen desinfiziert werden müssen, und auch eine vollständige Verdolmetschung kann nicht immer gewährleistet werden.

Eine Liste aller interparlamentarischen Ausschusssitzungen, die die Ausschüsse des Europäischen Parlaments 2021 organisiert haben, sowie detailliertere Statistiken findet sich in Anhang II.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Eine mögliche Erklärung für die große Anzahl von interparlamentarischen Ausschusssitzungen im Jahr 2021 ist die Verschiebung zahlreicher Sitzungen aus dem Jahr 2020. Außerdem standen die Mandate mehrerer nichtständiger Ausschüsse kurz vor ihrem Ende;
- Die Teilnahme der nationalen Abgeordneten an den interparlamentarischen Ausschusssitzungen ist im Vergleich zu 2020 um 170 % gestiegen, was höchstwahrscheinlich auf die Fernteilnahme zurückzuführen ist;
- Alle interparlamentarischen Ausschusssitzungen fanden in einem Hybridformat statt, wobei einige Mitglieder des Europäischen Parlaments persönlich in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel anwesend waren und andere aus der Ferne, zusammen mit ihren Kollegen aus den nationalen Parlamenten, teilnahmen.

4.2 Hochrangige Konferenz zu Migration und Asyl

Flüchtlingsbewegungen und Migration stehen im Mittelpunkt der weltweiten Aufmerksamkeit und wurden in den letzten Jahren als eine der größten Herausforderungen für die EU angesehen. Durch die anhaltende Ankunft von Migranten und Asylbewerbern in der EU wurde eine Reihe von Mängeln und Schwachstellen der EU-Politik im Bereich Asyl, Außengrenzen und Migration deutlich. Der Zyklus hochrangiger interparlamentarischer Konferenzen zu Migration und Asyl in Europa, der 2020 von den Parlamenten des deutschen, portugiesischen und slowenischen Dreivorsitz ins Leben gerufen wurde, diente dazu, die parlamentarischen Diskussionen und einen breiten Dialog über alle Aspekte der Migration zu fördern. Auf diesen Konferenzen wurde die wichtige Rolle der Parlamente in diesem Bereich und die Notwendigkeit anerkannt, gemeinsame Ideen zu entwickeln, um solide, dauerhafte Lösungen für die Herausforderungen der Migration zu finden, die durch die Pandemie noch verschärft wurden.

Im Jahr 2021 wurden zwei hochrangige Konferenzen in Zusammenarbeit mit den Parlamenten des jeweiligen Ratsvorsitzes abgehalten.

Auf der Grundlage ihres Arbeitsprogramms vom 18. Juni 2020 und der Arbeitsprogramme der Parlamente Deutschlands, Portugals und Sloweniens am 29. Juni 2020 abgegebenen Erklärung haben die Parlamente des Dreivorsitzes eine Initiative zur Abhaltung von drei hochrangigen interparlamentarischen Konferenzen zu Migration und Asyl eingeleitet, die vom Europäischen Parlament in Brüssel in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Parlamenten des Vorsitzes organisiert wurden.

Ziel dieser Konferenzen war es, eine umfassende Diskussion unter den Parlamentariern über die Vorschläge der Kommission zu Migration und Asyl anzuregen, das Verständnis für die jeweiligen Positionen zu diesen Themen zu fördern, um eine gemeinsame EU-Politik zu Migration und Asyl voranzubringen, und einen Beitrag zu den entsprechenden Verhandlungen im Rat zu leisten.

Die zweite hochrangige Konferenz fand am 14. Juni 2021 im Europäischen Parlament in Brüssel statt (Videokonferenz mit Fernteilnahme), unter der gemeinsamen Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments und des portugiesischen Parlaments und in Zusammenarbeit mit den beiden anderen Parlamenten des Dreivorsitzes (Deutschland und Slowenien).

Die Konferenz war mit 155 Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente und mit Beteiligung mehrerer Ausschüsse und Unterausschüsse des Europäischen Parlaments (DEVE, AFET, DROI, LIBE) gut besucht. Ein besonderer Fokus war die externe Dimension der Asyl-

und Migrationspolitik: Aufbau umfassender Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern, Bekämpfung der Ursachen der Migration und Förderung eines stabilen sozioökonomischen Umfelds in Drittländern.

Die Diskussionen konzentrierten sich auch auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Migrations- und Asylpolitik sowie auf die externe Dimension dieser Politik. Zu den namhaften Teilnehmern gehörten António Vitorino, Generaldirektor der Internationalen Organisation für Migration, Branko Grims, Vorsitzender des Innenausschusses der slowenischen Nationalversammlung, Eduardo Cabrita, portugiesischer Innenminister (im Namen des portugiesischen Ratsvorsitzes), und Detlef Seif, Mitglied des Deutschen Bundestages.

Die **dritte Ausgabe der Konferenz** fand als Videokonferenz am 10. Dezember 2021 aus dem Europäischen Parlament in Brüssel statt. An der Konferenz nahmen rund 70 Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente teil, sowie Margaritis Schinas, Vizepräsident der Kommission, Dr. Stanislav Raščan, Staatssekretär des slowenischen Außenministeriums, Isabel Meirelles, Abgeordnete der portugiesischen Assembleia da República, Fabrice Leggeri, Exekutivdirektor von Frontex, Evelien van Roemburg, Leiterin des EU-Büros von Oxfam, im Namen von CONCORD (dem europäischen Dachverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen), Nina Gregori, Exekutivdirektorin des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, und Catherine Woollard, Direktorin des Europäischen Rates für Flüchtlinge und im Exil lebende Personen.

Die Konferenz war in zwei Sitzungen aufgegliedert: eine über die multidimensionale Zusammenarbeit beim Aufbau maßgeschneiderter Migrationspartnerschaften mit Drittländern und eine weitere über die interne Dimension von Migration und Asyl in der EU ein Jahr nach dem Vorschlag für das Migrations- und Asylpaket der EU.



Dritte hochrangige Interparlamentarische Konferenz über Migration und Asyl

© European Union 2021 - Alexis HAULOT

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Das Ziel dieser hochrangigen Konferenzen, eine interparlamentarische Debatte über alle Aspekte der Migration anzuregen, wurde erreicht. Die Debatten mit einer Vielzahl von Interessenträgern ermöglichten eine ganzheitliche Sicht auf das Thema. In diesem Jahr schlossen zwei Konferenzen den Zyklus, der von den Parlamenten des Dreivorsitzes im Jahr 2020 eingeleitet worden war;
- Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurden die Veranstaltungen aus dem Europäischen Parlament in Brüssel und den mitveranstaltenden Parlamenten des Vorsitzes als Videokonferenzen organisiert.

4.3 Interparlamentarische Zusammenarbeit im Bereich des auswärtigen Handelns der EU und multilaterale parlamentarische Versammlungen

Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten hat auch im Rahmen des auswärtigen Handelns der EU regelmäßig Unterstützung geleistet, insbesondere im Hinblick auf spezifische multilaterale Veranstaltungen. Im Laufe der Jahre umfasste diese Unterstützung die Ukraine-Woche, die Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum und die parlamentarische Dimension der G7-Gipfel. Im Jahr 2021 unterstützte die Direktion auch verstärkt die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten bei nicht ausschussbasierten Aktivitäten und Veranstaltungen in verschiedenen Bereichen des auswärtigen Handelns der EU. In Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union des Europäischen Parlaments (GD EXPO) wurden spezifische Initiativen in Bereichen wie Grundrechte und Demokratie, parlamentarische Diplomatie, demokratische Steuerung und Kapazitätsentwicklung, Mediation, multilaterale Foren und Wahlbeobachtung durchgeführt. Diese Aktivitäten wurden in enger Zusammenarbeit mit der GD EXPO und der Generaldirektion Innovation und technologische Unterstützung (GD ITEC) durchgeführt.

In den letzten Jahren haben das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der EU ihren Austausch über das auswärtige Handeln der EU intensiviert, sowohl was die Häufigkeit als auch die Vielfalt betrifft. Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten unterstützte die Teilnahme des Europäischen Parlaments an mehreren derartigen Veranstaltungen, darunter die Ukraine-Woche (2016), das 10. Treffen der Parlamentarischen Partnerschaft Asien-Europa (ASEP 10, 2018), die parlamentarische Dimension des G7-Gipfels (2019) und die Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (2019). Auf Grundlage dieser Erfahrungen hat die Direktion begonnen, eine strukturierte, kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen des Europäischen Parlaments und ihren Kollegen in den nationalen Parlamenten zu entwickeln.

Dabei geht es darum, die Informationsquellen und den Austausch in den interparlamentarischen Netzen⁸ zu nutzen, um einen regelmäßigen und für beide Seiten vorteilhaften Dialog auf der Ebene der Mitarbeiter und eine freiwillige Koordinierung in mehreren Tätigkeitsbereichen des weit gefassten außenpolitischen Handelns der EU zu erleichtern. Im Mittelpunkt stehen Aktivitäten außerhalb der Ausschüsse, vor allem in den Bereichen Grundrechte und Demokratie, multilaterale Foren, parlamentarische Diplomatie und Aufbau von Kapazitäten.

Zwei von der Generaldirektion EXPO des Europäischen Parlaments organisierte Videokonferenzen – eine am 22. September 2020 für Kollegen aus den nationalen Parlamenten veranstaltete Konferenz über die Unterstützung der Demokratie und den Aufbau von Kapazitäten und ein „Freitagsgespräch“ am 30. Oktober 2020 mit dem Titel „Nationale Parlamente“ – haben gezeigt, dass die Konsolidierung eines strukturierten Rahmens für die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten im Bereich der Außenpolitik ein nützliches und sinnvolles Unterfangen sein kann.

Im Rahmen des Vorsitzes des Europäischen Parlaments in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum organisierte und moderierte die Direktion 2021 eine Reihe von Sitzungen zwischen Mitarbeitern des Europäischen Parlaments der Parlamentarischen Versammlung und Vertretern der nationalen Parlamente, um Informationen auszutauschen und Initiativen zu politischen Prioritäten und Verwaltungsverfahren zu erörtern.

⁸ Siehe auch den Beitrag zu IPEX über die Entwicklung des DSN-Abschnitts zu IPEX V3

Bei mehreren multilateralen interparlamentarischen Sitzungen und Konferenzen, COSAG-Sitzungen und anderen Konferenzen, die von den Parlamenten des Ratsvorsitzes im Jahr 2021 organisiert wurden, fanden interessante Debatten über die Beziehungen zwischen der EU und den USA, die Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern, die Lage in Belarus, der Ukraine und Russland sowie die Rolle und die Maßnahmen der EU in diesen Bereichen statt. Die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sowie der westliche Balkan waren ebenfalls ein regelmäßiges Diskussionsthema, was die Notwendigkeit und den potenziellen Mehrwert neuer Formen des regelmäßigen interparlamentarischen Austauschs in diesem Bereich unterstreicht.

Im Jahr 2021 verstärkte die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten in Zusammenarbeit mit der GD EXPO und der GD ITEC des Europäischen Parlaments ihre Bemühungen im Hinblick auf die Einrichtung des Netzwerks für Demokratieförderung, Menschenrechte und Kapazitätsaufbau des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente sowie des speziellen Unterabschnitts zur neuen Version 3 von IPEX.

Angesichts des beiderseitigen Interesses des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente und ihrer gemeinsamen Überzeugung von den Vorteilen einer regelmäßigen Zusammenarbeit und eines regelmäßigen Austauschs hat die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten unter der Schirmherrschaft des Generaldirektors der Generaldirektion Präsidentschaft des Europäischen Parlaments ein strategisches Projekt zur Schaffung und Konsolidierung verbesserter Formen des Austauschs und der Koordinierung zwischen den Mitgliedern der Verwaltung des Europäischen Parlaments und den entsprechenden Dienststellen in den Verwaltungen der nationalen Parlamente zu ausgewählten Themen und multilateralen Veranstaltungen gefördert. Diese verstärkte Zusammenarbeit wird zwischen 2022 und 2024 fortgesetzt und dabei sollen die Möglichkeiten genutzt werden, die die verschiedenen Plattformen für den Austausch mit den nationalen Parlamenten (IPEX und das Netz der Vertreter der nationalen Parlamente) bieten.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Festlegung eines gemeinsamen Zielkatalogs für die GD EXPO und die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten für die Einführung eines strategischen Ziels für den Zeitraum 2022–2024 im Rahmen der interparlamentarischen Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten bei Aktivitäten und Veranstaltungen zusätzlich zur Ausschussarbeit;
- Schaffung eines strukturierten Netzwerks und des Austauschs zur Förderung der Demokratie, um die Wirkung und die Effizienz der parlamentarischen Diplomatie zu verbessern, insbesondere in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU im Westbalkan und in den Ländern der Östlichen Partnerschaft, aber auch in Afrika. Fertigstellung eines eigenen Abschnitts für diesen Bereich in IPEX V3.

4.4 Bilaterale Besuche und sonstiger bilateraler Austausch

Bilaterale Besuche von nationalen Parlamenten der EU beim Europäischen Parlament sind ein sich ständig fortentwickelndes Instrument sowie ein Format für den interparlamentarischen Dialog. Dieses Format bietet einen sehr zielgerichteten, maßgeschneiderten, flexiblen und kosten- und zeitsparenden Rahmen. Es ermöglicht die Erörterung von Fragen, die für die einzelnen nationalen Parlamente von Belang sind.

Außerdem können andere bilaterale Austauschmaßnahmen eine nützliche Form der interparlamentarischen Zusammenarbeit in kleinerem Rahmen sein, wenn Mitglieder der Parlamente die Zusammenarbeit ins Leben rufen, sich auf bestimmte Themen fokussieren oder die Zusammenarbeit in konkreten Bereichen von gegenseitigem Interesse vertiefen wollen.

Bilaterale Besuche sind traditionell ein wichtiges Element der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Die Treffen können auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formaten stattfinden, von politischen Erörterungen auf höchster Ebene bis hin zu Studienbesuche auf der Ebene fachspezifischer Mitarbeiter.

Aufgrund der COVID-19-Situation und der im Europäischen Parlament geltenden Vorschriften fanden 2021 keine Delegations- oder sonstigen Besuche statt. Allerdings fand eine Reihe von Gesprächen zwischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente in Form von Videokonferenzen statt.

Die Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, nahm Einladungen mehrerer COSAC-Vorsitzender und ihrer Ausschüsse an, eine Reihe von Austausch- und Besuchsveranstaltungen zu organisieren. Ein solcher Austausch fand per Videokonferenz mit dem kroatischen COSAC-Vorsitz und dem Ausschuss für EU-Angelegenheiten im kroatischen Parlament im April 2021 statt. Soweit es die epidemiologische Situation zuließ, nahm die Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola Einladungen der COSAC-Vorsitzenden des litauischen, estnischen und slowenischen Parlaments an, deren Parlamente und Kammern zu besuchen, wo sie einen Meinungsaustausch mit den Vorsitzenden und deren Ausschüssen für EU-Angelegenheiten führte. Der letzte Besuch der Ersten Vizepräsidentin im Jahr 2021 führte sie in den polnischen Senat.

Eine Liste der bilateralen Besuche und des Austausches ist in Anhang III enthalten.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Aufgrund der epidemiologischen Situation und der im Europäischen Parlament geltenden Vorschriften fanden keine bilateralen Besuche der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments statt;
- Videokonferenzen waren im Jahr 2021 das wichtigste Format für den bilateralen Austausch. Es wird erwartet, dass dieses Instrument auch in Zukunft eine wichtige Kommunikationsmethode für den direkten und gezielten bilateralen Austausch sein wird;
- Das Europäische Parlament hat seine Beziehungen zu den nationalen Parlamenten durch einen formellen und informellen Austausch zwischen seinem für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur COSAC zuständigen Vizepräsidenten und mehreren COSAC-Vorsitzenden und ihren jeweiligen Ausschüssen für EU-Angelegenheiten intensiviert.

5. LEGISLATIVE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU

5.1 Frühwarnsystem und Protokoll Nr. 2 zu den Verträgen

Gemäß dem (in Artikel 5 EUV verankerten) Subsidiaritätsprinzip darf die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können und daher auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind. Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit dürfen die Maßnahmen der Union inhaltlich wie formal nicht über das zur Erreichung der Ziele der Verträge erforderliche Maß hinausgehen.

Die nationalen Parlamente gewährleisten die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips nach dem Verfahren, das in Protokoll Nr. 2 zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union zur Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit festgelegt ist. In diesem Protokoll ist ein Überprüfungsmechanismus festgelegt, und zwar das Frühwarnsystem (FWS). Gemäß diesem Mechanismus können die nationalen Parlamente oder die Kammern eines dieser Parlamente binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten der Organe darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist.

5.1.1 Frühwarnsystem

Im Rahmen des FWS werden Ausführungen der nationalen Parlamente der EU entsprechend den folgenden Kategorien geprüft⁹:

1. Begründete Stellungnahme: wenn das Dokument unter dieser Bezeichnung eingereicht wurde, innerhalb der in Artikel 6 des Protokolls Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon¹⁰ genannten Frist von acht Wochen eingegangen ist und die Nichteinhaltung des Subsidiaritätsprinzips betrifft;
2. Beitrag: wenn das Dokument die oben genannten Kriterien nicht erfüllt.

Erreicht die Anzahl begründeter Stellungnahmen mindestens ein Drittel der Gesamtzahl der den nationalen Parlamenten zugewiesenen Stimmen, so muss der Entwurf überprüft werden (gelbe Karte). Das Organ, das den Entwurf des Gesetzgebungsaktes verfasst hat, kann beschließen, an dem Entwurf festzuhalten, ihn zu ändern oder ihn zurückzuziehen, wobei dieser Beschluss zu begründen ist. Bei Vorschriften im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen liegt die Schwelle niedriger (ein Viertel der Stimmen).

Stellen die nationalen Parlamente die Vereinbarkeit eines Gesetzgebungsakts mit dem

⁹ Siehe Dokument der Konferenz der Ausschussvorsitze vom 15. Dezember 2010: „Gemeinsames Konzept für die Behandlung begründeter Stellungnahmen und aller sonstigen Beiträge nationaler Parlamente auf Ausschussebene“.

¹⁰ Artikel 6 des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit: „Die nationalen Parlamente oder die Kammern eines dieser Parlamente können binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts in den Amtssprachen der Union in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Dabei obliegt es dem jeweiligen nationalen Parlament oder der jeweiligen Kammer eines nationalen Parlaments, gegebenenfalls die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen zu konsultieren.“

Subsidiaritätsprinzip im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens mit mindestens einfacher Stimmenmehrheit in Frage, muss die Kommission ihren Vorschlag überprüfen und entscheiden, ob sie ihn beibehält, ändert oder zurückzieht. Beschließt sie, ihren Vorschlag beizubehalten, wird die Angelegenheit an den Gesetzgeber (das Europäische Parlament und den Rat) verwiesen, und die Kommission muss ihren Beschluss begründen (orangefarbene Karte). Ist der Gesetzgeber der Ansicht, dass der Legislativvorschlag nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht, kann er ihn mit der Mehrheit von 55 % der Mitglieder des Rates oder einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Europäischen Parlament ablehnen. Das Verfahren der „gelben Karte“ wurde bislang dreimal¹¹ ausgelöst, während das Verfahren der „orangefarbenen Karte“ noch nie zum Einsatz gekommen ist.

Innerhalb des Europäischen Parlaments ist der Rechtsausschuss (JURI) für die Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Zusammenhang mit begründeten Stellungnahmen¹² zuständig. Alle sechs Monate wird ein Mitglied des Ausschusses auf der Grundlage eines Rotationsverfahrens zwischen den Fraktionen zum ständigen Berichterstatter für Subsidiaritätsfragen ernannt.

Nacho Sánchez Amor (S&D) und Gilles Lebreton (ID)¹³ übernahmen im Jahr 2021 die Aufgabe der ständigen Berichterstatter für Subsidiaritätsfragen. In diesem Zusammenhang erstellt der JURI-Ausschuss regelmäßig einen Bericht über den von der Kommission verfassten Jahresbericht über Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit.

5.1.2 Ausführungen der nationalen Parlamente der EU

Im Jahr 2021 gingen beim Europäischen Parlament 226 Dokumente der nationalen Parlamente gemäß Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit ein. Davon waren 24 begründete Stellungnahmen und 202 Beiträge.

Im Jahr 2020 gingen beim Europäischen Parlament 124 Dokumente ein. Davon waren 13 begründete Stellungnahmen und 111 Beiträge.

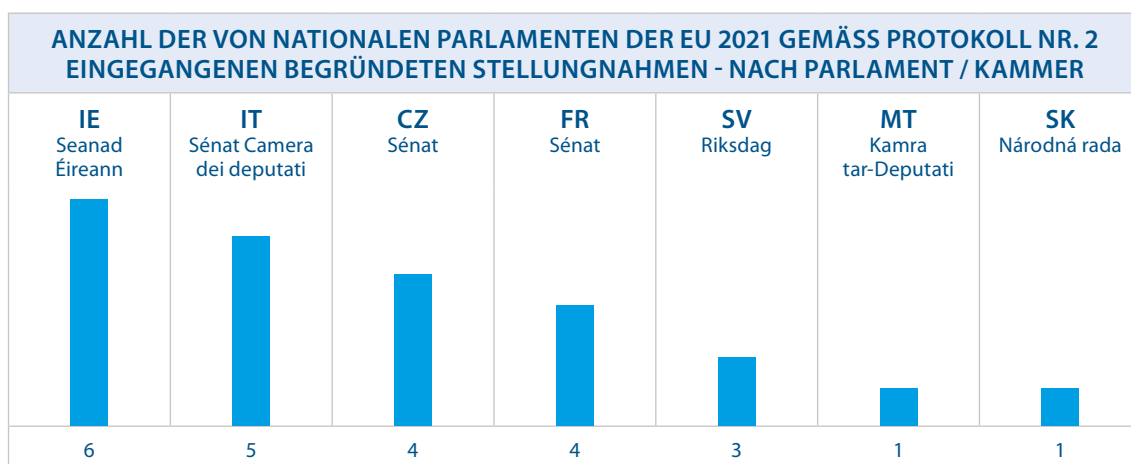
Der Anstieg der Zahl der eingegangenen Dokumente um mehr als 80 % im Zeitraum zwischen 2020 und 2021 lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass sich das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente im Jahr 2021 auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie eingestellt hatten und ihre volle legislative Kapazität erreichten, wozu auch Rechtsvorschriften zu Maßnahmen im gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bereich im Zusammenhang mit der Pandemie zählten.

¹¹Das Verfahren der „gelben Karte“ kam 2012 bei einem Vorschlag der Kommission für eine Verordnung betreffend die Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit („Monti II“) zum Einsatz. Die Kommission zog schließlich ihren Vorschlag zurück, war aber dennoch der Ansicht, dass kein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip vorlag. Das Verfahren wurde erneut 2013 nach der Vorlage des Vorschlags für eine Verordnung zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft angewendet. Die Kommission beschloss, [an dem Vorschlag festzuhalten](https://ec.europa.eu/info/files/communication-review-proposal-establishment-european-public-prosecutors-office_de) (https://ec.europa.eu/info/files/communication-review-proposal-establishment-european-public-prosecutors-office_de), und führte an, dass er mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar sei. Schließlich wurde es im Jahr 2016 gegen den [Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016PC0128&qid=1469715330216&from=DE) (https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016PC0128&qid=1469715330216&from=DE) erneut angewendet. Die Kommission legte für die Aufrechterhaltung ihres Vorschlags eine ausführliche [Begründung](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016DC0505&qid=1469715692305&from=DE) (https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016DC0505&qid=1469715692305&from=DE) vor, in der sie geltend machte, dass es sich bei der Entsendung von Arbeitnehmern definitionsgemäß um einen grenzüberschreitenden Sachverhalt handle und daher nicht gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen werde.

¹²Anhang VI Abschnitt XVI der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments besagt, dass der Rechtsausschuss zuständig ist für: „die Auslegung, Anwendung und Überwachung des Unionsrechts, die Übereinstimmung der Rechtsakte der Union mit dem Primärrecht, insbesondere die Wahl der Rechtsgrundlagen und die Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“.

¹³„Sozialisten und Demokraten“ und „Identität und Demokratie“ sind Fraktionen im Europäischen Parlament.

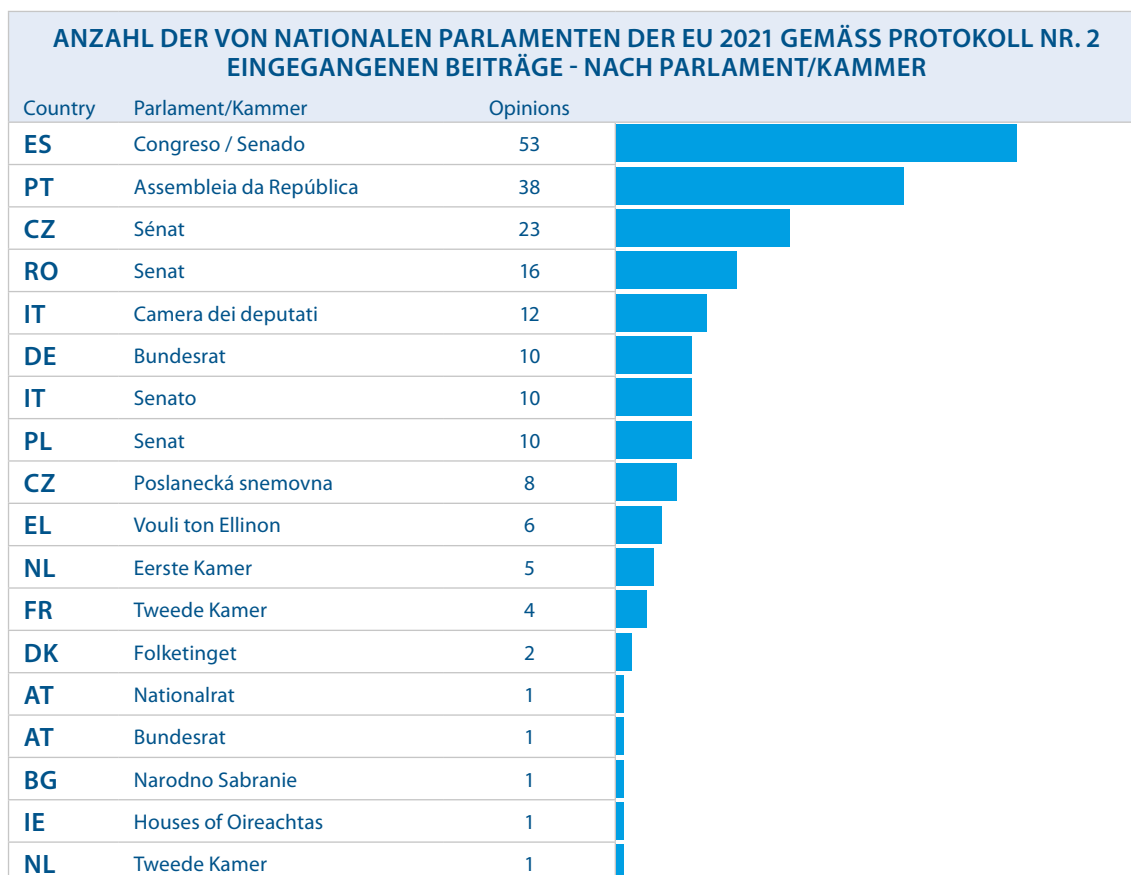
Begründete Stellungnahmen nach Parlament/Kammer



Im Jahr 2021 gingen insgesamt 24 begründete Stellungnahmen ein. In der Grafik sind die Dokumente nach Parlament/Kammer dargestellt

Im Jahr 2021 reichten sieben von 39 Parlamenten/Kammern (einschließlich der beiden britischen Kammern) begründete Stellungnahmen sowie 18 Beiträge ein. Die aktivsten Parlamente in Bezug auf die Einreichung von begründeten Stellungnahmen waren der irische Senat mit sechs begründeten Stellungnahmen und die italienische Abgeordnetenkammer mit fünf. Bei den Beiträgen waren die aktivsten Parlamente/Kammern jeweils das spanische Parlament mit 53 eingereichten Beiträgen und das portugiesische Parlament mit 38 Beiträgen. In Anhang IV finden sich die Statistiken für das Jahr 2021.

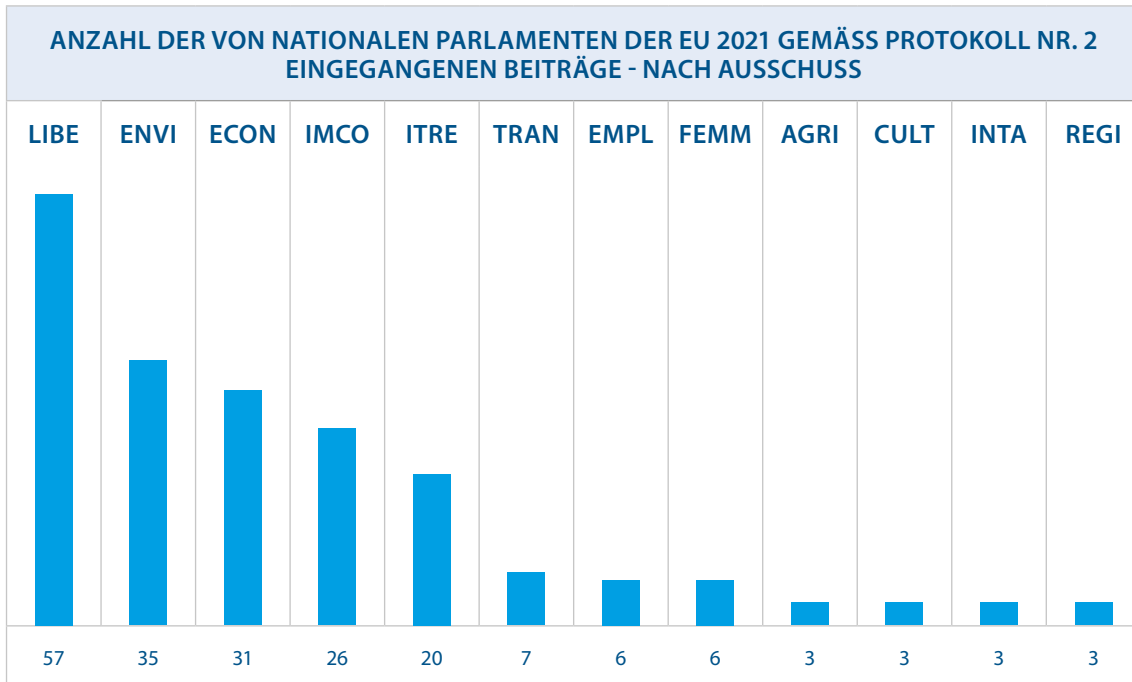
Dokumente nach Parlamenten/Kammern



Im Jahr 2021 gingen insgesamt 202 Dokumente ein. In der Grafik sind die Dokumente nach Parlament/Kammer dargestellt.

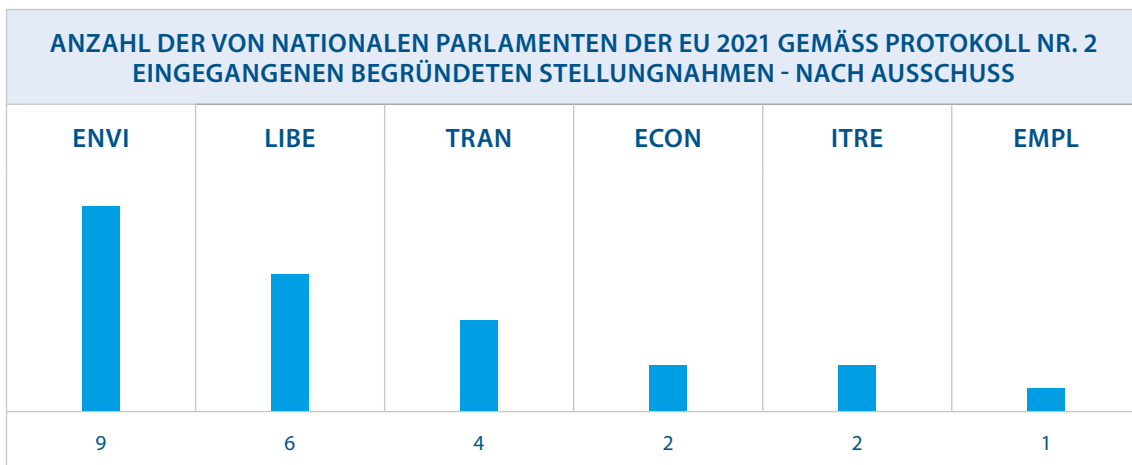
Die Ausschüsse mit den meisten Ausführungen waren der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (sechs begründete Stellungnahmen und 57 Beiträge), der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (neun begründete Stellungnahmen und 35 Beiträge) und der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (zwei begründete Stellungnahmen und 31 Beiträge).

Beiträge nach Ausschüssen



Zahl der 2021 eingegangenen Beiträge nach Ausschuss.

Begründete Stellungnahmen nach Ausschuss



Zahl der 2021 eingegangenen begründeten Stellungnahmen nach Ausschuss.

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 wurden den nationalen Parlamenten zur Prüfung gemäß dem Protokoll Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon insgesamt 1 054 Entwürfe von Rechtsakten übermittelt. Als Reaktion erhielt das Europäische Parlament 3 681 Dokumente nationaler Parlamente. 511 davon sind begründete Stellungnahmen (14 %), die restlichen 3 170 Beiträge (86 %).

Diese Statistiken belegen, dass die nationalen Parlamente der EU das Protokoll Nr. 2 häufiger als Mittel genutzt haben, um ihre Standpunkte zum Inhalt der Vorschläge zum Ausdruck zu bringen als zur Subsidiarität. Dies könnte ihren Wunsch widerspiegeln, stärker in den inhaltlichen Gesetzgebungsprozess einbezogen zu werden.

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten trägt dafür Sorge, dass alle von den nationalen Parlamenten der EU übermittelten Dokumente den Mitgliedern, den politischen Gremien und den Dienststellen des Europäischen Parlaments zur Verfügung gestellt werden, und stellt insbesondere den Berichterstattern während des gesamten Gesetzgebungszyklus spezifisches Fachwissen und Briefings zu den Dokumenten der nationalen Parlamente der EU zur Verfügung, die als Input für die Berichte des Redaktionsausschusses und für die Trilog-Verhandlungen mit dem Rat zurate gezogen werden. Die Direktion stellt monatlich im Rahmen der Aufzeichnung zum aktuellen Stand gemäß Protokoll Nr. 2 des Vertrags von Lissabon Fakten, Zahlen und Statistiken über die Zahl und Art dieser Dokumente zur Verfügung und verwaltet die CONNECT-Datenbank¹⁴, in der alle begründeten Stellungnahmen und Beiträge der nationalen Parlamente enthalten sind.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Aufgrund der COVID-19-Pandemie haben sowohl die EU-Organe als auch die nationalen Parlamente ihre legislativen Arbeitsmethoden das zweite Jahr in Folge angepasst. Dies lässt sich im Bereich der Gesetzgebung beobachten, wo die große Zahl neuer Vorschläge, die im Rahmen des Protokolls Nr. 2 angenommen wurden, eine entsprechende Reaktion der nationalen Parlamente in Form einer großen Zahl von Beiträgen zur Folge hatte, nicht zuletzt als Reaktion auf eine Reihe von Vorschlägen in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Justiz und Inneres.

5.1.3 Monatliche Aufzeichnung zum aktuellen Stand

Die Direktion Beziehungen mit den nationalen Parlamenten erstellt auch eine monatliche Aufzeichnung über die begründeten Stellungnahmen und Beiträge, die gemäß Protokoll Nr. 2 eingereicht wurden (State of Play Note). Diese Aufzeichnung, die den Mitgliedern und den zuständigen Dienststellen des Europäischen Parlaments sowie den nationalen Parlamenten übermittelt wird, liefert einen Überblick über alle seit der letzten Aufzeichnung eingegangenen Dokumente und enthält Verweise auf alle Gesetzgebungsakte, die bei der kommenden Plenarsitzung des Europäischen Parlaments auf der Tagesordnung stehen. Die Aufzeichnung ist auch den Sitzungsunterlagen der Konferenz der Ausschussvorsitze des Europäischen Parlaments beigelegt. Die Aufzeichnung zum aktuellen Stand wird ferner schon im Vorfeld einer jeden Plenarsitzung des Europäischen Parlaments auf der Website der Direktion veröffentlicht.

5.2 Informeller politischer Dialog und Protokoll Nr. 1 zu den Verträgen

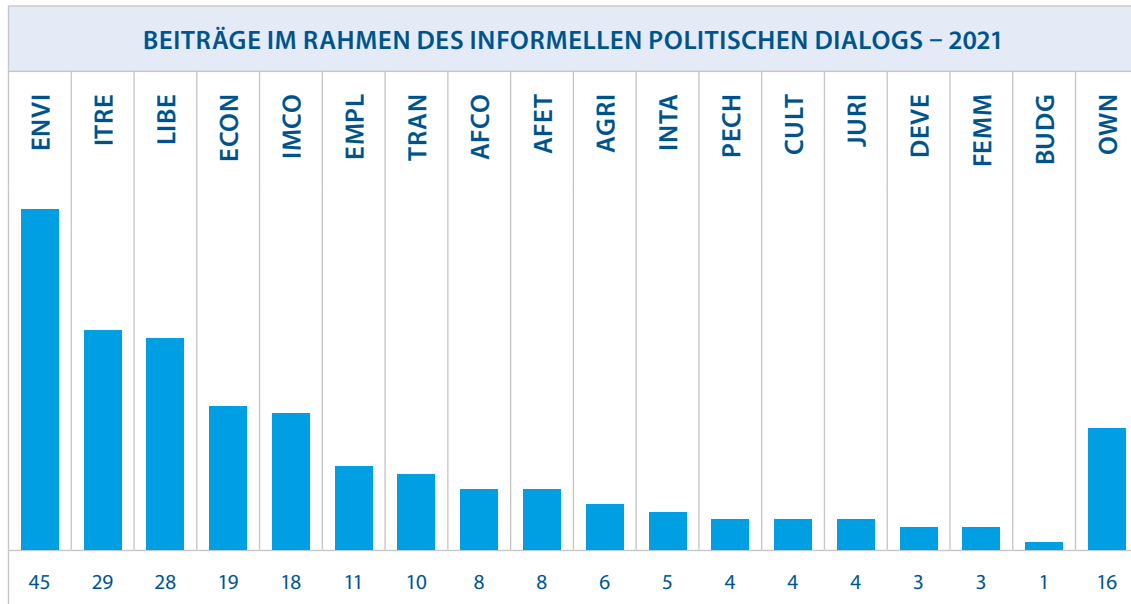
Im Protokoll Nr. 1 zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist vorgesehen, dass die nationalen Parlamente der EU zu Gesetzgebungsakten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, sowie zu Dokumenten nichtlegislativer Art Stellung nehmen können, z. B. zu laufenden Erörterungen auf europäischer Ebene, zu Grün-/Weißbüchern der Kommission oder zu Mitteilungen der Kommission. Diese Beiträge werden im Rahmen des informellen politischen Dialogs (IPD) behandelt.

¹⁴Weitere Informationen sind Kapitel 7.2 zu entnehmen.

Auch 2021 haben die nationalen Parlamente der EU aktiv von diesem Instrument Gebrauch gemacht und 222 Beiträge eingereicht. Hierbei waren 2021 die drei aktivsten Parlamente/Kammern das spanische Parlament (60), der tschechische Senat (27) und das rumänische Abgeordnetenhaus (24).

BEITRÄGE IM RAHMEN DES INFORMELLEN POLITISCHEN DIALOGS 2021			
Country	Parlament/Kammer	Contributions	
ES	Congreso / Senado	60	
CZ	Sénat	27	
RO	Camera Deputa ilor	24	
IT	Assembleia da República	16	
RO	Senat	16	
CZ	Poslanecká snemovna	13	
FR	Sénat	11	
IT	Camera dei Deputati	11	
DE	Bundesrat	10	
NL	Eerste Kamer	10	
FR	Assemblée Nationale	7	
NL	Tweede Kamer	5	
BE	Sénat	2	
PL	Senat	2	
SK	Národná rada	2	
AT	Nationalrat	1	
DE	Bundestag	1	
FI	Eduskunta	1	
LT	Seimas	1	
IE	Houses of Oireachtas	1	
SE	Rigstag	1	

Die vier Ausschüsse, die die meisten IPD-Beiträge erhielten, waren der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) mit 45 Beiträgen, der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) mit 29, der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) mit 28 und der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) mit 19.



Seit 2009 hat das Europäische Parlament rund 2 666 Beiträge im Rahmen des Protokolls Nr. 1 von nationalen Parlamenten der EU erhalten, die auch in der CONNECT-Datenbank veröffentlicht wurden. Detaillierte Statistiken über die Beiträge, die 2021 im Rahmen der IPD eingegangen sind, finden Sie in Anhang V.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Die Zahl der im Rahmen des informellen politischen Dialogs eingereichten Beiträge stieg um 24 % von 179 im Jahr 2020 auf 222 im Jahr 2021. Der Grund dafür ist wahrscheinlich, dass die Kommission als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie sehr aktiv neue Rechtsvorschriften vorgeschlagen hat;
- Die nationalen Parlamente legten mehr Zusammenfassungen in englischer Sprache mit ihren Ausführungen sowohl zu Protokoll Nr. 2 als auch zu Protokoll Nr. 1 vor, was die Arbeit der Gesetzgeber erleichterte.

6. NETZWERKE UND AUSTAUSCH VON INFORMATIONEN

6.1 Interparlamentarischer EU-Informationstausch (IPEX)



. Der EU-Informationstausch (IPEX) unterstützt die Förderung der interparlamentarischen Zusammenarbeit durch die Bereitstellung einer Plattform und eines Netzwerks für den elektronischen Austausch von EU-bezogenen Informationen zwischen Parlamenten in der EU. IPEX wurde als eine Initiative der nationalen Parlamente der EU ins Leben gerufen und mit technischer Unterstützung des Europäischen Parlaments entwickelt. Heutzutage verwenden 39 Kammern von 27 nationalen Parlamenten sowie das Europäische Parlament IPEX bei ihrer täglichen Arbeit. IPEX wird kontinuierlich verbessert, um den sich ändernden Anforderungen der Nutzer gerecht zu werden. Das oberste Ziel ist es, IPEX zu einer „zentralen Anlaufstelle“ für interparlamentarische Tätigkeiten zu machen.

IPEX wurde als „Instrument“, „Plattform“ und „Netzwerk“ bezeichnet. Diese drei Definitionen sind Ausdruck der Weiterentwicklung des Instruments. Die Entwicklung von einem Werkzeug zu einem Netzwerk verlief schleppend, erreicht erst jetzt jedoch ihr Ziel.

2021 wurde die neue IPEX-Plattform eingeführt und in Betrieb genommen. Dies war ein wichtiges Ziel für das Referat für institutionelle Zusammenarbeit der Direktion, für die Kollegen, die die neue Website der Generaldirektion für Innovation und technologische Unterstützung (GD ITEC) des Europäischen Parlaments entwickelt haben, für die IPEX-Vorsitzenden und generell für alle IPEX-Interessenträger. Ursprünglich war die Einführung der neuen IPEX-Plattform unter dem Vorsitz des finnischen Parlaments für das erste Halbjahr 2021 geplant, verzögerte sich jedoch um mehrere Monate. Die Entwicklungszeit wurde durch den Arbeitsdruck im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie beeinträchtigt. Die IPEX-Version 3 (v3) erhielt erst im Juli 2021 unter deutschem Vorsitz grünes Licht vom IPEX-Vorstand. Die neue IPEX-Website wurde offiziell am 28. Oktober in Berlin während der Sitzung der IPEX-Korrespondenten auf Einladung des deutschen Bundesrates gestartet.

Die IPEX-Arbeitsgruppen widmeten einen großen Teil ihrer Zeit der Vorbereitung des Starts der Website. Die Arbeitsgruppe „Inhalte“ beschrieb die neuen Abschnitte von IPEX v3 in einem Leitfaden für die IPEX-Korrespondenten und fügte erklärende Texte hinzu, um die Website benutzerfreundlicher zu gestalten. Die Arbeitsgruppe „Schulung“ erstellte Schulungsmaterial, das in Seminaren verwendet wurde, um die IPEX-Korrespondenten mit der neuen Website vertraut zu machen. Den Korrespondenten wurden auch Online-Schulungen durch den IPEX-Informationsbeauftragten angeboten. Die Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsarbeit und soziale Medien“ erstellte neues Werbematerial, darunter eine IPEX-Broschüre, Videos und eine Twitter-Kampagne, um den Start von IPEX v3 zu bewerben.

Sowohl der finnische als auch der deutsche Vorsitz setzten sich für die erfolgreiche Einführung der neuen Plattform ein. Darüber hinaus bemühten sich beide Vorsitze kontinuierlich um die Entwicklung neuer Formate des internen Austauschs und der Kommunikation (das IPEX-NOW-Forum und der Vorschlag für eine Lenkungsarbeitsgruppe, die mögliche technische Probleme überwachen und im Einklang mit den Grundsätzen der digitalen IPEX-Strategie und den IPEX-Leitlinien beheben soll). Diese neuen Formate für interne Diskussionen werden dazu beitragen, die bestmöglichen Wege

zur Konsolidierung des Netzes in einer Zeit zu finden, in der sich Sitzungen mit physischer Präsenz als äußerst schwierig, wenn nicht gar unmöglich erweisen. Sie sollten auch einen neuen Rahmen für die Diskussion innerhalb der IPEX-Governance-Strukturen über die Funktionsweise einer neuen Plattform mit deutlich verbesserten Kapazitäten und andere damit zusammenhängende Fragen schaffen.

Eine der wichtigsten Neuerungen von IPEX v3 ermöglicht es den Parlamenten, neue Arten von Dokumenten auf die Plattform hochzuladen, die nicht unbedingt mit dem Subsidiaritätsparameter verbunden sind (begründete Stellungnahmen oder Beiträge im Rahmen des politischen Dialogs). Diese so genannten Initiativdokumente zielen darauf ab, die interparlamentarische Zusammenarbeit in einer Reihe von Bereichen zu fördern, wie z. B.:

- den mehrjährigen Finanzrahmen
- den internationalen Abkommen der EU;
- das Arbeitsprogramm der Kommission;
- die parlamentarischen Beiträge zur Arbeit der Konferenz zur Zukunft Europas.

Die Möglichkeit, diese neuen Texte hochzuladen, steht in direktem Zusammenhang mit einer der Prioritäten des Europäischen Parlaments für die interparlamentarische Zusammenarbeit: Förderung einer engeren Koordinierung zwischen den Parlamenten und mit dem Europäischen Parlament im Rahmen der parlamentarischen Diplomatie und der Rolle der Parlamente bei der Förderung der Grundwerte der EU durch außenpolitisches Handeln.

Im vergangenen Jahr widmete das Referat für institutionelle Zusammenarbeit einen Großteil seiner Arbeit dem Start der IPEX-Sektion des Netzes zur Förderung der Demokratie, das Ende 2020 ins Leben gerufen wurde. Dies konnte nur dank der ständigen und gegenseitigen Unterstützung der gesamten Direktion, der Generaldirektion Innovation und technologische Unterstützung (ITEC), der Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union (EXPO), der IPEX-Vorsitzenden, der IPEX-Vorstandsmitglieder, des Informationsbeauftragten und des gesamten IPEX-Netzwerks erreicht werden. Der Abschnitt „Netzwerk zur Förderung der Demokratie“ markiert den Beginn neuer und verstärkter Formen der Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten, die eines der strategischen Ziele für den Zeitraum 2022–2024 ist, das von der GD Präsidentschaft und der GD EXPO gemeinsam gefördert und von der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten in enger Abstimmung mit den zuständigen Dienststellen der GD EXPO umgesetzt wird.¹⁵

Im Rahmen von IPEX werden derzeit mehr als 105 000 von nationalen Parlamenten der EU und den EU-Organen erstellte Seiten veröffentlicht, was kontrollbezogene Informationen in fast 89 000 Dokumenten umfasst, die von den nationalen Parlamenten erstellt wurden und die mit etwa 16 618 Dossiers zusammenhängen.

Im Jahr 2021 wurden 300 732 Besucher auf der IPEX-Website gezählt. Es gab 21 838 014 Seitenaufrufe und 30 217 045 Treffer. Die Aktualisierung von IPEX auf Version 3 im Juli 2021 und die Änderungen an der Funktionsweise des Systems hatten erhebliche Auswirkungen auf die Zahl der erfassten Besuche, was erklären könnte, warum die Zahlen niedriger sind als in den Vorjahren.

Die neue Website bietet die Möglichkeit, IPEX noch stärker nach außen zu öffnen. Der deutsche Vorsitz war sehr bemüht, den Austausch mit Forschern, die die IPEX-Datenbank für wissenschaftliche Zwecke nutzen, zu vertiefen. Die IPEX-Website bietet hervorragende Möglichkeiten, die parlamentarischen Tätigkeiten in der EU, einschließlich der interparlamentarischen Arbeit, zu beobachten.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Einführung der Version v3 der IPEX-Plattform;
- Annahme des (fortlaufenden) Arbeitsprogramms für die nächsten drei Jahre der Aktivitäten;
- Veröffentlichung des Abschnitts über das Netz zur Förderung der Demokratie.

¹⁵Siehe die Aufzeichnung zur GD EXPO-Kooperation.

6.2 Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)



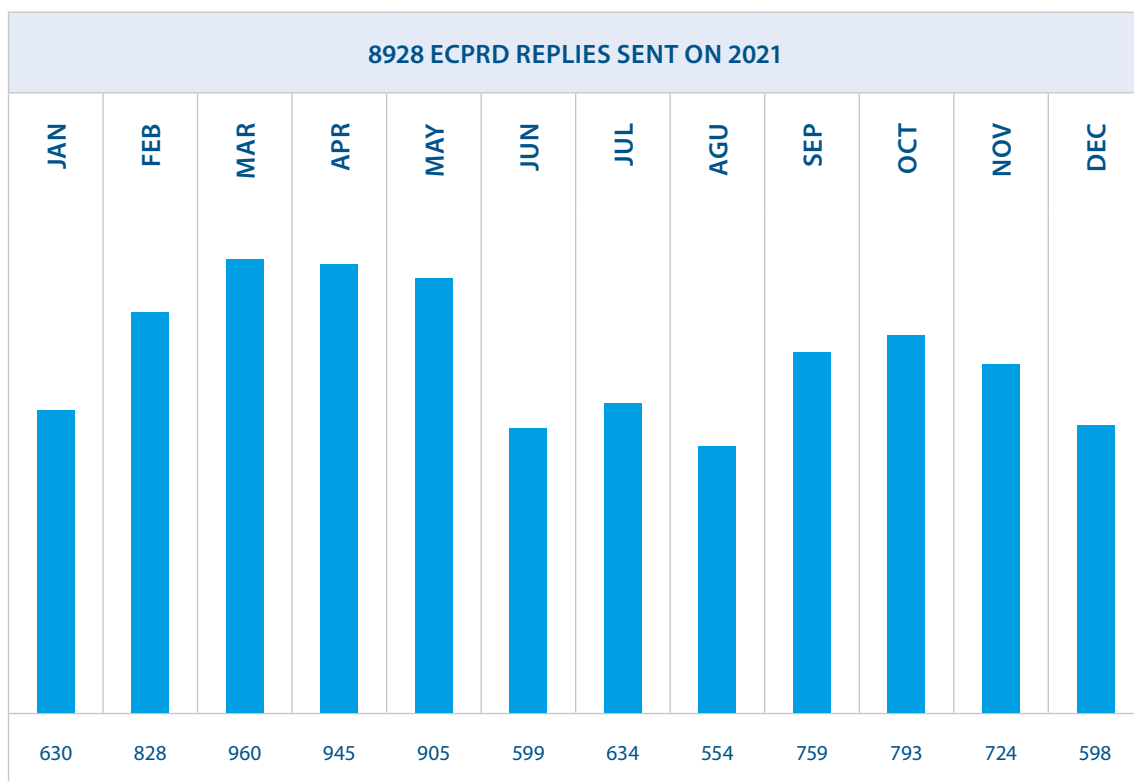
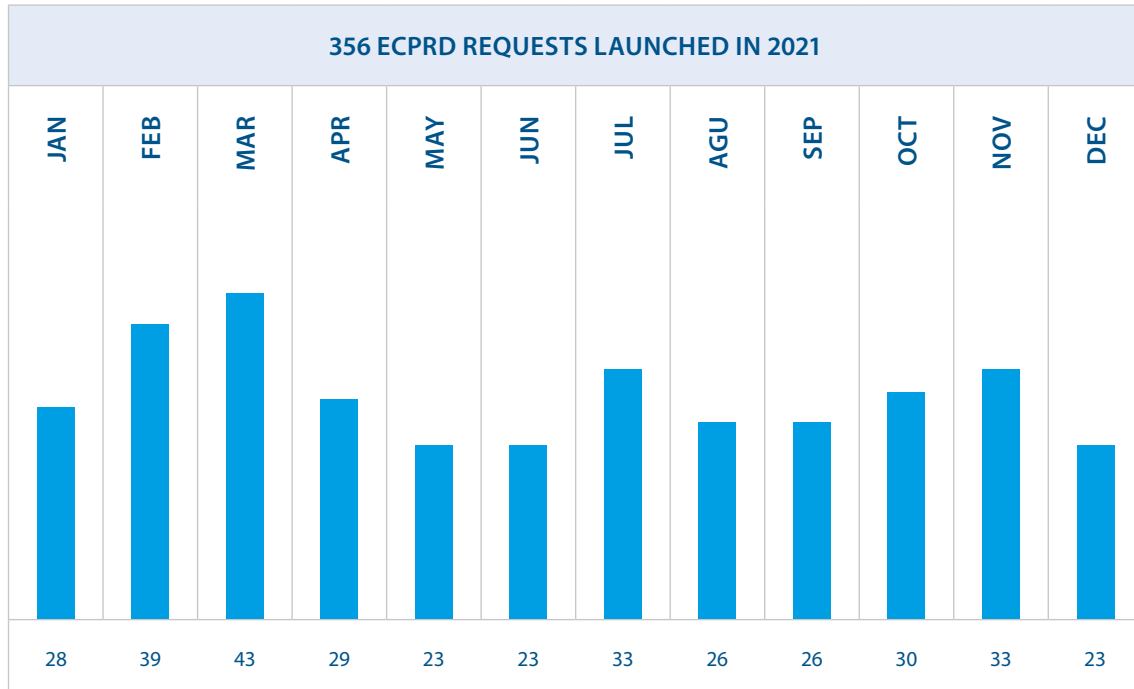
Zu den Mitgliedern des vom Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gemeinsam geführten EZPWD zählen 66 parlamentarische Kammern (39 in der EU) aus 54 Ländern sowie die EU-Organe. Fast 120 Korrespondenten und stellvertretende Korrespondenten vertreten ihr jeweiliges Parlament innerhalb des Netzes und tragen zu den Hauptaktivitäten des EZPWD bei: der Förderung des Austausches von Informationen und bewährten Verfahren. Das EZPWD fördert die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsammern, indem es vergleichende Anfragen initiiert und Seminare veranstaltet.

COVID-19 hatte auch im Jahr 2021 tiefgreifende Auswirkungen auf die Arbeitsabläufe des EZPWD-Netzes. Die Auswirkungen auf die Organisation der parlamentarischen Arbeit blieben tiefgreifend und es wurden zahlreiche Anfragen gestellt, um herauszufinden, wie andere Kammern mit der Situation umgehen (siehe auch Anhang VI).

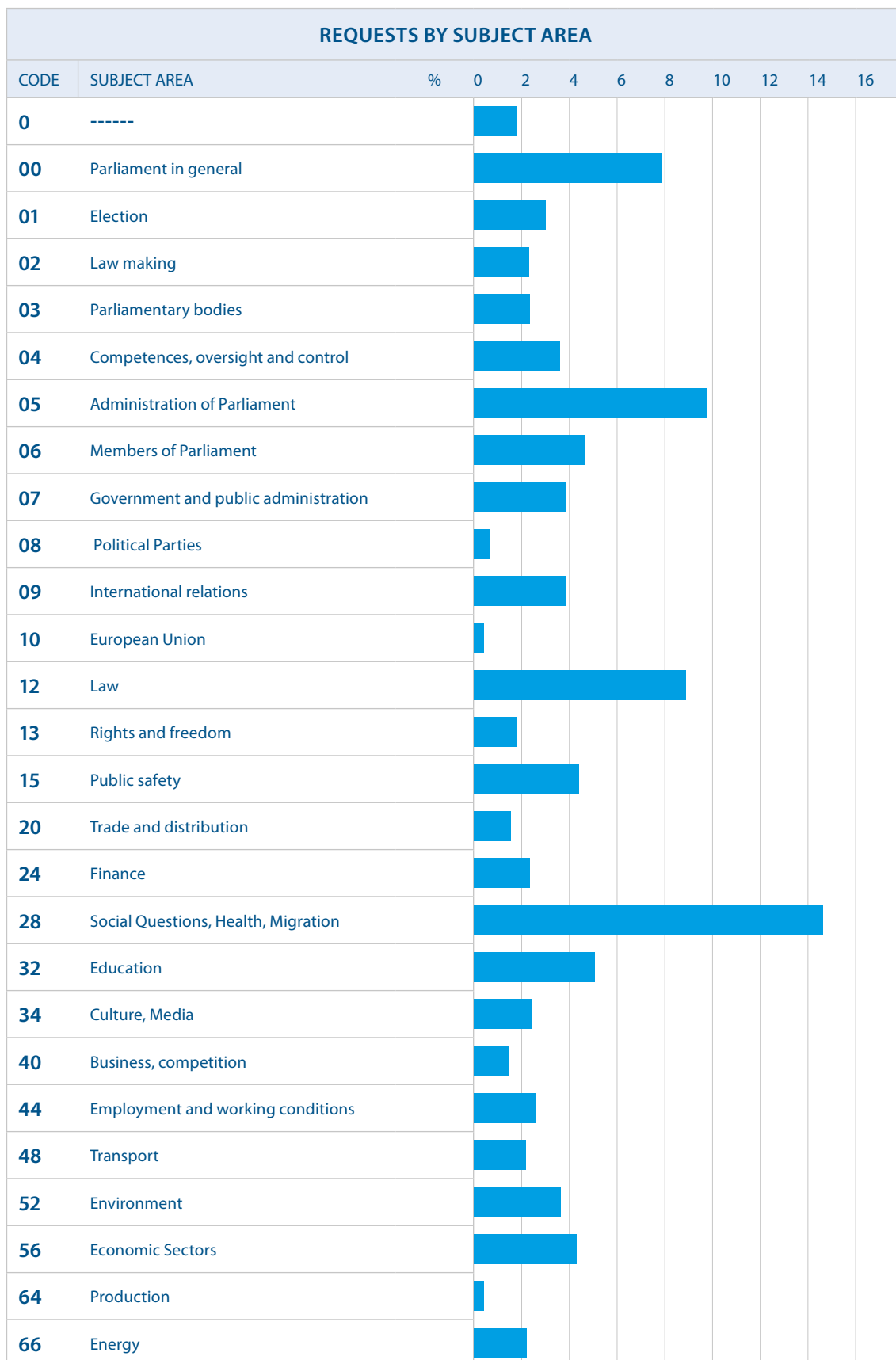
Angesichts der epidemiologischen Situation im vergangenen Jahr und der Tatsache, dass es nach wie vor nicht möglich war, internationale Veranstaltungen in Präsenz abzuhalten, hat das EZPWD-Netz seine Erfahrungen bei der Organisation von virtuellen Seminaren und satzungsgemäßen Sitzungen weiter ausgebaut. Wenngleich es nicht möglich war, die für ein Netz zur Förderung des Austauschs von Informationen und bewährten Praktiken so wichtigen persönlichen Kontakte zu gewährleisten, ermöglichte das Format der Sitzungen mit Fernteilnahme doch viele weitere Sitzungen und die Teilnahme zahlreicher Kollegen aus den nationalen Parlamenten, die sonst nicht hätten anreisen können.

i. Vergleichende Anfragen

Die dem EZPWD-Netz angehörenden Parlamente richteten 2021 356 vergleichende Anfragen an das Netzwerk, die zu 8 928 Antworten führten: Dies entspricht einem leichten Anstieg gegenüber 2020 (326 Anfragen und 8 475 Antworten).



Die Auskunftsanfragen betreffen zahlreiche Bereiche, wobei Themen im Zusammenhang mit der Arbeitsorganisation und der parlamentarischen Verwaltung sowie sozialen und gesundheitlichen Fragen besondere Bedeutung beigemessen wurde.



Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten hat die Dienststellen des Europäischen Parlaments auch unterstützt, indem sie ihre Anfragen erleichtert und an das EZPWD-Netz

weitergeleitet hat. Insgesamt hat das Europäische Parlament im Jahr 2021 14 Anfragen an das EYPWD-Netz gerichtet. Dies ist ein leichter Anstieg gegenüber 2020, als 12 Anfragen durch das Europäische Parlament gestellt wurden. Das Europäische Parlament übermittelte 89 Antworten auf Anfragen anderer Parlamente des EYPWD – ein Anstieg im Vergleich zu den 81 Antworten im Jahr 2020 und mehr noch im Vergleich zu den 29 Antworten im Jahr 2019 und den 31 Antworten im Jahr 2018.

ii. Abschließende Zusammenfassungen

Abschließende Zusammenfassungen sind der beste Weg, um die große Zahl und den Nutzen der EYPWD -Anfragen und -Antworten zu verdeutlichen. Es wird schon seit geraumer Zeit über neue Methoden zur Förderung der Erstellung von abschließenden Zusammenfassungen nachgedacht. Ziel der Überarbeitung der Website des EYPWD, die im Oktober 2020 mit Unterstützung der IT-Dienste des Europäischen Parlaments online gestellt wurde, ist es, das Dashboard der Korrespondenten so zu modifizieren, dass sie aufgefordert werden, ihre abschließenden Zusammenfassungen einzureichen, und die hochgeladenen Zusammenfassungen auf der Website des EYPWD sichtbar werden zu lassen. Im Anschluss an diese Überlegungen stieg die Zahl der abschließenden Zusammenfassungen des EYPWD im Jahr 2020 erheblich an, wobei 41 % der Anfragen zur Veröffentlichung einer Antwortanalyse führten (gegenüber 16 % im Jahr 2019 und 11,3 % im Jahr 2018). Leider ist diese Zahl im Jahr 2021 wieder auf 21 % gesunken.

iii. Sitzungsgemäße Sitzungen

Die Sitzungen des Exekutivausschusses wurden am 18. März, 1. Juli und 23. September vom Europäischen Parlament aus mit Fernteilnahme organisiert. Bei diesen Sitzungen ging es vor allem um die Vorbereitung der bevorstehenden Jahreskonferenz. Der Exekutivausschuss stellte auch Überlegungen zu den aktualisierten Leitlinien des EYPWD zum Stellen von Anfragen an.

Angesichts der Sitzungs- und Reisebeschränkungen, die aufgrund von COVID-19 in mehreren Parlamenten noch immer gelten, und um der Sicherheit aller Teilnehmer Vorrang einzuräumen, fand die Jahreskonferenz der EYPWD -Korrespondenten erneut als Sitzung mit Fernteilnahme statt und wurde am 18. November 2021 vom House of Commons in London ausgerichtet. Die Tagesordnung umfasste eine Präsentation der aktualisierten Leitlinien für EYPWD-Anträge durch den Exekutivausschuss; die Zusammenarbeit zwischen dem EYPWD und dem Datenprogramm Parline der Interparlamentarischen Union (IPU); Berichte der EYPWD-Koordinatoren über vergangene und zukünftige Seminare und eine Präsentation über die Verbesserungen der neuen ECPRD-Website. Darüber hinaus wurden vier neue Mitglieder in den Exekutivausschuss gewählt.

iv. Seminare

Die COVID-19-Pandemie hatte erneut Auswirkungen auf die Organisation von EYPWD-Seminaren. Seminare sind eine wichtige Gelegenheit für die Teilnehmer zu einem äußerst produktiven Austausch von Informationen und bewährten Verfahren. Vor 2020 fanden alle Seminare als Präsenzveranstaltungen statt und wurden von den nationalen Parlamenten veranstaltet, die ein Interesse an den jeweiligen Themen hatten. Seit dem Ausbruch von COVID-19 werden jedoch alle Sitzungen mit Fernteilnahme abgehalten.

Das jährliche Seminar im Rahmen des EYPWD-Interessenbereichs „Parlamentsbibliotheken, wissenschaftliche Dienste und Archive“, das in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlamentarischen Forschungsdienst und der Direktion für Beziehungen zu den nationalen Parlamenten organisiert wurde, fand vom 1. bis 3. Juni 2021 als Online-Veranstaltung mit dem Titel „Parliamentary Research Services and Libraries: A year of hope and transition“ (Parlamentarische wissenschaftliche Dienste und Archive. Ein Jahr der Hoffnung und des Übergangs) statt. Dieses

Webinar, an dem 90 Teilnehmer aus 30 Parlamentskammern und internationalen Organisationen teilnahmen, bot ein Forum zum Austausch über die langfristigen Auswirkungen des Coronavirus auf die Arbeitsmethoden und die Reaktion der parlamentarischen Bibliotheken auf die Krise.

Rainer Wieland, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, und Klaus Welle, Generalsekretär des Europäischen Parlaments, hielten Vorträge und berichteten aus ihrer Sicht, wie das Europäische Parlament seine Arbeit während der Pandemie fortgesetzt hat.

Das EZPWD-Sekretariat war auch an der Organisation von acht weiteren EZPWD-Webinaren beteiligt (siehe Anhang VI C).

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Referat Unterstützung des wirtschaftspolitischen Handelns und dem betroffenen Haushaltsbereich sowie zwischen dem Europäischen Parlamentarischen Forschungsdienst und den Parlamentsbibliotheken, wissenschaftlichen Diensten und Archiven des EZPWD in Bereichen von gemeinsamem Interesse und gemeinsamer Untersuchung;
- aktualisierte EZPWD-Leitlinien zum Stellen von vergleichenden Anfragen, angenommen von der EZPWD-Jahreskonferenz;
- gesteigerte Teilnahme an Webinaren.

6.3 Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes

Das Europäische Parlament setzt sich kontinuierlich für eine enge Zusammenarbeit zwischen seiner eigenen Verwaltung und den Verwaltungen der nationalen Parlamente ein, insbesondere in der vorbereitenden Phase der parlamentarischen Dimension der einzelnen Ratsvorsitze der EU. Das Europäische Parlament bietet jedem Parlament, das als nächstes den rotierenden Ratsvorsitz übernehmen soll, Gelegenheit, an einem für die Mitarbeiter organisierten Programm in Brüssel teilzunehmen, um Tätigkeiten im Zusammenhang mit der parlamentarischen Dimension des Vorsitzes vorzubereiten. Das Europäische Parlament kann dem Parlament des Ratsvorsitzes ein maßgeschneidertes Unterstützungsprogramm auf der Grundlage spezifischer Anforderungen, Bedürfnisse und Prioritäten zur Verfügung stellen. Diese Initiative bietet die Gelegenheit, sich zu vernetzen und persönliche Kontakte mit allen Beteiligten aufzubauen, und ermöglicht eine effektive Weitergabe von Informationen und Fachwissen, wodurch die weitere Arbeit erleichtert und für Kohärenz gesorgt wird. Das Europäische Parlament kann zu den Kosten des Programms beitragen, die mit dem jeweiligen nationalen Parlament geteilt werden.

In den letzten Jahren hatten einige EU-Mitgliedstaaten den EU-Ratsvorsitz zum ersten Mal inne. Die Parlamente aus diesen Ländern waren ganz besonders am Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes des Europäischen Parlaments interessiert. Da sich das Programm in der Vorbereitungsphase der Vorsitze als so hilfreich erwiesen hatte, beschloss die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, das Programm auf alle künftigen Vorsitze auszudehnen, da sich die interparlamentarische Zusammenarbeit ständig weiterentwickelt. In den letzten Jahren wurde der parlamentarischen Dimension seitens der Ratsvorsitze mehr Gewicht verliehen und es wurde mehr in diesen Bereich investiert, um die Zahl der Veranstaltungen, Treffen und Initiativen während des Semesters des Ratsvorsitzes gegenüber der Zeit vor einem Jahrzehnt zu erhöhen.

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten bemühte sich darum, das Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes an die besonderen Umstände anzupassen,

durch die 2021 Reisen und persönliche Treffen eingeschränkt waren, und bot den bevorstehenden slowenischen und französischen Vorsitzten „virtuelle Besuche“ an.

Das Programm für die Beamten des slowenischen Parlaments aus Ljubljana bestand aus einer Reihe von Sitzungen mit Fernteilnahme und nicht aus dem üblichen Besuch in Brüssel. Im März und April 2021 fanden fünf Sitzungen statt. Diese umfassten einen Austausch mit einer Reihe von Kollegen aus dem Sekretariat des Europäischen Parlaments, die ihre Erfahrungen bei der Organisation verschiedener Veranstaltungen und Aktivitäten weitergaben: der Besuch der Konferenz der Präsidenten in der Hauptstadt des Vorsitzes, der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU; Sitzungen der COSAC; die Konferenz zur GASP/GSVP; der Gemeinsame parlamentarische Kontrollausschuss für Europol und die interparlamentarische Ausschusssitzungen zu Eurojust.

Ziel dieser Treffen war es, die notwendigen Kontakte zwischen den Beamten des Landes des Vorsitzes und den Mitarbeitern des Europäischen Parlaments herzustellen und einen ersten Informationsaustausch über Verfahren, Themen und Tagesordnungen für künftige Veranstaltungen und Aktivitäten zu ermöglichen.

Die französische Nationalversammlung und der französische Senat waren sehr daran interessiert, sich mit den Dienststellen des Europäischen Parlaments auszutauschen und von deren Erfahrungen im Umgang mit Sitzungen mit Fernteilnahme und Hybridsitzungen zu lernen, insbesondere für Sitzungen mit einer großen Anzahl von Verbindungen, Teilnehmern und Sprachen. Aufgrund von Sachzwängen im Zusammenhang mit den französischen Präsidentschaftswahlen konnte jedoch kein geeigneter Termin für ein Unterstützungsprogramm des Vorsitzes mit dem französischen Parlament gefunden werden, so dass nur Zeit für einen Austausch über technische Fragen blieb.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Im ersten Halbjahr 2021 wurde ein vollständig online verfügbares Unterstützungsprogramm für das slowenische Parlament zur Vorbereitung auf den Vorsitz im zweiten Halbjahr 2021 angeboten;
- Die Beamten der französischen Nationalversammlung und des Senats waren besonders daran interessiert, Erfahrungen mit dem Europäischen Parlament über die Organisation mehrsprachiger Sitzungen mit Fernteilnahme und einer hohen Zahl von Teilnehmern auszutauschen;

6.4 Netzwerk der Vertreter der nationalen Parlamente der EU in Brüssel

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten empfängt die von den nationalen Parlamenten/Kammern der EU benannten Vertreter der Verwaltung im Europäischen Parlament. Im Interesse einer Stärkung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der EU stellt das Europäische Parlament den Vertretern seit 1991 auf Anfrage in seinen Räumlichkeiten in Brüssel und Straßburg kostenlos Büroräume und andere hauseigene Einrichtungen bereit.

Die nationalen Parlamente der EU entsenden nationale Beamte nach Brüssel, um die Beziehungen zur EU zu pflegen. Derzeit sind 55 Mitarbeiter aus den 27 nationalen Parlamenten der EU in 43 Büros in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments untergebracht.¹⁶ Diese Vertreter sind nationale Beamte, die neben Verwaltungsaufgaben auch für den Austausch von Informationen (als wechselseitiger Informationsfluss zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der EU) zuständig sind..

¹⁶Stand: 17. Januar 2020; einschließlich des Sekretariats der COSAC und des IPEX-Informationsbeauftragten.

Die Vertreter arbeiten in demselben Gebäude, in dem auch die Direktion untergebracht ist. Das trägt zur Entstehung zahlreicher Synergien bei und fördert einen unkomplizierten Austausch. Als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie stellten die Direktion und die Vertreter im Jahr 2020 erfolgreich auf ein Homeoffice-Programm um, wie auch der Großteil der Verwaltung des Europäischen Parlaments auf Anweisung des Präsidenten des Europäischen Parlaments und seines Generalsekretärs. Dies galt auch für das Jahr 2021.

Eine Liste der Vertreter der nationalen Parlamente ist abrufbar unter:

www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/networks/representatives-of-national-parliaments

Wichtigste Entwicklungen/Herausforderungen im Jahr 2021:

- Die Beibehaltung der Telearbeit aufgrund der Coronavirus-Pandemie.

6.5 Seminare für Mitarbeiter

Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung von 2018 zu der Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags¹⁷, festgestellt, dass „ein besseres Zusammenwirken und ein besserer Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den Mitgliedern der nationalen Parlamente sowie mit den Beamten der nationalen Parlamente dazu beitragen könnte, die Kontrolle der Diskussionen über europapolitische Fragen auf nationaler Ebene zu verbessern und somit eine wirklich europäische parlamentarische und politische Kultur zu fördern“. 2019 veranstaltete die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten eine Reihe von Seminaren für Mitarbeiter der nationalen Parlamente/Kammern der EU. Dabei sollten Mitarbeiter der nationalen Parlamente und des EP zusammenkommen, um relevante europäische Themen vorzustellen und zu diskutieren, voneinander zu lernen und bewährte Verfahren auszutauschen.

Neben der interparlamentarischen Zusammenarbeit auf politischer Ebene war eine weitere wichtige Entwicklung in den letzten Jahren die Organisation von Seminaren für Mitarbeiter, um den technischen Austausch auf Mitarbeiterebene zu erleichtern. Diese Seminare stellen eine wichtige Plattform für die Verwaltungen der Parlamente dar, um einen konkreten und zielgerichteten Austausch über Bereiche von gemeinsamem Interesse zu führen. Sie sind ein dynamisches Element der Arbeit sowohl des Europäischen Parlaments als auch der nationalen Parlamente der EU.

Das Referat Unterstützung des wirtschaftspolitischen Handelns organisierte weiterhin Online-Seminare für Mitarbeiter, bei denen es um den Austausch der neuesten Informationen zum Europäischen Semester, einschließlich der neuen wirtschaftlichen Prioritäten, sowie um die Stärkung der Zusammenarbeit und ein besseres Verständnis des Zyklus des Europäischen Semesters durch den Austausch von Wissen und bewährten Vorgehensweisen ging. Im Jahr 2021 wurden sechs Seminare dieser Art organisiert.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Fortsetzung der Online-Seminare für Mitarbeiter im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung, ungeachtet der Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie.

¹⁷Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. April 2018 zu der Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags (ABl. C 390 vom 18.11.2019, S. 121).

7. INSTRUMENTE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN

7.1 Organisation von Treffen und Sitzungen per Videokonferenz

Lange vor Beginn der COVID-19-Pandemie hatte das Europäische Parlament Videokonferenzen als Instrument zur einfacheren Gestaltung der interparlamentarischen Zusammenarbeit eingesetzt. Das Europäische Parlament hat schon vor langer Zeit technische Lösungen etabliert, mit denen Videokonferenzen mit sehr hoher Bild- und Tonqualität sowie die Verdolmetschung in mehreren Sprachen ermöglicht werden. Allerdings wurde vor 2020 selten auf die Möglichkeit der Videokonferenz zurückgegriffen. Zu Beginn der Gesundheitskrise im Jahr 2020 führte die Notwendigkeit, die Arbeitsweise und die Zusammenarbeit ohne physische Präsenz anzupassen und zu verbessern, zu einem großen digitalen und technischen Sprung bei der Organisation von parlamentarischen Sitzungen mit Fernteilnahme. Diese wurden auch im Jahr 2021, als die Gesundheitskrise weiter anhielt, ausgiebig genutzt.

Das Europäische Parlament ist sich aufgrund seiner spezifischen Zusammensetzung der Mitglieder aus 27 verschiedenen Ländern schon lange der Vorteile von Videokonferenzen bewusst: Sie ermöglichen einen regelmäßigen Austausch zwischen den Mitgliedern der Parlamente und gleichzeitig werden Reisetage, Kosten und der CO₂-Fußabdruck verringert. Insgesamt sind Videokonferenzen ein kostengünstiges und umweltfreundliches Werkzeug für Sitzungen, sodass angemessene Ressourcen in die Ausweitung dieser Methode investiert wurden. Außerdem wurden in den Jahren 2020 und 2021 erhebliche Fortschritte bei den digitalen Technologien erzielt.

Die epidemiologische Situation hat sich 2021 nicht so weit verbessert, dass eine allgemeine Wiederaufnahme des Reiseverkehrs oder die Organisation großer Präsenzveranstaltungen möglich gewesen wäre. Die interparlamentarische Zusammenarbeit wurde dadurch jedoch kaum beeinträchtigt. Die meisten Parlamente haben geeignete technische Lösungen zur Unterstützung von Videokonferenzen eingeführt, die den Standardkanal für die interparlamentarische Kommunikation und Zusammenarbeit darstellen.

Sitzungen mit Fernteilnahme und Hybridsitzungen sind fast zur Norm geworden, obwohl die Mitglieder sowohl der nationalen Parlamente als auch des Europäischen Parlaments immer wieder die Wichtigkeit eines interaktiven Austausches mit ihren Kollegen betonten. Videokonferenzen erwiesen sich zudem als besonders effiziente Formate für informelle Briefings, Ad-hoc-Sitzungen und den gezielten Austausch mit hochrangigen Rednerinnen und Rednern. In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass bei der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU, die vom deutschen Ratsvorsitz im Mai 2021 als Videokonferenz organisiert wurde, ein Dokument mit dem Titel „Verstärkte interparlamentarische Zusammenarbeit durch moderne Technologie“ annahm und darüber diskutierte, wie die Digitalisierung die repräsentative Demokratie beeinflusst.

Wie zu Beginn der Pandemie nutzte das Europäische Parlament auch im Jahr 2021 eine Plattform für mehrsprachige Sitzungen mit Dolmetschern für Ausschusssitzungen und interparlamentarische Konferenzen.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Wie im Vorjahr waren auch 2021 Sitzungen mit Fernteilnahme per Videokonferenz der Standardkanal für die interparlamentarische Kommunikation. Die Bandbreite reichte von informellen bilateralen Sitzungen mit Fernteilnahme bis hin zu komplexen hochrangigen

Konferenzen mit zahlreichen Teilnehmern. Sitzungen mit Fernteilnahme oder Hybridsitzungen wurden die Norm;

- Die Teilnahme von Abgeordneten der nationalen Parlamente, Mitgliedern des Europäischen Parlaments und hochrangigen Rednern an Fernsitzungen ist nach wie vor hoch, wobei letztere anscheinend eher bereit sind, an Videokonferenzen teilzunehmen als an Präsenzveranstaltungen;
- Das Europäische Parlament verbesserte seine technischen Kapazitäten für die Durchführung von Sitzungen mit Fernteilnahme weiter.

7.2 CONNECT – die Datenbank des Europäischen Parlaments der Dokumente nationaler Parlamente

CONNECT

Die Direktion Beziehungen mit den nationalen Parlamenten stellt den Mitgliedern des Europäischen Parlaments (insbesondere den Berichterstattern), den politischen Gremien und den Dienststellen des Europäischen Parlaments während des gesamten Gesetzgebungszyklus Fachwissen zu den Ausführungen nationaler Parlamente gemäß den Protokollen Nr. 1 und Nr. 2 zur Verfügung. In diesem Zusammenhang pflegt die Direktion die [CONNECT-Datenbank](https://www.europarl.europa.eu/relnatpar/en/subsidiarity-and-ipd/welcome) (<https://www.europarl.europa.eu/relnatpar/en/subsidiarity-and-ipd/welcome>), die alle Dokumente enthält, die seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon von den nationalen Parlamenten gemäß den Protokollen Nr. 1 und Nr. 2 übermittelt wurden. Die begründeten Stellungnahmen in Verbindung mit dem Frühwarnsystem stehen in allen Amtssprachen der EU zur Verfügung.

Seit 2017 kann die CONNECT-Datenbank auf der Website der Direktion konsultiert werden. Alle Informationen in CONNECT, einschließlich der von den nationalen Parlamenten eingegangenen begründeten Stellungnahmen und Beiträge, sind in eCommittee, dem gemeinsamen Arbeitsraum der GD IPOL und der GD EXPO, im Zusammenhang mit dem Verfahren, auf das sie sich beziehen, direkt verfügbar. Dies gilt nicht nur für begründete Stellungnahmen, sondern auch für alle von nationalen Parlamenten der EU übermittelten Beiträge.

CONNECT ermöglicht es Berichterstattern, Mitgliedern, Assistenten und Mitarbeitern der Ausschussesekretariate sowie allen externen Interessenträgern zu jedem Zeitpunkt eines Gesetzgebungsverfahrens, eine aktuelle und vollständige Übersicht über alle Ausführungen der nationalen Parlamente zu erhalten. Im Jahr 2021 sind insgesamt 345 Dokumente eingegangen: 123 (36 %) wurden im Rahmen der Prüfungen der Verhältnismäßigkeit gemäß dem Protokoll Nr. 2 eingereicht, während 222 (64 %) Beiträge im Rahmen des informellen politischen Dialogs waren.

Am 1. Januar 2022 konnten in der CONNECT-Datenbank insgesamt 6 347 Dokumente (begründete Stellungnahmen und Beiträge) der nationalen Parlamente der EU abgerufen werden. 3 681 (58 %) wurden im Rahmen der Prüfungen der Verhältnismäßigkeit gemäß dem Protokoll Nr. 2 eingereicht, während 2 666 (42 %) Beiträge im Rahmen des informellen politischen Dialogs waren.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2021:

- Die CONNECT-Datenbank wurde aktualisiert, um sie mit dem automatischen Empfang von Dokumenten über die neue NPS-Plattform der nationalen Parlamente kompatibel zu machen.

7.3 Verzeichnis der korrespondierenden Ausschüsse (CorCom)

CORCOM

Das Verzeichnis der korrespondierenden Ausschüsse (CorCom) ist eine Informationsquelle zu den Ausschüssen der nationalen Parlamente, die den Ausschüssen des Europäischen Parlaments entsprechen. Darüber hinaus enthält es Informationen über die verschiedenen Ausschussesekretariate der nationalen Parlamente der EU und des EP. Die im Verzeichnis enthaltenen Informationen werden von den in Brüssel ansässigen ständigen Vertretern der nationalen Parlamente bereitgestellt.

Das CorCom ist ein nützliches Instrument, um Verbindungen zwischen den Ausschüssen des Europäischen Parlaments und den entsprechenden Ausschüssen der nationalen Parlamente herzustellen. Es dient auch dazu, den Vorsitzenden und das Sekretariat der Ausschüsse zu bestimmen, was immer besonders nützlich ist, um die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten zu verbessern.

Nach der Annahme einer Entschließung im Mai 2009¹⁸ zu der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon (Berichterstatter: Elmar Brok) wurde die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments entsprechend überarbeitet und besagt nun, dass ein „Ausschuss [...] unmittelbar auf Ausschussebene in einen Dialog mit den nationalen Parlamenten im Rahmen der für diesen Zweck vorgesehenen Haushaltsmittel eintreten [kann]. Dies kann geeignete Formen der prä- und postlegislativen Zusammenarbeit einschließen“ (Artikel 150 Absatz 3).

Die CorCom-Anwendung wird kontinuierlich verbessert, um den sich ändernden Anforderungen der Nutzer gerecht zu werden. In den letzten Jahren wurde sie in eine webbasierte Anwendung¹⁹ umgewandelt, die jetzt viel benutzerfreundlicher ist und eine ganze Reihe neuer Funktionen bietet. Im Jahr 2021 wurde die Anwendung von 264 Nutzern 4 612 Mal besucht, mit 187 059 einzelnen Zugriffen auf ihre Webseiten.

7.4 Veröffentlichungen der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten erstellt eine Reihe von Veröffentlichungen.

In einer dieser Veröffentlichungen, „Spotlight on Parliaments in Europe“, werden Informationen über bestimmte aktuelle Probleme, die zwischen den Parlamenten des EZPWD-Netzwerks ausgetauscht wurden, zusammengefasst.

Die „Weekly Agenda“ enthält Informationen über Maßnahmen, an denen die nationalen Parlamente beteiligt sind, um die Transparenz und Sichtbarkeit der zahlreichen interparlamentarischen Tätigkeiten zu erhöhen.

Die „State of Play Note“ enthält Informationen über die Ausführungen der nationalen Parlamente

¹⁸Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Mai 2009 zu der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon (ABl. C 212E vom 5.8.2010, S. 94).

¹⁹ CorCom ist nur für den internen Gebrauch bestimmt. Die Anwendung ist im Intranet des Europäischen Parlaments zugänglich.

Im „Spotlight on Parliaments in Europe“ werden Informationen über bestimmte aktuelle Themen, die zwischen den Parlamenten des EZPWD-Netzwerks ausgetauscht wurden, zusammengefasst.

2021 hat die Direktion fünf Ausgaben herausgebracht:

- Spotlight Nr. 33 – Februar 2021 – „State of COVID-19 measures in parliaments“ (Stand der Maßnahmen in Bezug auf COVID-19 in den Parlamenten);
- Spotlight Nr. 34 – März 2021 – „Gender impact assessment of legislation“ (Bewertung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Rechtsvorschriften);
- Spotlight Nr. 35– Juli 2021 – „Statute and funding of political parties and foundations“ (Statut und Finanzierung von politischen Parteien und Stiftungen);
- Spotlight Nr. 36 – September 2021 – „Organisation of Plenary sittings“ (Organisation von Plenarsitzungen);
- Spotlight Nr. 37 – Dezember 2021 – „Governmental obligation to provide adequate information on draft bills“ (Staatliche Verpflichtung zur Bereitstellung angemessener Informationen über Gesetzesentwürfe).

Die Veröffentlichungen sind auf der [Website der Direktion](http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/publications.html) (<http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/publications.html>) abrufbar.

Die „Weekly Agenda“ wird allen Mitgliedern und Dienststellen des Europäischen Parlaments freitags zugesandt. Im Jahr 2021 wurden 41 Ausgaben der „Weekly Agenda“ verschickt. Die Veröffentlichung deckt interparlamentarische Veranstaltungen der nächsten zwei Wochen ab, darunter bilaterale Besuche, interparlamentarische Konferenzen, ICM usw. Es werden Informationen in Bezug auf Datum, Ort und beteiligte Dienststellen des Europäischen Parlaments veröffentlicht.

Die Direktion erstellt eine monatliche Aufzeichnung über die begründeten Stellungnahmen und Beiträge der nationalen Parlamente (siehe Kapitel 5.1.3).

Sie unterhält auch eine Website, auf der sie über ihre anstehenden Aktivitäten und Veröffentlichungen informiert.

8. DIREKTION BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN

Trotz großer Hoffnungen kam es 2021 nicht zu einer Rückkehr zur Normalität und es war erneut ein Jahr der besonderen Herausforderungen. Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten konnte auch 2021 erfolgreich die Kontinuität ihrer Tätigkeiten gewährleisten, Mitglieder des Europäischen Parlaments und hochrangige Partner in ihrer Arbeit unterstützen, die institutionelle Zusammenarbeit und den legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten der EU fortsetzen und bei zahlreichen interparlamentarischen Veranstaltungen mitwirken.

Die Direktion unterstützt interparlamentarische Tätigkeiten, trägt zur Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die interparlamentarische Zusammenarbeit bei und fungiert als Wissenszentrum für Informationen über die nationalen Parlamente der EU. Sie vertritt das Europäische Parlament in den Verwaltungsnetzen der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Sie ist zuständig für die Beziehungen zu den Beamten, die die nationalen Parlamente der EU in Brüssel vertreten, und pflegt enge Kontakte mit ihren Verwaltungen.

Die Direktion dankt dem Generalsekretär und dem stellvertretenden Generalsekretär sowie allen Dienststellen der Generaldirektionen des Europäischen Parlaments, mit denen sie zusammenarbeitet, für ihre kontinuierliche Unterstützung.

Direktorin: **Katrin Ruhrmann**

Die Direktion besteht aus zwei Referaten:

Referat Legislativer Dialog

Das Referat Legislativer Dialog ist in erster Linie für den politischen und legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten zuständig. Es plant, koordiniert und organisiert interparlamentarische Treffen auf Ausschussebene, einschließlich der ICM, der Europäischen Parlamentarischen Woche und des GPKA für Europol. Es sorgt ferner für die Überwachung der Subsidiaritätsprüfung und die Folgemaßnahmen mit den Berichterstattern und Ausschüssen bezüglich der Umsetzung des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Das Referat organisiert auch thematische Seminare, an denen die Verwaltungen des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten beteiligt sind, und ist für die Datenbanken CONNECT und CorCom zuständig.

Referatsleiter: **Jesús Gómez**

Referat Institutionelle Zusammenarbeit

Zu den Zuständigkeitsbereichen des Referats Institutionelle Zusammenarbeit gehören die multilaterale geregelte Zusammenarbeit, d. h. die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU, die Sitzungen der Generalsekretäre der Parlamente der EU und die COSAC. Das Referat befasst sich auch mit den bestehenden Netzwerken, insbesondere IPEX und EZPWD, sowie mit der Zusammenarbeit mit der GD EXPO und mit der Koordinierung des Programms zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes und mit Besuchen zum Kapazitätsaufbau.

Referatsleiterin: **Anne Louise MCLAUHLAN**

Dieser Bericht und weitere Informationen zu den Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den nationalen Parlamenten der EU sind auf der Website des [Europäischen Parlaments abrufbar](https://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/annual-reports) (<https://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/annual-reports>)

ANHANG

ANHANG I – Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten 2021

COSAC-Veranstaltung	Ort, Datum	Themen	Hauptreferenten/ Podiumsredner des Europäischen Parlaments
Sitzung der Vorsitzenden der COSAC	Videokonferenz, 11. Januar 2021	I – Prioritäten des portugiesischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union II – Der Aufbau und die Resilienz der Europäischen Union	
Informeller Gedankenaustausch mit Michel Barnier, Leiter der Task Force für die Beziehungen zum Vereinigten Königreich, und den Vorsitzenden der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments	Videoconference, 25. January 2021	Das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich	
Informeller Austausch der COSAC-Vorsitzenden mit der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Věra Jourová	Videokonferenz, 25. Januar 2021	Der Europäische Aktionsplan für Demokratie	
Informeller Austausch der COSAC-Vorsitzenden mit der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Stella Kyriakides	Videokonferenz, 28. Januar 2021	Der Europäische Aktionsplan für Demokratie	
Informeller Meinungs austausch zwischen dem Exekutiv-Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Valdis Dombrovskis und den COSAC-Vorsitzenden sowie dem Europäischen Parlament	Videokonferenz, 8. Februar 2021	Die europäische Gesundheitsunion	
LXV. Plenartagung der COSAC	Videokonferenz, 31. Mai–1. Juni 2021	I – Der portugiesische Vorsitz im Rat der EU II – Ein soziales Europa: Welches Modell für den dreifachen wirtschaftlichen, digitalen und klimatischen Wandel? III – Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne – die Rolle der nationalen Parlamente IV – Konferenz über die Zukunft Europas aktueller Stand	Roberta Metsola, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Guy Verhofstadt, Mitglied des Europäischen Parlaments Antonio Tajani, Vorsitzender des AFCO-Ausschusses des Europäischen Parlaments
Sitzung der Vorsitzenden der COSAC	Videokonferenz, 19. Juli 2021	I – Prioritäten des slowenischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union II – Cybersicherheit in der EU – Stärkung der Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastrukturen und Cyberverteidigung	Roberta Metsola, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments
Meinungsaustausch zwischen Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für ein Europa für das digitale Zeitalter, und den Vorsitzenden der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments	Videokonferenz, 12. Oktober 2021	Paket „Digitale Dienste“ (Gesetz über digitale Dienste und Gesetz über digitale Märkte), Rat für Handel und Technologie, OECD und globale Mindestkörperschaftssteuern	
Gedankenaustausch zwischen Kadri Simson, EU-Kommissar für Energie, und den Vorsitzenden der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments	Videokonferenz, 8. November 2021	Energiewende	
Plenartagung der COSAC	Videokonferenz, 29./30. Dezember 2021	I – Ergebnisse des slowenischen Vorsitzes im Rat der EU II – Hinarbeiten auf eine europäische Perspektive für den Westbalkan: III – Die künftige Rolle junger Menschen in den Entscheidungsfindungsprozessen der EU und darüber hinaus IV – Konferenz über die Zukunft Europas	Roberta Metsola, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Guy Verhofstadt, Mitglied des Europäischen Parlaments

Detailliertere Informationen zu den Tagesordnungen der COSAC-Sitzungen werden von den Ratsvorsitzen auf der IPEX-Website veröffentlicht: www.ipex.eu

ANHANG II – Vom Europäischen Parlament in Brüssel organisierte interparlamentarische Ausschussschusssitzungen und Konferenzen im Jahr 2021

TEILNEHMERZAHL							
Datum	Ausschuss des EP	Ereignis		Nationale Parlamente			Europäisches Parlament
		Type of meeting	Title of meeting	Mitglieder	Parlamente	Amtszimmer	Mitglieder
22. Februar 2021	ECON ENVI EMPL BUG	Europäische Parlamentarische Woche: Plenartagung	Konferenz zum Europäischen Semester – Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union	155	26	36	12 Personen präsent + Fernteilnahme
22. Februar 2021	ECON	Europäische Parlamentarische Woche: Interparlamentarische Ausschusssitzung	Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU	59	23	29	18 Personen präsent + Fernteilnahme
22. Februar 2021	BUDG	Europäische Parlamentarische Woche: Interparlamentarische Ausschusssitzung	Inter-parliamentary Conference on Stability, Economic Coordination and Governance in the EU	63	21	26	12 Personen präsent + Fernteilnahme
22. Februar 2021	EMPL	Europäische Parlamentarische Woche: Interparlamentarische Ausschusssitzung	Inter-parliamentary Conference on Stability, Economic Coordination and Governance in the EU	41	13	17	13 Personen präsent + Fernteilnahme
22. Februar 2021	ENVI	Europäische Parlamentarische Woche: Interparlamentarische Ausschusssitzung	Inter-parliamentary Conference on Stability, Economic Coordination and Governance in the EU	39	15	20	13 Personen präsent + Fernteilnahme
4. März 2021	FEMM	Interparlamentarische Ausschusssitzung	Internationaler Frauentag: „We are strong: women leading the fight against COVID 19“ (Wir sind stark. Frauen führen den Kampf gegen COVID-19 an)	61	23	31	17 Personen präsent + Fernteilnahme
14. Juni 2021	LIBE / DEVE	Interparlamentarische Ausschusssitzung	Zweite Konferenz auf hoher Ebene zu Migration und Asyl in Europa	55	27	36	48 Personen präsent + Fernteilnahme
22. Juni 2021	AFCO	Interparlamentarische Ausschusssitzung	Reform des europäischen Wahlrechts, Recht auf Untersuchung des Europäischen Parlaments	38	25	34	24 Personen präsent + Fernteilnahme
25.-26. Oktober 2021	LIBE	Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss	Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss für die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (EUROPOL)	73	25	30	32 Personen präsent + Fernteilnahme
27. September 2021	BECA	Interparlamentarische Ausschusssitzung	Bekämpfung von Krebs: der europäische Plan zur Krebsbekämpfung aus der Sicht der nationalen Parlamente	39	20	25	15 Personen präsent + Fernteilnahme
8. November 2021	AIDA	Interparlamentarische Ausschusssitzung	Künstliche Intelligenz und das digitale Jahrzehnt	46	23	28	9 Personen präsent + Fernteilnahme
9. November 2021	AFCO	Interparliamentary Committee Meeting	Die Erwartungen der nationalen Parlamente an die Konferenz zur Zukunft Europas	56	21	17	9 Personen präsent + Fernteilnahme
9. November 2021	INGE	Interparliamentary Committee Meeting	Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation	38	14	19	17 Personen präsent + Fernteilnahme
18. November 2021	AGRI	Interparliamentary Committee Meeting	Die Entwicklung der GAP-Strategiepläne in jedem Mitgliedstaat	54	23	30	30 Personen präsent + Fernteilnahme
30. November 2021	FEMM	Interparliamentary Committee Meeting	Beseitigung von Gewalt gegen Frauen	48	23	30	56 Personen präsent + Fernteilnahme
9. Dezember 2021	LIBE	Interparliamentary Committee Meeting	Rechtsstaatlichkeit	49	21	17	14 Personen präsent + Fernteilnahme
10. Dezember 2021	LIBE / DEVE	Hochrangige Konferenz	Dritte Konferenz auf hoher Ebene zu Migration und Asyl in Europa	57	25	28	13 Personen präsent + Fernteilnahme
GESAMTZAHL DER TEILNEHMER				971			352

ANHANG III – Besuche der nationalen Parlamente der EU im Europäischen Parlament im Jahr 2021 (einschließlich der von der Direktion organisierten Videokonferenzen)

VISITS OF EU NATIONAL PARLIAMENTS TO THE EUROPEAN PARLIAMENT IN 2021				
Datum/ Daten	Land und Kammer	Besuchender Ausschuss / Sonstiges	Gesprächspartner des Besuchers im Europäischen Parlament	Art des Besuchs / Ort
5.1.2021	SLOWENIEN – Nationalversammlung	Marko Pogačnik, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Videokonferenz
8.1.2021	DEUTSCHLAND – Bundestag	Gunther Krichbaum, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Videokonferenz
19.1.2021	LITAUEN – Seimas	Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Videokonferenz
22.1.2021	GRIECHENLAND – Griechisches Parlament	Nikitas Kaklamanis, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Videokonferenz
1.2.2021	DEUTSCHLAND – Bundestag	Guido Wolf, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Videokonferenz
9.2.2021	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Sabine Thillaye, Vorsitzende des Ausschusses für europäische Angelegenheiten	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Videokonferenz
22.2.2021	POLEN – Senat, LITAUEN – Seimas, LETTLAND – Saeima, ESTLAND – Riigikogu und TSCHECHIEN – Senat	Bogdan Klich (Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige und EU-Angelegenheiten des polnischen Senats); Laima Andrikiienė (Litauen, Vizepräsidentin von PACE); Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė (Litauen, stellvertretender Präsident des Seimas, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten), Rihards Kols (Lettland, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten); Enn Eesmaa (Estland); Pavel Fischer (Tschechien)	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Videokonferenz
25.2.2021	FINNLAND – Parlament	Satu Hassi, Vorsitzende des Ausschusses für europäische Angelegenheiten	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Videokonferenz
17.3.2021	PORTUGAL – Assembleia da República	Ausschuss für Haushalt und Finanzen	Mitglieder des Europäischen Parlaments, die Teil des Unterausschusses FISC sind	Videokonferenz
22.4.2021	KROATIEN – Parlament	Vorsitzender und Mitglieder des Ausschusses für europäische Angelegenheiten	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Videokonferenz
3.5.2021	LITAUEN – Seimas	Vorsitzender und Mitglieder des Ausschusses für europäische Angelegenheiten	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Videokonferenz
22.6.2021	SLOWENIEN – Nationalversammlung	Igor Zorčič, Präsident der Nationalversammlung, und Mitglieder des Ausschusses für europäische Angelegenheiten der slowenischen Nationalversammlung und der Kommission für internationale Beziehungen und europäische Angelegenheiten des slowenischen Nationalrats	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Slowenien
6.9.2021	NIEDERLANDE – Tweede Kamer	Mitglieder des Parlaments (Berichterstatte zur WHO-Reform)	Mitglieder des Europäischen Parlaments (Berichterstatte zur WHO-Reform)	Videokonferenz
23.9.2021	ESTLAND – Riigikogu	Hanno Pevkur, Vizepräsident des estnischen Parlaments (Riigikogu), und Mitglieder des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, des Umweltausschusses und des Wirtschaftsausschusses	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Estland
23-24.9.2021	LITAUEN – Seimas	Viktorija Čmilytė-Nielsen, Präsidentin des Seimas, und die Vorsitzenden und Mitglieder des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, des Ausschusses für nationale Sicherheit und Verteidigung sowie des Ausschusses für Menschenrechte des litauischen Parlaments (Seimas)	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Litauen
28.10.2021	POLEN – Senat	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und die EU des polnischen Senats	Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola	Polen

ANHANG IV – Daten über das Frühwarnsystem

Der Rechtsausschuss, der für Fragen in Zusammenhang mit der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Europäischen Parlament verantwortlich ist, hat folgende Begriffsbestimmungen für Dokumente ausgearbeitet, die von nationalen Parlamenten eingehen:

- **„Begründete Stellungnahmen“** sind Dokumente, aus denen hervorgeht, dass ein Entwurf eines Rechtssetzungsaktes nicht mit dem Subsidiaritätsgrundsatz vereinbar ist, und die beim Europäischen Parlament unter Einhaltung der Frist von acht Wochen gemäß Protokoll Nr. 2 Artikel 6 des Vertrags von Lissabon eingegangen sind.
- **„Beiträge“** sind alle anderen Dokumente, die die Kriterien für begründete Stellungnahmen nicht erfüllen.

VON NATIONALEN PARLAMENTEN IM JAHR 2021 EINGEGANGENE DOKUMENTE			
Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	Begründete Stellungnahmen	Beiträge
Österreich	Nationalrat	0	1
Österreich	Bundesrat	0	1
Belgien	Chambre des Représentants	0	0
Belgien	Sénat	0	0
Bulgarien	Narodno Sabranie	0	1
Kroatien	Hrvatski Sabor	0	0
Zypern	Vouli ton Antiprosópon	0	0
Tschechische Republik	Poslanecká sněmovna	0	8
Tschechische Republik	Senát	4	23
Dänemark	Folketing	0	2
Estland	Riigikogu	0	0
Finnland	Eduskunta	0	0
Frankreich	Assemblée Nationale	0	0
Frankreich	Sénat	4	4
Deutschland	Bundestag	0	0
Deutschland	Bundesrat	0	10
Griechenland	Vouli ton Ellinon	0	6
Ungarn	Országgyűlés	0	0
Irland	Irischer Senat	6	0
Irland	Irishes Parlament	0	1
Italien	Camera dei deputati	5	12
Italien	Senato	0	10
Litauen	Seimas	0	0
Luxemburg	Chambre des Députés	0	0
Lettland	Saeima	0	0
Malta	Kamra tad-Deputati	1	0
Niederlande	Zweite Kammer	0	1
Niederlande	Erste Kammer	0	5
Polen	Sejm	0	0
Polen	Senat	0	10
Portugal	Assembleia da República	0	38
Rumänien	Camera Deputaţilor	0	0
Rumänien	Senat	0	16
Spanien	Congreso / Senado	0	53
Schweden	Riksdag	3	0
Slowenien	Državni Zbor	0	0
Slowenien	Državni Svet	0	0
Slowakei	Národná rada	1	0
INSGESAMT		24	202

ANHANG V – Gemäß Protokoll Nr. 1 eingereichte Dokumente – informeller politischer Dialog

In dieser Tabelle sind die Dokumente aufgeführt, die die nationalen Parlamente der EU als Reaktion auf Entwürfe von Rechtsakten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, sowie als Reaktion auf eine Vielzahl von nichtlegislativen Dokumenten wie Grün-/Weißbücher oder Mitteilungen der Kommission, die unter das Protokoll Nr. 1 zum AEUV fallen, übermittelt haben.

VON NATIONALEN PARLAMENTEN IM JAHR 2021 EINGEGANGENE BEITRÄGE		
Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	2021
Österreich	<i>Nationalrat</i>	0
Österreich	<i>Bundesrat</i>	1
Belgien	<i>Chambre des Représentants</i>	0
Belgien	<i>Sénat</i>	2
Bulgarien	<i>Narodno Sabranie</i>	0
Kroatien	<i>Hrvatski Sabor</i>	0
Zypern	<i>Vouli ton Antiprosópon</i>	0
Tschechische Republik	<i>Poslanecká sněmovna</i>	13
Tschechische Republik	<i>Senát</i>	27
Dänemark	<i>Folketing</i>	0
Estland	<i>Riigikogu</i>	0
Finnland	<i>Eduskunta</i>	1
Frankreich	<i>Assemblée Nationale</i>	7
Frankreich	<i>Sénat</i>	11
Deutschland	<i>Bundestag</i>	1
Deutschland	<i>Bundesrat</i>	10
Griechenland	<i>Vouli ton Ellinon</i>	0
Ungarn	<i>Országgyűlés</i>	0
Irland	<i>Irishes Parlament</i>	1
Italien	<i>Camera dei deputati</i>	11
Italien	<i>Senato</i>	0
Litauen	<i>Seimas</i>	1
Luxemburg	<i>Chambre des Députés</i>	0
Lettland	<i>Saeima</i>	0
Malta	<i>Kamra tad-Deputati</i>	0
Niederlande	<i>Zweite Kammer</i>	5
Niederlande	<i>Erste Kammer</i>	10
Polen	<i>Sejm</i>	0
Polen	<i>Senat</i>	2
Portugal	<i>Assembleia da República</i>	16
Rumänien	<i>Camera Deputaților</i>	24
Rumänien	<i>Senat</i>	16
Spanien	<i>Congreso / Senado</i>	60
Schweden	<i>Riksdag</i>	1
Slowenien	<i>Državni Zbor</i>	0
Slowenien	<i>Državni Svet</i>	0
Slowakei	<i>Národná rada</i>	2
INSGESAMT		222

ANHANG VI – Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)

A. Anliegen, zu denen politische Gremien und Verwaltungsdienststellen des Europäischen Parlaments im Jahr 2021 mittels vergleichender Anfragen das EZPWD-Netz konsultiert haben:

1. Gleichstellung der Geschlechter in der parlamentarischen Diplomatie
2. Aktuelle Informationen zur Anfrage 4548: kollaboratives Dokument zur Aktualisierung der Tabelle: „Stand der Maßnahmen in Bezug auf COVID 19 in den Parlamenten“
3. Zugänglichkeit der Gebäude der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten
4. Statut und Finanzierung politischer Parteien und politischer Stiftungen
5. Nationale Ernennungsverfahren für Mitglieder des Europäischen Rechnungshofs (ERH)
6. Erhebung zum Gender Mainstreaming
7. Organisation von Plenarsitzungen
8. Zweckgebundene Einnahmen, Darlehensaufnahme und -erteilung
9. Anreize für eine stärkere Beteiligung an den Plenardebatten
10. Cybersicherheit im Parlament
11. IPU Parline und EZPWD-Netze
12. Modernisierung der logistischen Dienste in den Parlamenten
13. Stresstests zur Förderung der Belastbarkeit und Resilienz der Politik
14. Aktuelle Informationen zur Anfrage 4855: Verwendung des digitalen COVID-Zertifikats der EU bei parlamentarischen Arbeiten

B. Das Europäische Parlament hat Anfragen anderer EZPWD-Parlamente zu folgenden Themen beantwortet:

1. Parlamentarische Staatssekretäre [Einpeitscher]
2. Die Erfahrungen im Europäischen Parlament in Bezug auf verschiedene Themen im Zusammenhang mit der Arbeit der Mitglieder des Europäischen Parlaments
3. Gesetzliche Regelung von Jagdhunden
4. Aktuelle Informationen zur Anfrage 4855: Verwendung des digitalen COVID-Zertifikats der EU bei parlamentarischen Arbeiten
5. Stresstests zur Förderung der Belastbarkeit und Resilienz der Politik
6. Unzulässigkeit von Änderungsanträgen, die nicht in den Geltungsbereich eines Rechtsetzungsentwurfs fallen (legislative Trittbrettfahrer)
7. Sorgfalts- und Rechenschaftspflicht der Unternehmen
8. Besucherzentren
9. Nichtbefolgung einer rechtmäßigen Anordnung oder Aufforderung eines Strafverfolgungsbeamten oder eines ähnlichem Diensträgers
10. Olympiasieger werden ohne Prüfung an Universitäten zugelassen
11. Untertitelung von Ausschuss- und Kommissionssitzungen (für hörgeschädigte Personen)
12. Technische Hindernisse für den Zugang zu Parlamentsgebäuden
13. Regeln für das Verfassen von Rechtsvorschriften und den Gesetzgebungsprozess
14. Die Wiedereröffnung von Bibliotheksfilialen und die Bereitstellung von Bibliotheksdiensten vor Ort während COVID-19
15. Aktuelle Informationen zur Anfrage 2413: „Das Kabinett des Präsidenten des Parlaments“
16. Die Rolle des Sprechers/Präsidenten der Abgeordnetenkammer
17. Parlamentarisches Personal und gemischte oder hybride Arbeitsformen
18. Verwendung des digitalen COVID-Zertifikats der EU bei parlamentarischen Arbeiten
19. Neue Parlamentssitzung und geltende Maßnahmen

20. IPU Parline und EZPWD-Netze
21. Verwendung von Cannabis für den menschlichen Verzehr
22. Parlamentarische Archive –Aktualisierung Anfrage 902
23. Ärztliche Kunstfehler
24. Erforderliche Stimmenmehrheit bei der Wahl von Beamten durch das Parlament
25. Familienfreundliches Parlament für Abgeordnete
26. Ansprache eines ausländischen Staatsoberhauptes/Regierungschefs im Parlament
27. COVID-19-Antigentest im Parlament
28. Normen für kleine Agrarmärkte
29. Bedingungen und Einschränkungen für die Ausübung des parlamentarischen Mandats
30. Ermittlungen zu Mobbing, Belästigung und sexuellem Fehlverhalten: „Cluster-Meldung“
31. Bildungskodex
32. Digitalisierung von Parlamentsdokumenten - weitere Fragen
33. Neue Gesetzgebungspolitik zu Ordnungswidrigkeiten
34. Immaterielle Mittel zur Förderung von Kulturmäzänen
35. Öffentlich-rechtliche Medien und Medienbeiräte
36. Gesetzgebungsverfahren
37. Verzicht/Aufhebung auf Sanktionen, wenn ein Minderjähriger/eine minderjährige Person sich weigert, persönliche Beziehungen zu einem ihrer Elternteile zu unterhalten
38. Die Verpflichtung der Abgeordneten, ihr Gehalt oder ihre Vergütung zu erhalten
39. Institute für parlamentarische Studien, Parlamentarismus und Rechtsetzung
40. IKT-Strategie
41. Während der COVID-19-Pandemie auferlegte Einschränkungen der Bewegungsfreiheit
42. Digitalisierung und virtuelle parlamentarische Arbeit
43. Bau von Sportanlagen
44. Verbot der sexuellen Belästigung
45. Ausschusssitzungen mit Fernteilnahme
46. Unterstützung für Abgeordnete und Parlamentsbedienstete, die in den sozialen Medien belästigt wurden
47. Der Kauf von landwirtschaftlichen Flächen
48. Kirchliche Feiertage und angemessene Vorkehrungen für die Religion
49. Einlegung einer Kassationsbeschwerde (Verfahren vor dem letztinstanzlichen Gericht)
50. Budgetierung für Wohlbefinden
51. Fragebogen zum Webinar mit dem Titel „Wie kann die parlamentarische Kontrolle der Haushaltsverfahren gestärkt werden? Das Verhältnis zwischen Parlamenten, Finanzräten und Rechnungskontrollbehörden“.
52. Dringende Anfrage: die Rolle des Parlaments bei der Entlastung/Abberufung des Präsidenten der Republik (Staatsoberhaupt)
53. Digitale Lehrbücher
54. Funktion des Protokolls im Parlament und diesbezügliche Richtlinien
55. Verringerung von Gewalt und Mobbing unter Kindern
56. Staatliche Finanzierung von Sportorganisationen
57. Bestimmte Aspekte der parlamentarischen Tätigkeit zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. März 2021
58. Erhebung zum Gender Mainstreaming
59. Obligatorisches und bedingtes Tragen von Gesichtsmasken in der Vor- und Grundschule
60. Eilige Anfragen: die Rechte und Pflichten der stellvertretenden Vorsitzenden in den nationalen Parlamenten
61. Parlamentarische Praxis in Bezug auf die Agenda 2030 und die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen
62. Die Energiepolitik des Parlaments

63. Von den Bediensteten der Mitglieder durchgeführte Arbeiten und deren Kontrolle
64. Fragebogen zum Webinar mit dem Titel „Online-Kommunikation und Anpassung der parlamentarischen Kommunikation während der Pandemie“.
65. Institutionelle Kommunikation
66. Zugang zu Gesundheitsdiensten für Frauen mit Behinderungen
67. Strategie für soziale Medien im Parlament
68. Übernahme und Kontrolle der Ausgaben im Zusammenhang mit dem Mandat der Mitglieder des Parlaments (Prise en charge et contrôle des frais liés au mandat des parlementaires)
69. Die Rolle des Parlaments bei der Ausarbeitung von Folgenabschätzungen für Rechtsvorschriften
70. Anpassung und Ausstattung der Plenarsitzungen an die Bedürfnisse von Abgeordneten mit Behinderungen
71. Stillen und Verbreitung von Babynahrung
72. Auferlegung von Unterhaltszahlungen
73. Dashboard für parlamentarische Daten
74. Elektronische Archivierung
75. Nutzung mobiler elektronischer Geräte im Plenum und in den parlamentarischen Gremien
76. Weideverordnung
77. Technologie für Videokonferenzen und Cloud-Dienste
78. Plan für die Entwicklung der Humanressourcen
79. Einsetzung eines Unterausschusses innerhalb eines ständigen Ausschusses des Parlaments
80. Aktuelle Informationen zur Anfrage 4548: kollaboratives Dokument zur Aktualisierung der Tabelle: „Stand der Maßnahmen in Bezug auf COVID 19 in den Parlamenten“
81. Geheime Stimmabgabe außerhalb des Parlaments
82. COVID-19-Impfplan
83. Strafvollzugsvorschriften und Gesundheitsfragen der Häftlinge
84. Erklärung der Interessen der im Parlament angehörten Sachverständigen
85. Weihnachtsbäume im Parlament
86. Zusätzliche Fragen im Zusammenhang mit einer Anfrage zum geografischen Standort der Parlamentsbibliothek, der Archive usw. Welche Bedeutung hat der Standort für die Nutzer, den Dienst und den Arbeitsablauf?
87. Verfahren für Abtrünnige
88. Referate „Operations“ in Parlamenten

C. EZPWD-Seminare und satzungsgemäße Sitzungen im Jahr 2021

SEMINARE		
Meeting	Location	Date
Webinar – „Welche verfahrenstechnischen Änderungen, die aufgrund von COVID-19 eingeführt wurden, werden in Ihrem Parlament beibehalten, wenn die Pandemie vorüber ist?“ <i>(Interessenbereich: Parlamentarische Praxis und Verfahren)</i>	London / online	16.12.2021
Webinar – „Demokratie ohne Abkürzungen – ein Gespräch mit der politischen Philosophin Cristina Lafont“ <i>(Interessenbereich: Parlamentarische Praxis und Verfahren)</i>	Wien/online	2.11.2021
Webinar – Stärkung der parlamentarischen Kontrolle der Haushaltsverfahren <i>(Interessenbereich: wirtschaftliche und Haushaltsangelegenheiten)</i>	Podgorica/online	8.7.2021
Webinar – Parlamente und Datenschutz-Grundverordnung <i>(Interessenbereich Parlamentarische Praxis und Verfahren)</i>	Wien/online	14.6.2021
Webinar – IKT – Parlamente im Netz 2021 – Online-Kommunikation und Anpassung der parlamentarischen Kommunikation während der Pandemie <i>(Interessenbereich: IKT in Parlamenten)</i>	Helsinki/online	3.6.2021
Webinar – „A year of hope and transition“ (Ein Jahr der Hoffnung und des Übergangs) <i>(Interessenbereich: Parlamentsbibliotheken, wissenschaftliche Dienste und Archive)</i>	Brüssel/online	1.–3.6.2021
Webinar – „Parliamentary Involvement in the Definition of the National Recovery and Resilience Plans“ (Einbeziehung der Parlamente in die Definition der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne) <i>(Interessenbereich: wirtschaftliche und Haushaltsangelegenheiten)</i>	Rom/online	23.4.2021
Webinar – IKT – elektronische Unterschriften und Stempel <i>(Interessenbereich: IKT in Parlamenten)</i>	Brüssel/online	15.3.2021
Webinar – Parlamente und Datenschutz-Grundverordnung <i>(Interessenbereich Parlamentarische Praxis und Verfahren)</i>	Wien/online	18.1.2021

SATZUNGSGEMÄSSE SITZUNGEN		
Meeting	Location	Date
Jahreskonferenz der Korrespondenten	London/online	18.11.2021
Sitzung des Exekutivausschusses	Brüssel/online	23.9.2021
Sitzung des Exekutivausschusses	Brüssel/online	1.7.2021
Sitzung des Exekutivausschusses	Brüssel/online	18.3.2021

Glossar und Akronyme

AFCO: Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments.

AFET: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments.

AIDA: Sonderausschuss über künstliche Intelligenz im digitalen Zeitalter, Europäisches Parlament.

BECA: Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung, Europäisches Parlament.

BUDG: Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments.

CORCOM: Verzeichnis der entsprechenden Ausschüsse. Informationsquelle zu den Ausschüssen der nationalen Parlamente, die den Ausschüssen des Europäischen Parlaments entsprechen. Es enthält Informationen über die verschiedenen Ausschussekretariate der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments.

COSAC: Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten. In den Verträgen verankerte Konferenz von Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitgliedern aus den für Unionsangelegenheiten zuständigen parlamentarischen Ausschüssen.

DEVE: Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments.

GD EXPO: Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union des Sekretariats des Europäischen Parlaments.

GD IPOL: Generaldirektion Interne Politikbereiche der Union des Sekretariats des Europäischen Parlaments.

GD ITEC: Generaldirektion Innovation und technologische Unterstützung des Sekretariats des Europäischen Parlaments.

EZPWD: Europäisches Zentrum für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation. Netz zum Informationsaustausch für die Verwaltungen der Parlamente in Europa, das auf der Grundlage von vergleichenden Anfragen tätig wird.

ECON: Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments.

EMPL: Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments.

Europäisches Parlament: Europäisches Parlament.

EPW: Europäische Parlamentarische Woche. In der interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (IPC-SECG) und der Konferenz zum Europäischen Semester kommen Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammen, um wirtschaftliche, haushaltsbezogene und soziale Fragen zu erörtern.

Eurojust: Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen.

Europol: Die Strafverfolgungsbehörde der Europäischen Union.

EUSC: Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europäischen Parlaments. Jährliche Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Mitgliedstaaten der EU, organisiert vom Parlament des vorangegangenen Ratsvorsitzes im Herbst.

FWS: Frühwarnsystem. Überprüfungsverfahren, das im Protokoll Nr. 2 zu den Verträgen über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit festgelegt ist. Danach können die nationalen Parlamente eine begründete Stellungnahme an die Präsidenten der Organe richten.

FEMM: Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

ICM: Interparlamentarische Ausschusssitzung. Sitzungen, die gemeinsam von dem/den Ausschusssekretariat(en) und dem Referat Legislativer Dialog der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments organisiert werden. Diese Sitzungen fungieren als Forum für den Dialog zwischen den Mitgliedern der nationalen Parlamente und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments.

INGE: Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation des Europäischen Parlaments.

IPK GASP/GSVP: Interparlamentarische Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Interparlamentarische Plattform für Debatten über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Sie wird in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zweimal im Jahr von dem Parlament desjenigen EU-Mitgliedstaats ausgerichtet, der den Ratsvorsitz innehat.

IPD: Informeller politischer Dialog. Beiträge der nationalen Parlamenten der EU gemäß dem Protokoll Nr. 1 zu den Verträgen mit Kommentaren zu Gesetzgebungsakten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, sowie zu Dokumenten nichtlegislativer Art wie Weißbüchern oder Mitteilungen der Europäischen Kommission.

IPEX: Interparlamentarischer EU-Informationstausch. Plattform für den gegenseitigen Austausch von Dokumenten und Informationen mit Unionsbezug zwischen nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament.

GPKA: Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss für Europol. Interparlamentarischer Kontrollausschuss, der sicherstellt, dass Europol uneingeschränkt rechenschaftspflichtig und transparent ist. Der GPKA hält zwei Sitzungen pro Jahr ab: eine im Parlament des Landes, das den Ratsvorsitz innehat, und eine im Europäischen Parlament.

JURI: Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments.

LIBE: Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments.

Abgeordnete: Mitglieder der (nationalen) Parlamente.

MdEP: Mitglieder des Europäischen Parlaments.

SSZ: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, an der sich 25 Mitgliedstaaten beteiligen und die durch einen Beschluss des Rates vom 11. Dezember 2017 eingerichtet wurde. Sie bietet einen rechtlichen Rahmen, um gemeinsame Projekte zu organisieren und umzusetzen und in gemeinsame Fähigkeitenprojekte zu investieren sowie die Einsatzbereitschaft und den Beitrag der Streitkräfte zu erhöhen.

Spotlight: Veröffentlichungen im Zusammenhang mit Zusammenfassungen über parlamentarische Verfahren und Abläufe und auf der Grundlage von Antworten auf Anfragen, die an das EZPWD-Netz übermittelt wurden.

EUV: Vertrag über die Europäische Union.

AEUV: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

NATIONALE PARLAMENTE DER EU-MITGLIEDSTAATEN

Dezember 2021



direkt gewählt



indirekt gewählt / ernannt / sonstige

 Belgique/België/ Belgien BELGIEN Kamer van volksvertegenwoordigers/ Chambre des représentants/ Abgeordnetenversammlung 150  Senaat/ Sénat/ Senat 60 	 България BULGARIEN Народно събрание (Narodno sabranie) 240 	 Česká republika TSCHECHISCHE REPUBLIK Poslanecká sněmovna 200  Senát 81 	 Danmark DÄNEMARK Folketinget 179 
 Deutschland DEUTSCHLAND Deutscher Bundestag 709  Bundesrat 69 	 Eesti ESTLAND Riigikogu 101 	 Éire/Ireland IRLAND Dáil Éireann 160  Seanad Éireann 60 	 Ελλάδα GRIECHENLAND Βουλή των Ελλήνων (Vouli ton Ellinon) 300 
 España SPANIEN Congreso de los Diputados 350  Senado 208  57 	 France FRANKREICH Assemblée nationale 577  Sénat 348 	 Hrvatska KROATIEN Hrvatski sabor 151 	 Italia ITALIEN Camera dei Deputati 629  Senato della Repubblica 315  6 
 Κύπρος ZYPERN Βουλή των Αντιπροσώπων (Vouli ton Antiprosopon) 56 	 Latvija LETTLAND Saeima 100 	 Lietuva LITAUEN Seimas 141 	 Luxembourg LUXEMBURG Chambre des Députés 60 
 Magyarország UNGARN Országgyűlés 199 	 Malta MALTA Il-Kamra Tad-Deputati 67 	 Nederland NIEDERLANDE Tweede Kamer 150  Eerste Kamer 75 	 Österreich ÖSTERREICH Nationalrat 183  Bundesrat 61 
 Polska POLEN Sejm 460  Senat 100 	 Portugal PORTUGAL Assembleia da República 230 	 România RUMÄNIEN Camera Deputatilor 330  Senat 136 	 Slovenija SLOWENIEN Državni zbor 90  Državni svet 40 
 Slovensko SLOWAKEI Národná Rada 150 	 Suomi/ Finland FINNLAND Eduskunta 200 	 Sverige SCHWEDEN Riksdagen 349 	



RELNATPARL@EP.EUROPA.EU

WWW.EUROPARL.EUROPA.EU/RELNATPARL

